

**Wir sind
Hoffnung.**


**Wir sind
Zuflucht.**

**Wir sind
Vielfalt.**

Vielfalt verbindet.



Zu den einzelnen Texten gelangen Sie schnell
entweder über die angelegten Lesezeichen oder
durch Anklicken des Beitrags im Inhaltsverzeichnis.

Über das Symbol  am unteren Rand gelangen Sie wieder
zurück zum Inhaltsverzeichnis.

INHALT

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 3 **Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2018 – »Vielfalt verbindet.«**

THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

- 5 **»Wir sind Hoffnung ...« – Das Plakat 2018**
- 6 **Von der Schwierigkeit als Familie zusammen zu leben**
Bellinda Bartolucci, PRO ASYL, im Gespräch mit Hiltrud Stöcker-Zafari, Verband binationaler Familien und Partnerschaften
- 8 **Dem Hass eine Kraft entgegensetzen**
Jutta Weduwen
- 10 **»Es geht um eine Sehnsucht nach Eindeutigkeiten«**
Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan über gefährliche Verallgemeinerung und Analogien zwischen Muslimen und Ostdeutschen.
Interview von Stefan Braun
- 12 **Der pauschalen Verurteilung des Islams und der Muslime muss entschieden widersprochen werden**
Canan Topçu
- 13 **Kirche und Sinti und Roma: Eine belastete Beziehung mit Licht am Horizont – wenn wir es wollen**
Christian Staffa
- 14 **Reden? Wie reden?**
Zum Umgang mit Rechtspopulismus in Kirchengemeinden
Henning Flad
- 16 **Der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus – Wozu er sich gebrauchen lässt**
Johannes Brandstätter
- 17 **DeutschPlus engagiert sich nachhaltig für Vielfalt – und trägt Pluralität schon im Namen**
Farhad Dilmaghani
- 18 **Neue Deutsche Organisationen – wer wir sind, was wir wollen**
Ferda Ataman
- 20 **Für Vielfalt in den Medien: Die Neuen deutschen Medienmacher**
Joanna Stolarek
- 22 **Sprache und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft**
Ein- und Ausgrenzung durch Sprache
Bernd Meyer
- Flüchtlinge in der Einwanderungsgesellschaft**
- 24 **Integriertes Rückkehrmanagement gefährdet Flüchtlingsschutz**
Dietrich Eckeberg
- 27 **Fremde neue Nachbarn – Christen und Christinnen in der Pflicht zu (Flüchtlings-) Hilfe und Solidarität**
Ursula Nothelle-Wildfeuer
- 29 **»Fluchtursachenbekämpfung« – ein erfolgversprechendes globales Zukunftskonzept?**
Jochen Oltmer
- 31 **Gestaltete Vielfalt verbindet.**
Die Rolle der Kommunen in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik stärken!
Gesine Schwan
- 32 **Nun müssen sie sich dafür rechtfertigen, Menschenleben zu retten**
Sea-Watch: Zivile Seenotrettung im Mittelmeer
Cornelia Schmidt

- 34 **Ankommen: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland**
Franziska von Nordheim
- 35 **Resettlement gewinnt in Deutschland und Europa an Bedeutung**
Patricia Reineck

ZUM WELTTAG DES MIGRANTEN UND DES FLÜCHTLINGS 2018

- 37 **Die Migranten und Flüchtlinge aufnehmen, beschützen, fördern und integrieren**
Botschaft von Papst Franziskus

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

- 40 **Vielfalt verbindet: Ein Ohrenschaus oder eher schräge Töne?!**
Predigtvorschlag von Pfarrerin Mechthild Gunkel zur IKW 2018
- 41 **Was machst du denn da?**
Gottesdienstelemente aus der interkulturellen Gemeinde Akebulan e.V.
- 43 **Gebete und Fürbitten**

ANREGUNGEN

- 44 **Kornwestheim macht den Aufschlag**
Interview mit dem Integrationsbeauftragten Kadir Koyutürk
- 45 **Auch nach fast 30 Jahren ist das Anliegen der Interkulturellen Woche keineswegs überholt!**
Stojan Gugutschkow
- 47 **Werkstattberichte **NEU • NEU • NEU****
Ansbach | Cottbus | Emmendingen |
Magdeburg | Mühlhausen und Unstrut-Hainich-Kreis
- 51 **Womöglich glauben die Menschen, dass ich als Moslem die christlichen Werte wenig vertreten kann**
Levent Ensan, Jugendhilfe Oberbayern, im Gespräch mit Lea-Friederike Neubert, Diakonie Deutschland
- 53 **Hechingen – was geht?**
Wie junge Geflüchtete nicht nur die Seniorinnen und Senioren begeistern
Leonie Bronner
- 54 **Letzte Zuflucht Kirchenasyl**
Beispiele aus der Kirchenasylbewegung in der Evangelischen Kirche von Westfalen
Pfarrer Helge Hohmann
- 55 **Ein Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung**
Das Haus der Religionen in Hannover
Wolfgang Reinbold
- 57 **Wenn Menschen zu lebenden Büchern werden**
Sabine Kern
- 58 **Zwei Kampagnen der Diakonie:**
– Kennen. Lernen. Eine Initiative für Vielfalt und Begegnung
– Es geht um das #Zuhören – die UNERHÖRT!-Kampagne
- 60 **Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt**
- 63 **AKTIONEN UND MATERIALIEN**
- 67 **WAS • WANN • WO?**
Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2018

BEGEGNUNG – TEILHABE – INTEGRATION

VIELFALT VERBINDET.

Vielfalt ist Alltag in unserem Land: Sie wird in den Familien gelebt, in den Nachbarschaften, in den Schulen, am Arbeitsplatz, in den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, in den vielen Organisationen, die das gesellschaftliche Leben gestalten. Überall begegnen sich Menschen verschiedener Herkunft, arbeiten an gemeinsamen Zielen und Zukunftsvorstellungen. Die einen sind seit Generationen hier zuhause, die anderen sind aus allen Himmelsrichtungen zugewandert: Das ist Deutschland – ein Land mit einer langen Geschichte und gewachsener kultureller Prägung. Und zugleich ein Land, das offen ist für Menschen, die eigene Traditionen mitbringen.

Vielfalt macht neugierig, sie ist bereichernd und zeigt immer wieder neue Perspektiven auf. Doch ebenso gibt es die Erfahrung, dass Vielfalt Angst vor dem Fremden oder vor Veränderungen auslöst. Manchmal ist sie konfliktträchtig und anstrengend. Vielfalt ist eine Herausforderung für das Zusammenleben und den Zusammenhalt in einem Gemeinwesen.

Uns ist bewusst: Vielfalt muss auch ausgehalten und immer wieder eingeübt werden. Die grundlegenden Rechte und Pflichten aller in Deutschland lebenden Menschen sind in unserer Verfassung und in den Gesetzen klar formuliert. Das heißt aber nicht, dass die konkrete Ausgestaltung des Zusammenlebens einfach wäre. Jeder und jede einzelne in unserem Land trägt Verantwortung dafür, unsere offene Gesellschaft zu gestalten und Teilhabe zu ermöglichen.

Als Kirchen wissen wir uns dem Wohl unseres Gemeinwesens in besonderer Weise verpflichtet. Im 85. Psalm heißt es:

*»Könnte ich doch hören,
was Gott der Herr redet,
dass er Frieden zusagte seinem Volk und seinen Heiligen,
auf dass sie nicht in Torheit geraten.
Doch ist ja seine Hilfe nahe denen, die ihn fürchten,
dass in unserm Land Ehre wohne,
dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und
Friede sich küssen.«*

Was ist richtig und angemessen, um den Zusammenhalt zu stärken? Was ist im Sinne des Psalms »törricht«, also störend und hinderlich für unser Zusammenleben? Was ist notwendig und was darf von uns als Kirchen erwartet werden, damit »in unserm Land Ehre wohne« und alle Menschen gern hier leben? Was bedeutet es, dass Gerechtigkeit und Friede, Güte und Treue voneinander nicht zu trennen sind? In einer Einwanderungsgesellschaft wie der unseren verbindet sich damit auch die

Frage: Wie wird man den Anliegen der unterschiedlichen Menschen gerecht – derer, die schon lange hier leben, und derer, die neu hinzugekommen sind?

Wir leben in Zeiten, in denen die Fundamente unseres Zusammenlebens in Frage gestellt werden. Zivilisatorische Errungenschaften, wie das friedliche Miteinander in einem geeinten demokratischen Europa, sogar die universelle Geltung der Menschenrechte, scheinen an Gewicht zu verlieren. Rechtspopulistische, ja rassistische Strömungen gewinnen an Zulauf. Ablehnung von Fremden, anderen Meinungen, von Angehörigen jüdischer und islamischer Gemeinden oder von anderen Lebensentwürfen äußert sich viel zu oft in gewalttätigen, menschenfeindlichen Übergriffen.

Auch unter Christinnen und Christen gibt es Tendenzen der Ausgrenzung und Abschottung. Einheit wird manchmal mit Einheitlichkeit verwechselt. Dabei gehört Vielfalt konstitutiv zum Wesen der Kirche. Der Glaube verbindet Menschen über Ländergrenzen, Sprachen und Kulturen hinweg. In der Nachfolge Jesu verlieren Unterschiede ihre trennende Macht. So schreibt der Apostel Paulus im Galaterbrief: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus« (Gal 3,28). Wenn wir als Christen von »Einheit« sprechen, meinen wir »Einheit in Vielfalt«.

Als Kirchen stehen wir in besonderer Weise an der Seite der Schutzbedürftigen – bei denen, die sich nicht selbst helfen können. Dabei macht es keinen Unterschied, woher jemand kommt oder welche Geschichte er oder sie mitbringt.

Die Interkulturelle Woche dient der Begegnung zwischen »alten« und »neuen« Nachbarn: Im Austausch über den Alltag, im Gespräch über Gemeinsames und Unterscheidendes kann Vertrauen wachsen. Gleichzeitig bietet die Interkulturelle Woche eine gute Gelegenheit, mit politischen Verantwortungsträgern über drängende Fragen ins Gespräch zu kommen.

Dazu gehört etwa die Situation an den europäischen Außengrenzen. Die Staaten Europas stehen vor der Aufgabe, Fragen der Migration menschengerecht zu gestalten. Wenn wir uns daran gewöhnen, dass tagtäglich schutzsuchende Menschen an den Außengrenzen ihr Leben verlieren, drohen unsere Grundwerte bedeutungslos zu werden. Seenotrettung darf daher nicht kriminalisiert werden. Sie stellt eine völkerrechtliche und humanitäre Verpflichtung dar.

Mit Nachdruck setzen sich die Kirchen dafür ein, dass Menschen, die bei uns Schutz suchen, nicht dauerhaft von ihren engsten Angehörigen getrennt werden. Der Schutz der Familie liegt den Kirchen am Herzen. Zugleich ist er im Grundgesetz verbrieft und durch mehrere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bestätigt. Die Aussetzung des Familiennachzugs für Bürgerkriegsflüchtlinge hat viele Betroffene in Verzweiflung gestürzt. Künftig soll er nur noch in stark eingeschränkter Form möglich sein. Damit verbindet sich eine Frage, die für die Betroffenen existenziell ist: Was passiert mit jenen Familien, die nicht berücksichtigt werden und deshalb über mehrere Jahre voneinander getrennt bleiben? Welche Folgen hat das Trauma der Trennung für sie persönlich? Können sie sich unter solchen Umständen auf ein neues Leben in Deutschland einlassen? Als Kirchen werben wir hier für eine humane und verantwortungsvolle Lösung.

Auch eine weitere Entwicklung wird von vielen, die in der kirchlichen Flüchtlingsarbeit aktiv sind, mit Sorge betrachtet: Neu ankommende Geflüchtete sollen künftig getrennt von der Außenwelt in großen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Dort soll auch über einen Asylantrag entschieden und die kommunale Verteilung oder Rückführung organisiert werden. Es gibt die Befürchtung, dass zahlreiche Geflüchtete dort über einen langen Zeitraum bleiben müssen – gerade in

schwierigen Fällen, die einer gründlichen Prüfung bedürfen. Die Möglichkeit zu einer sinnvollen Betätigung, zum Spracherwerb und zum Austausch mit Einheimischen ist ihnen verwehrt. Vor allem für diejenigen, die schließlich ein Bleiberecht bekommen, ist dies eine verlorene Zeit. Integration wird von vornherein erschwert.

Die politisch Verantwortlichen und wir alle sind gefragt, unseren Beitrag zu einem guten Miteinander zu leisten. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern, brauchen wir Orte, an denen Menschen in ihrer Verschiedenheit frei von Angst und Abwertung miteinander reden können – nicht anonym, sondern von Angesicht zu Angesicht.

Vielfalt als Herausforderung, Vielfalt als Bereicherung, vor allem aber: Vielfalt als Alltag. Die Interkulturelle Woche bietet immer wieder die Möglichkeit, genau dies neu zu entdecken. Mit ihren 5.000 Veranstaltungen ist sie an mehr als 500 Orten in ganz Deutschland präsent. Sie schafft Orte und Gelegenheiten zum Gespräch. Auch dieses Jahr zeigt sich wieder: Überall in unserem Land gibt es ein vielfältiges Engagement für das friedliche und gute Zusammenleben. Dafür sind wir dankbar.



Reinhard Kardinal Marx

Reinhard Kardinal Marx
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz



Heinrich Bedford-Strohm

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland



+ Ὁ Θεοφιλέτατος Αὐγουστῖνος

Metropolit Dr. h.c. Augoustinos
von Deutschland
Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland

von links nach rechts:
© Erzbischöfliches Ordinariat München;
© epd, mck; © KNA-Bild

VIelfalt VERBINDET.

THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIelfaltSGESELLSCHAFT

»WIR SIND HOFFNUNG ...« – DAS PLAKAT 2018

Schwarz-Rot-Gold – die Farben fallen sofort ins Auge. Die Deutschlandfahne – oft hoch gehalten als ein demonstratives Bekenntnis zur Nation. Auch verwendet zur Abgrenzung und Ausgrenzung. Aber sie steht ebenso als Symbol für Einigkeit, für Recht und Freiheit. Welche Gedanken und Gefühle löst bei Ihnen Schwarz-Rot-Gold aus?

Die Botschaft des Plakates zur Interkulturellen Woche: Wir sind Hoffnung. Wir sind Zuflucht. Wir sind Vielfalt. Die Aussagen sind Wunsch und Realität, Vision und Praxis. Auf jeden Fall verstehen sich viele engagierte Menschen in Deutschland in diesem Sinn. Nicht günstige Wirtschaftsprognosen sind Hoffnung, nicht das Kapital ist Zuflucht. Wir, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, Zugewogene und Sesshafte, Junge und Alte, Vorsichtige und Wagemutige, wir alle sind Hoffnung oder können es werden. Wir, die Konservativen und Progressiven, die Zaghafte und Ungeduldigen, die Langsamen und die Eiligen, wir alle sind Zuflucht oder können es werden.

Schwarz-Rot-Gold, Deutschland, überlassen wir nicht denen, die ausgrenzen und Menschen ihre Rechte streitig machen, und nicht denen, die Heimat gegen Menschen mit »anderer« kultureller Herkunft und »anderer« religiöser Beheimatung definieren. Wir sind Vielfalt! Und Vielfalt lässt sich buchstabieren als Hoffnung und Zuflucht, weil Vielfalt – trotz Reibereien – Reichtum bedeutet.

Vielfalt ruft nach Entdeckungen, nach Begegnungen und Dialogen. Fangen wir an! Geben

wir nicht auf in unserem Einsatz für Hoffnung, Zuflucht und der Anerkennung und Gestaltung eines Miteinanders in Vielfalt!

Die Interkulturelle Woche bietet wieder eine hervorragende Möglichkeit, in vielen Städten und an vielen Orten in Deutschland gegen Menschenverachtung, Rassismus, gegen Difamierung und Ausgrenzung anderer Flagge zu zeigen. Erleben Sie es und sagen Sie es weiter: Vielfalt verbindet. ◀◀



Das Motiv »Wir sind Hoffnung ...« ist als Plakat im Format DIN A3, A2 und A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2018 erhältlich. Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf:

www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:

info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax: 069 / 24 23 14-71

VON DER SCHWIERIGKEIT ALS FAMILIE ZUSAMMENZULEBEN

Der Nachzug von Familienangehörigen wird als ein zentrales Thema in Deutschland politisch und medial heiß diskutiert. Aktuell stehen vor allem subsidiär Schutzberechtigte im Fokus, also Menschen, die vor dem Bürgerkrieg z.B. in Syrien oder der Militärdiktatur in Eritrea nach Deutschland geflüchtet sind.

Es heißt, es würde eine hohe Zahl von Angehörigen nachziehen wollen, die Deutschland nicht aufnehmen könne. Seriöse Schätzungen gehen jedoch derzeit von rund 60.000 nachziehenden Familienangehörigen aus – eine durchaus überschaubare Zahl.

Dass Vorstellungen über den Familiennachzug nicht dem wirklichen Leben entsprechen, ist nicht neu. Dieses Phänomen kennen auch Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland leben, oder auch Deutsche mit einer ausländischen Partnerin oder einem ausländischen Partner.

Hiltrud Stöcker-Zafari, Geschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, und Bellinda Bartolucci, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL, geben einen Einblick in das Thema.

Wieso gibt es eigentlich den Familiennachzug?

Stöcker-Zafari: Ganz einfach: Menschen begegnen sich über Grenzen hinweg, verlieben sich und wollen in Deutschland zusammen leben. Dies geschieht dann über den Familiennachzug. Wir reden dabei primär von den engsten Angehörigen, also Ehegatten bzw. Vater und Mutter, oder ihren minderjährigen Kindern. Rechtlich können sich Familien hierbei u.a. auf Artikel 6 Grundgesetz und auf Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention berufen.

Bartolucci: Und genau dieses Grund- und Menschenrecht gilt für alle Menschen. Flüchtlinge sind von ihrer Familientrennung besonders betroffen. Sie haben keine ‚Wahlmöglichkeit‘, wo sie leben können, sondern sie mussten gerade aus ihrem Herkunftsland fliehen. Dort befinden sich häufig auch noch ihre Angehörigen in großer Gefahr. Wie sollen sich diese Menschen in Deutschland stabilisieren, wenn sie gleichzeitig um ihre engsten Familienmitglieder zittern müssen?



Welche Probleme stellen sich im Verfahren zum Familiennachzug?

Stöcker-Zafari: Es sind zum einen materielle Voraussetzungen zu erfüllen wie z.B. deutsche Sprachkenntnisse. Zum anderen sind Dokumente mit Beglaubigungen zum Verwandtschaftsnachweis vorzulegen, die zu einem irrsinnigen Behördengeflecht zwischen deutscher Auslandsvertretung und örtlicher Ausländerbehörde führen. Der Visumsantrag wird, sobald man einen Termin ergattert hat, von der deutschen Auslandsvertretung bearbeitet, die mit der örtlichen Ausländerbehörde am Wohnsitz des Angehörigen in Deutschland korrespondiert. Es finden persönliche Befragungen statt, um sogenannte Scheinehen aufzuspüren. Die Verfahren sind langwierig, für



die Betroffenen kostspielig und unüberschaubar. Zudem werden während des gesamten Verfahrens selten Fragen zum aktuellen Sachstand oder zur Dauer der Bearbeitung beantwortet. Die Betroffenen fühlen sich ausgeliefert und ohnmächtig in dieser Situation.

Bartolucci: Diese Verfahrensprobleme steigern sich für Geflüchtete. In den Herkunftsländern ist oftmals keine deutsche Botschaft mehr aktiv, z.B. in Syrien oder auch in Afghanistan. Man stelle sich vor: Eltern oder minderjährige Kinder müssen sich durch ein Kriegsgebiet schlagen, um erst einmal in den Nachbarstaaten eine Botschaft zu erreichen. Und dann dauern die Verfahren so lange und niemand kann mit Gewissheit sagen, ob und wann eine Nachreise endlich erfolgen kann.

Warum streiten Politikerinnen und Politiker gerade um den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten?

Bartolucci: Der Nachzug für diese Personengruppe wurde in den letzten zwei Jahren ausgesetzt und sollte automatisch wieder aufgenommen werden. Nun gibt es ein neues Gesetz, das erst einmal die Aussetzung verlängert und ab August 2018 nur noch ein Kontingent von 1000 Nachzügen pro Monat vorsieht. Die Begrenzung ist menschenrechtlich absurd. Wir reden schließlich von Personen, die vor einem Bürgerkrieg oder anderen schweren Menschenrechtsverletzungen fliehen. Sie sind ebenso schutzbedürftig wie politisch Verfolgte, d.h. Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention! Ein Familienleben im Herkunftsland ist für sie einfach unmöglich, und das in der Regel für eine lange Zeit.

Stöcker-Zafari: Die aufgeheizte Debatte lässt eher vermuten, dass es um Symbolpolitik und nicht um Inhalte geht. Doch auch die jetzige Zahlenspielerlei ist am Ende ein Spiel mit Menschen. Stellen Sie sich einmal vor, es ist Ihr Kind, Ihre Frau, Ihr Mann!

Was müsste sich denn nun ändern?

Stöcker-Zafari: Wir wissen aus unserer Erfahrung, dass die Mitarbeitenden in deutschen Auslandsvertretungen vielfach einfach überlastet sind, daher die Anzahl der Anträge nicht zeitnah bearbeiten, geschweige individuellen Sachverhalten nachgehen und sie beurteilen können. Daher wäre eine bessere personelle Besetzung kurzfristig eine gute Lösung. Das eigentliche Problem sehen wir jedoch in der Tatsache, dass familiäre Ansprüche zuwanderungspolitischen Vorgaben untergeordnet werden. Ein Abwägen dieser beider Interessen läuft häufig dem Schutz und der Einheit von Familie entgegen. Wir fordern daher ein Verfahren, das Familie in den Blick nimmt und diese stärker gewichtet gegenüber staatlichem Zuwanderungsinteresse. Der Bearbeitungsprozess sollte ein zeitnahes Zusammenleben der Familie möglich machen. Der Einzelne sollte den Prozess überschauen können. Bürokratische Anforderungen sollten klein gehalten werden – was auch im Interesse des Personals in den Auslandsvertretungen sein dürfte.

Bartolucci: Die Entwicklung beim Familiennachzug ist symptomatisch für die gegenwärtige politische Entwicklung in Deutschland. Gerade das neue Gesetz zu subsidiär Schutzberechtigten hätte es einfach nicht gebraucht – schließlich war es ja so vorgesehen, dass ab März dieses Jahres der Nachzug wieder gewährt wird. Aber das schien nicht zum Kurs vor und nach der Bundestagswahl zu passen. Es wäre wünschenswert, die aufgeheizten Debatten hinter sich zu lassen und sachlich über Inhalte zu diskutieren. Es ist essentiell, sich stets vor Augen zu führen, was diese gesetzlichen und praktischen Probleme für die Betroffenen konkret bedeuten. Schließlich sind Grund- und Menschenrechte nicht etwas, was nach Belieben eingeschränkt oder ausgehöhlt werden kann. ◀◀

Kontakt:

Hiltrud Stöcker-Zafari

stoecker-zafari@verband-binationaler.de

Bellinda Bartolucci

beb@proasyl.de

DEM HASS EINE KRAFT ENTGEGENSETZEN

Jutta Weduwen

Mit der Zunahme rechtspopulistischer Bewegungen und dem Einzug der AfD in verschiedene Landtagen und dem Bundestag ist die Zivilgesellschaft neu herausgefordert, Debatten zu gestalten und ein demokratisches und vielfältiges Miteinander zu stärken.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) ist Trägerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R), die 2010 in Dresden gegründet wurde. Anlass für die Gründung war die Notwendigkeit, Bündnisse zu bilden und wirkungsvolle Aktionsformen gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und die Aufmärsche von Neonazis zu schaffen. Die BAG K+R informiert über Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtspopulismus, bildet Netzwerke im Einsatz für Vielfalt, Inklusion und Mitmenschlichkeit und berät Kirchengemeinden und Initiativen, die dem Phänomen des Rechtspopulismus auch in ihren eigenen Reihen begegnen wollen. Die Handreichungen und Beratungsangebote sind unter www.bagkr.de abrufbar.

Die AfD bringt immer wieder geschichtsrevisionistische Positionen hervor. Die provokanten Auslassungen Björn Höckes, der das Denkmal für die ermordeten Juden Europas als Denkmal der Schande bezeichnete, sind hinreichend diskutiert und kritisiert worden. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und die BAG K+R beziehen eindeutig Position gegen Geschichtsklitterung und rassistische Parolen, die sich derzeit vor allem gegen Muslime und Flüchtlinge richten.

Rechtspopulistische Parteien in Europa geben sich zunehmend den Anstrich, an der Seite ihrer jüdischen Bürger*innen und Israels zu stehen. Dem steht gegenüber, dass antisemitischen Äußerungen aus den Reihen der rechtspopulistischen Parteien nicht eindeutig nachgegangen und widersprochen wird. Der unabhängige Expertenkreis Antisemitismus fasst in seinem Bericht von 2017 zusammen, »dass die AfD zu den Parteien zählt, die den

Antisemitismus aus strategischen Gründen ablehnen, ihn aber latent in den eigenen Reihen dulden. Demnach ist die AfD in der Gesamtbetrachtung keine antisemitische Partei, sie hat aber mit Abstand das größte Antisemitismus-Problem, zumindest von den behandelten Parlamentsparteien.« Eine Partei, aus deren Reihen es immer wieder völkische, rassistische und nationalistische Verlautbarungen gibt, ist anfällig für antisemitische Positionen. Auch davor gilt es zu warnen.

Seit vielen Jahren gestaltet Aktion Sühnezeichen Friedensdienste historisch-politische Bildungsprogramme im Kontext der Migrations-

gesellschaft. In den letzten Jahren wurden die Bildungsprogramme auch auf Menschen mit Fluchthintergrund ausgedehnt. Bei der dialogischen Vermittlung der NS-Geschichte geht es darum, Zuwander*innen am Wissen bzw. Diskurs teilhaben zu lassen, der für ihre Partizipation an der Gesellschaft wichtig ist. Das Wissen um die Geschichte hilft auch, politische und ethische Debatten der Gegenwart zu verstehen bzw. die Situation von Minderheiten einordnen zu können. Darüber hinaus findet in den Programmen eine intensive Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus statt. Die Teilnehmenden gestalten mit ihren Perspektiven und Beiträ-

DIE BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT KIRCHE UND RECHTSEXTREMISMUS (BAG K+R)



Die BAG K+R ist ein Zusammenschluss von fast vierzig Initiativen, Organisationen und Arbeitsgruppen, die Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) in- und außerhalb der Kirchen konstruktiv entgegentreten.

Die BAG K+R trägt bewusst die Aufzählung »Kirche und Rechtsextremismus« in ihrem Namen. Es wird damit deutlich gemacht, dass GMF und extrem rechte Orientierungen nicht nur außerhalb der Kirchen auftreten, sondern auch innerhalb dieser.

Die BAG K+R ist davon überzeugt, dass Kirche zur Gestaltung einer lebendigen Demokratie und zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen muss. Kirche lebt und verkündigt die Verheißung von Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit. Die BAG K+R versteht Kirche als »Volk Gottes aus allen Völkern« mit einem inklusiven, offenen Charakter ohne Ansehen von Person, Herkunft, Geschlecht, Sprache und Kultur.

Die BAG K+R berät und bringt Akteure in- und außerhalb der Kirchen miteinander in Kontakt. Sie vermittelt Ansprechpartner*innen vor Ort. Sie organisiert die Diskussion über die extreme Rechte sowie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im kirchlichen Raum durch Seminare und Veranstaltungen sowie durch Publikationen. Sie betreibt eine umfangreiche Internetseite unter www.bagkr.de

gen den Erinnerungsdiskurs mit. Diese Perspektiven sind immer verwoben mit den eigenen kollektiven, familiären und individuellen Geschichten. Herkunft- und Migrationsgeschichten der eingewanderten Menschen werden mehr und mehr zur Geschichte des Landes, in dem sie jetzt leben. Deutsche Geschichte ist nicht nur die Geschichte derjenigen, die in Deutschland geboren wurden oder seit Generationen hier leben, sondern aller Menschen, die hier leben. Zur Migrationsgesellschaft gehören Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sie alle sind verantwortlich, das Zusammenleben, die Politik und die Debatten zu gestalten. Diese Position bringt ASF in Debatten ein und gestaltet sie durch Bildungsprogramme, die einen dialogischen Prozess über Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft anstoßen und öffentlich machen. Zwei neue Publikationen geben Einblick in diese Geschichten: »Wir müssen unseren Kindern die Geschichte der Sinti und Roma erzählen. Neuköllner Stadtteilmütter auf den Spuren der NS-Geschichte« und »Biografische Betrachtungen von Geflüchteten auf

die nationalsozialistische Geschichte«. Die Bildungsprogramme und Publikationen sind über www.asf-ev.de abrufbar.

Mit Veröffentlichungen, Bildungsprogrammen, Kampagnen und Freiwilligendiensten möchte ASF Debatten gestalten, sich für Vielfalt und eine fortwährende sensible Erinnerungskultur einsetzen und besonders junge Menschen zu Aufmerksamkeit, Selbstreflexion und verantwortlichem Handeln für eine friedliche Gesellschaft einladen. Der ASF-Freiwillige Kai Flechtner, der in der Gedenkstätte Musée Memorial des Enfants d'Izieu tätig war, resümiert seinen Friedensdienst mit ASF: »In den unterschiedlichsten Projektbereichen, in den unterschiedlichsten Ländern und mit den unterschiedlichsten Kontexten begegnen wir Freiwilligen immer vor allem einem: Wir begegnen Menschen. Menschen mit ihren Geschichten. Sich darauf einzulassen, vor Fremdem und Irritation nicht zurückzuschrecken, das ist das einzugehende Wagnis. Ich persönlich habe es nicht bereut, mich haben all die Erfahrungen vorangebracht, bereichert und



geöffnet. Daher betrachte ich die Herausforderungen aktueller und zukünftiger Migration als Chance, als Chance für alle Beteiligten, wenn wir uns darauf einlassen und zielführende Diskussionen sowie die Begegnung nicht scheuen«.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bewegt Menschen, sich auf Prozesse einzulassen, die Gewohnheiten in Frage stellen, postfaktische Erklärungen hinterfragen, Perspektiven auf andere Sichtweisen eröffnen, politische Debatten in gebotener Komplexität zulassen und ein Gespür dafür entwickeln, wie Geschichte(n) die Beziehungen der Menschen beeinflussen und wie Menschen durch Begegnungen und aufmerksames Zuhören die Gegenwart und Zukunft gemeinsam gestalten können.

»Aber noch können wir, unbeschadet der Pflicht zu gewissenhafter Entscheidung, der Selbstrechtfertigung, der Bitterkeit und dem Hass eine Kraft entgegensetzen«. Dieser Satz aus dem Sühnezeichen-Gründungsaufruf von 1958 kann auch heute handlungsleitend sein. In den vergangenen Jahren brach in vielen Ländern ein schwelender Rassismus hervor, gleichzeitig erlebten wir eine beeindruckende Solidaritäts- und Willkommenskultur. In Bezug auf Inklusion, Vielfalt, Bildungschancen und die Rechte von Minderheiten gab und gibt es Fortschritte. Daran gilt es anzuknüpfen und den Rückschritten und Gefahren zu wehren, die es gerade an vielen Orten der Welt gibt. ◀

Jutta Weduwen ist Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Mitglied im ÖVA.

Kontakt: weduwen@asf-ev.de

60 JAHRE AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE



Dreizehn Jahre nach Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft wurde Aktion Sühnezeichen am 30.4.1958 auf der Synode der EKD gegründet. Lothar Kreyssig, der Gründungsvater, hatte innerhalb der evangelischen Kirche jahrelang Unterstützung für seine Idee gesucht und war immer wieder (auch) auf Ablehnung gestoßen. 1958 konnte er dann eine Mehrheit der Synodalen für die Gründung gewinnen. Im Gründungsaufwurf von 1958 hieß es: »Dreizehn Jahre sind erst in dumpfer Betäubung, dann in angstvoller Selbstbehauptung vergangen. Es droht zu spät zu werden. Aber noch können wir, unbeschadet der Pflicht zu gewissenhafter Entscheidung, der Selbstrechtfertigung, der Bitterkeit und dem Hass eine Kraft entgegensetzen.«

Lothar Kreyssig erhielt kürzlich mit seiner Frau Johanna von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem posthum die Auszeichnung Gerechter unter den Völkern. In seiner Funktion als Vormundschaftsrichter prangerte er die Euthanasieorde der Nationalsozialisten an und erstattete 1940 Anzeige gegen den verantwortlichen Reichsleiter. Er selbst sagte später, dass er nicht annahm, diese Anzeige lebend zu überstehen. Er wurde »nur« entlassen und in den Ruhestand versetzt. Die Familie Kreyssig versteckte zwei jüdische Frauen und rettete sie vor der Vernichtung.

Was vor sechzig Jahren als Vision startete, die auch innerhalb der Kirchen auf viel Skepsis und Ablehnung stieß, entwickelte sich zu einem Programm, dem sich vor allem junge Leute anschlossen.

Mehr als zehntausend Freiwillige haben in ein- bis zweijährigen Auslandseinsätzen bzw. kurzfristigen Sommerlagern Zeichen gesetzt für eine sensible Erinnerung, für einfühlsame Begegnungen, für Vielfalt, Respekt und Frieden. Derzeit sind jährlich 180 Freiwillige in verschiedenen europäischen Ländern, den USA und Israel im Einsatz. Sie unterstützen beispielsweise Überlebende des Holocaust in Israel, führen Schulklassen durch ehemalige Konzentrationslager in Polen, begleiten Menschen mit Behinderungen in Norwegen, renovieren Wohnungen ehemaliger Zwangsarbeiter*innen in Belarus und setzen an vielen anderen Orten Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Weitere Informationen unter www.asf-ev.de

»ES GEHT UM EINE SEHNSUCHT NACH EINDEUTIGKEITEN«

Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan über gefährliche Verallgemeinerung und Analogien zwischen Muslimen und Ostdeutschen.

Interview von Stefan Braun

Acht zentrale politische Fragen haben Union und SPD in ihrem Sondierungspapier formuliert, die es in den kommenden Jahren zu lösen gelte. Dazu gehören: »den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärken und die entstandenen Spaltungen überwinden«, »unsere Demokratie beleben« und »dass die Menschen bei uns die vielfältigsten Chancen nutzen und in Sicherheit leben können«. Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan hat dazu ihre eigene Haltung.

SZ: Frau Foroutan, vor Kurzem haben Palästinenser auf Berliner Straßen israelische Fahnen verbrannt. Sagen solche Akte etwas über mangelnde Integration aus?

Naika Foroutan: Ja, das sagen sie. Genauso wie Attacken auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte. In beiden Fällen hat keine Integration in die politischen Regeln dieses Landes stattgefunden. Wobei meines Wissens die Zahl der verbrannten Flaggen in Deutschland ungleich geringer ist als die Zahl der Angriffe auf Geflüchtete. Mit sechs zu 6000 liege ich womöglich richtig. Trotzdem ist das kein Grund, etwas zu relativieren: Antisemitismus ist eindeutig ein Problem in muslimischen Ländern und auch bei vielen muslimischen Migranten in Europa. Aber leider nicht nur da.

Was ist falsch gelaufen?

Falsch ist es, wenn wir die harten Debatten unserer Zeit verengt auf einzelne Gruppen führen. Denn dann erklären wir diese Konflikte über Defizite der einzelnen Gruppen, statt sie strukturell als zersetzende Defizite der Gesellschaft anzugehen. Machen wir uns nichts vor: Antisemitismus verschwindet nicht, wenn die Muslime weg sind; Sexismus ist kein Alleinstellungsmerkmal von Geflüchteten; und Rassismus ist keine Charaktereigenschaft von Ostdeutschen.

Flüchtlingsfreundlich oder flüchtlingsfeindlich? Hat sich die deutsche Gesellschaft entschieden, was sie sein will?

Offensichtlich nicht. Das Land steht unter erheblicher Spannung und leidet unter einem Identitätsstress. Nehmen Sie den Anstieg der AfD, den messbaren Zuwachs des Rechtspopulismus und damit einhergehend die Infragestellung vermeintlich sicherer Regeln unserer liberalen Demokratie. Oder nehmen Sie die Tatsache, dass eine bestimmte soziale, ethnische oder regionale Herkunft bis heute Aufstiegschancen verhindert. Das passt nicht zur Selbsterzählung dieses Landes, das sich als weltoffen und liberal, das sich als leistungsorientiert und gerecht und nicht als feudal wahrnimmt. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit erzeugt Spannungen – man spricht auch von kognitiven Dissonanzen.

Welche Auswirkungen hat das?

Es gibt so etwas wie eine diffuse Nervosität. Viele Menschen haben das Gefühl, dass eine alte Zeit vorüber ist, ohne zu wissen, was die neue Zeit ihnen bringen wird. Sie verknüpfen das mit aktuellen Unruhen, Krisen und Konflikten und schließen daraus, dass ihre Zukunft auch krisenhaft und konfliktreich sein wird. Oft stellen sie dabei kausale Zusammenhänge her, die empirisch nicht haltbar sind. So entsteht im Kopf eine direkte Linie zwischen den zunehmenden Krisenherden der Welt und der zunehmenden Diversität in Deutschland. Fast jeder Zweite befürchtet, dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark werden könnte. Dabei stellen Muslime nur sechs Prozent der Bevölkerung.

Wovor fürchten sich die Menschen?

Es ist eine emotionale, affektive Unruhe, die viele Menschen erfasst hat. Es gibt Leute, die haben zwei Flatscreens, zwei Autos und ein Eigenheim, das sie abbezahlen können, weil sie einen sicheren Job zum Beispiel in der Sparkasse haben. Sie sind angesehen. Wenn wir sie fragen, warum sie sich bedroht fühlen, dann merken wir, dass die objektiven Parameter, die wir für Angst kennen – also die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust oder dem Verlust des eigenen Status – in Wahrheit gar nicht der Punkt sind. Ein kluger Autor hat das neulich mit dem »Zauberberg« von Thomas Mann verglichen: Zanksucht, kriselnde Gereiztheit und namenlose Ungeduld hat die Menschen eingenommen.

Welche Verantwortung hat die Politik?

Sie müsste sich wieder mehr zutrauen; sie sollte die Gesellschaft mehr gestalten. Mehr aus der Zukunft heraus denken, statt Entwicklungen und Stimmungen hinterherzulaufen.

Warum fällt ihr das so schwer?

Politik ist schlicht auch Opfer der Anti-Eliten- und Anti-Erkenntnis-Stimmung geworden. Im Rechtspopulismus gibt es drei, vier zentrale Antriebskräfte, die sich zu einem Ganzen vermengen: die Eliten-, die Europa-, die Islam- und die Migrationskritik, die sich bis zur Feindlichkeit fortsetzen. Alles, was der Rechtspopulismus bekämpft, steht sinnbildlich für Pluralität. Gut die Hälfte der Bevölkerung will keine diverse Gesellschaft; sie will Klarheit – und das in einer Zeit, in der Geschlechter, Nationalitäten, Kulturen und politische Lager vieldeutig werden. Es geht um eine Sehnsucht nach Eindeutigkeiten.



Das Motiv »Wir sind Hoffnung ...« ist als Plakat im Format DIN A3, A2 und A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2018 erhältlich. Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de
 Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de
 Bestellungen per Fax:
 Fax: 069 / 24 23 14-71

verfolgte: Was ist los mit dem westdeutschen Mann? Stattdessen wurde in den Medien wochenlang über den ostdeutschen Mann debattiert. Natürlich ist das prozentual gesehen im Osten erhöht. Aber die Debatte mit solchen Verweisen zu führen, die die eigenen Fehler kaschieren sollen, blockiert uns nur.

Inwiefern?

Es versperrt den Blick auf das, was wir bewirken, wenn wir falsch handeln. Sobald man von der Radikalität einer kleinen Gruppe auf die Gesamtheit schließt, radikalisiert man irgendwann die große friedliche Mehrheit. Die rassistischen Parolen der Rechtspopulisten als ostdeutsche Charaktereigenschaft abzutun oder islamistische Rückständigkeit mit muslimischer Kultur zu erklären, führt automatisch dazu, dass man in die Verteidigungshaltung übergeht. Und aus dieser Haltung wächst Entfremdung. Den Fehler dürfen wir nicht mehr machen. Nicht mit Muslimen, nicht mit Ostdeutschen. ◀◀

Wie stark sind diese Kräfte?

Wir sprechen seit Jahren von sogenannten Drittfeldern, mit einer immer stärkeren Polarisierung. Ein Drittel der Gesellschaft ist ganz entschieden für Europa, für die Vielfalt, für Hilfe für Flüchtlinge. Ein Drittel ist ganz hart und entschieden dagegen. Und dazwischen ist das Drittel, das unentschieden und deshalb tendenziell nach beiden Seiten mobilisierbar ist. Um dieses Drittel geht es, wenn man sich fragt: Wohin tendiert unsere Gesellschaft? In den vergangenen zehn Jahren konnten die Rechtspopulisten diese Mitte besser in ihre Richtung mobilisieren. Das liegt an der Verunsicherung, der Ambivalenz, dem Nebeneinanderstehen von vollkommen unterschiedlichen Angeboten.

Sie sagten, ein starker Grund für die Spannungen in der Gesellschaft sei mangelnde Anerkennung. Was meinen Sie genau?

Die Frage, ob ich mich wirklich dazugehörig fühle, ist eine hochgradig aktuelle im Moment. Und sie wird derzeit nicht nur von Migranten und Migrantinnen thematisiert, sondern auch sehr stark von Ostdeutschen.

Gibt es da tatsächlich Analogien?

Nehmen Sie den Rechtsradikalismus: Ich gehöre definitiv nicht zu der Schule, die Ostdeutschland hier die Schuld zuweist. Ich halte das für fatal. Außerdem ist es einfach nicht haltbar. Sechs Millionen haben die AfD gewählt; davon 4,7 Millionen im Westen. Aber ich habe keinen Artikel gelesen, der die Frage

Dieser Text ist ein Wiederabdruck aus der Süddeutschen Zeitung vom 23. Januar 2018.

DER PAUSCHALEN VERURTEILUNG DES ISLAM UND DER MUSLIME MUSS ENTSCHEIDEN WIDERSPROCHEN WERDEN

Canan Topçu

Gebört der Islam zu Deutschland? Das ist zugegebenermaßen in Anbetracht der Tatsache, dass hier Menschen muslimischen Glaubens leben, eine unsinnige Frage. Offensichtlich denken aber nicht alle so. Immer wieder wird über sie diskutiert – nicht nur an Stammtischen, sondern auch ernsthaft und heftig auf höchster politischer Ebene. So im Frühjahr 2018, also in der Entstehungszeit dieses Textes.

Als wiedergewählte Bundeskanzlerin bezog Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung Stellung zu dieser Frage: »Es steht völlig außer Frage, dass die historische Prägung unseres Landes christlich und jüdisch ist. Doch so richtig das ist, so richtig ist es auch, dass mit den 4,5 Millionen bei uns lebenden Muslimen ihre Religion, der Islam, inzwischen ein Teil Deutschlands geworden ist.« Merkel positionierte sich klar gegen die Äußerung ihres Koalitionspartners Horst Seehofer. Der CSU-Politiker hatte, kaum dass er zum Innen- und Heimatminister der neuen Bundesregierung ernannt wurde, in einem Zeitungsinterview erklärt: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland.« Rückendeckung erhielt er vom CSU-Landesgruppenchef Alexander

Dobrindt, der sogar noch einen draufsetzte: »Der Islam gehört egal in welcher Form nicht zu Deutschland.« So sehe es laut Umfragen auch »der überwiegende Teil der Bevölkerung«. Bei der herangezogenen »öffentlichen Meinung« handelt es sich um das Ergebnis einer Umfrage einer Tageszeitung unmittelbar nach Seehofers Interview. Dass die ablehnende Haltung des Bundesinnenministers die Meinungsbildung der Bürger beeinflusst haben könnte: Diesen Zusammenhang ignoriert Dobrindt gänzlich.

Dass sich Politiker*innen darüber auslassen, ob und welche Religion zu Deutschland gehört, ist befremdlich. Das ist nicht ihre Aufgabe! »Gerade ein Innenminister, der gleichzeitig auch Verfassungsminister ist, sollte Artikel 4 des Grundgesetzes kennen«, kommentierte der Jurist und jüdische Publizist Michel Friedman Seehofers Äußerungen. Einer Weltreligion ihre Existenz als Bestandteil der religiösgesellschaftlichen Realität in Deutschland abzusprechen sei anmaßend und zeuge »von einem sehr zweifelhaften Verständnis von Religionsfreiheit«. Die Verfassung garantiert die Religionsfreiheit. Es ist aber nicht nur eine Anmaßung, sondern zeugt von theologischer und von soziologischer Unkenntnis: Eine Trennung zwischen der Religion und denen, die

Canan Topçu ist Journalistin, Dozentin und Moderatorin

Kontakt: c.topcu@schreibenundsprechen.eu

dieser Religion angehören, ist nicht möglich. Es gibt nicht »den« Islam! »Islam« ist kein sozialer Akteur, sondern es sind immer Individuen, die ihre Religion auf unterschiedliche Weise praktizieren. Wenn propagiert wird, der Islam sei kein Bestandteil dieser Gesellschaft, wird das Unbehagen und Misstrauen von Bürger*innen gegenüber Muslimen genährt – so sehr, dass daraus feindliche Einstellungen mit gewalttätigen Handlungen resultieren können.

Aus parteipolitischen Motiven wird auf Kosten der Muslime eine Debatte angezettelt, die in Kauf nimmt, den gesellschaftlichen Frieden zu gefährden. Denn egal, wie die Antwort ausfällt: Allein die Frage zu stellen, schließt all jene 4,5 Millionen Menschen aus, die sich zum Islam bekennen. Hochrangige Politiker sabotieren das Bemühen um Integration und das Engagement für den interkulturellen und interreligiösen Dialog. In den populistischen Debatten, die seit dem Einzug der AfD in den Bundestag auch dort geführt werden, wird nicht unterschieden zwischen Islam als Religion und Islamismus als Ideologie. Muslime und Islamisten werden in einen Topf geworfen. Die einen machen es aus Unkenntnis, andere trotz besseren Wissens.

Thomas Sternberg, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), reagierte auf die Äußerung von Bundesinnenminister Seehofer und erklärte: »Der pauschalen Verurteilung des Islams und der Muslime muss entschieden widersprochen werden.« Sternberg weist darauf hin, dass »die immer häufiger gezielt gemachten populistischen Aussagen und deren Rezeption in den Sozialen Medien« dazu führten, dass Menschen aufgrund von Herkunft und Religion diffamiert würden.

Klare Missbilligung von Äußerungen von Politikern und Widerworte sind dringend erforderlich, um der sich hierzulande immer mehr ausbreitenden feindlichen Einstellung gegenüber Muslimen entgegenzuwirken. ◀◀

Um feindliche Einstellungen gegenüber Muslimen auszudrücken, werden in den öffentlichen Debatten unterschiedliche Begriffe verwendet: Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Feindschaft gegenüber Muslimen, Muslimfeindschaft und antimuslimischer Rassismus sind einige dieser Begriffe. Welcher ist aber der passende? Warum antimuslimischer Rassismus die geeignete Bezeichnung ist, erklärt die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus in einer Handreichung, die jüngst aktualisiert wurde. Sie gibt Antworten auf fünf Fragen: Wie wird antimuslimischer Rassismus definiert? Wie äußert er sich und worin unterscheidet er sich von der Kritik am fundamentalistischen Islam? Welche Gruppen propagieren den offenen antimuslimischen Rassismus? Wie kann dem entgegengetreten werden?

Das zehn Seiten umfassende Heft ist als PDF auf der Internetseite der BAG K+R abgelegt: <http://bagkr.de/2017/12/19/handreichung-antimuslimischer-rassismus-neue-ueberarbeitete-auflage/> Sie kann heruntergeladen und ausgedruckt werden.



KIRCHE UND SINTI UND ROMA: EINE BELASTETE BEZIEHUNG MIT LICHT AM HORIZONT – WENN WIR ES WOLLEN

Christian Staffa

Es ist deutlich, dass der Protestantismus seit Luther teilhat an verächtlicher und diskriminierender Wahrnehmung von Sinti und Roma. Wie es zu der mitgetragenen Verachtung und Verfolgung der Sinti und Roma kam, das – so stellt ein Gutachten der Historikerin Verena Meier mit Recht fest – bedarf einer differenzierten kirchengeschichtlichen Untersuchung. Dieses Gutachten ist vom Zentralrat der Sinti und Roma in Auftrag gegeben worden und wurde am 20. September 2017 gemeinsam mit der Evangelischen Akademie zu Berlin am Gendarmenmarkt in Berlin vorgestellt und diskutiert.

Eine historische Untersuchung wäre nicht einfach ein rückwärtsgewandtes Projekt, sondern ein dringend notwendiger Schritt zur Umkehr in der Gegenwart, der begleitet sein sollte von

verstärkten Kontakten von Gemeinden zu Sinti- und Roma-Organisationen. Denn die Verletzung durch die lang anhaltende Missachtung und Ignoranz der Kirchen ist groß.

Denn nach 1945 herrschte (Ver-)Schweigen in beiden Kirchen zu dem Porajmos, wie der Völkermord an den Roma und Sinti in Romanes genannt wird. Ein Schweigen, das bis heute weitgehend anhält, wenn es um den Umgang mit Antiziganismus geht. Die Aufarbeitung der Geschichte von Diskriminierung, Verfolgung und Mord an Sinti und Roma und die Rolle der Kirchen scheint für Kirchenhistoriker keine größere Bedeutung zu haben. Zwar wird inzwischen der unter nationalsozialistischer Herrschaft ermordeten Sinti und Roma gedacht. So bekannte der damalige EKD-Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber 2004 eine

Mitschuld der Kirchen am Völkermord an den Sinti und Roma, doch eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Antiziganismus oder ein Zugehen auf Selbstorganisationen und Landesverbände oder den Zentralrat, um Bereitschaft zu signalisieren, Antiziganismus zu bekämpfen und die Minderheit zu unterstützen, ist kirchlicherseits daraus nicht hervorgegangen. Ausnahmen bilden die Unterstützung des Hungerstreiks in Dachau 1980 und die Orientierungshilfe der EKD von 1991, die sich das erste Mal der Verfolgungsgeschichte und der Verstrickung der Evangelischen Kirche näherte.

Neben diesen Ausnahmen blieb beispielsweise der Skandal der anhaltenden Diskriminierung durch Justiz und Polizei nach 1945 und das Schweigen der Kirchen unbesprochen. So

TRANSPORTABLE AUSSTELLUNG: »RASSENDIAGNOSE: ZIGEUNER« – DER VÖLKERMORD AN DEN SINTI UND ROMA UND DER LANGE KAMPF UM ANERKENNUNG

Eine Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, gefördert durch die Kulturstiftung des Bundes

Inhaltlicher Schwerpunkt der Ausstellung ist der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma: von der Ausgrenzung und Entrechtung der Minderheit im Deutschen Reich bis zu ihrer systematischen Vernichtung im besetzten Europa. Der menschenverachtenden Perspektive der Täter werden Zeugnisse der Opfer gegenübergestellt.

Historische Familienfotos von Sinti und Roma geben Einblicke in die Lebenswirklichkeit der Menschen und lassen sie als Individuen hervortreten. Die Ausstellung macht die zerstörten Lebenswege hinter den abstrakten Dokumenten der bürokratisch organisierten Vernichtung sichtbar.



© Foto Kehrel_Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

Behandelt wird auch die Geschichte der Überlebenden im Nachkriegsdeutschland, die erst spät als NS-Opfer anerkannt wurden. Es war die Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma, die die ideologischen und personellen Kontinuitäten aus der Zeit des »Dritten Reiches« zum Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte gemacht hat. Am Ende der Ausstellung steht ein Ausblick auf die Menschenrechtssituation der Sinti- und Roma-Minderheiten in Europa nach 1989.

Die Besucher*innen haben die Möglichkeit, mit ihren Smartphones Videos zu einzelnen Themen abzurufen, unter anderem Berichte von Überlebenden des Völkermords.

Zusätzlich ist unter www.sintiundroma.org ein Webportal entstanden, das die transportable Ausstellung um zahlreiche Videos, Fotos und Dokumente ergänzt, die in der Ausstellung aus Platzgründen nicht gezeigt werden können.

Pädagogen und Lehrkräften wird mit dem Webportal ein zeitgemäßes Werkzeug an die Hand gegeben, jungen Menschen die Geschichte des Holocaust an den Sinti und Roma beispielsweise im Rahmen einer Unterrichtseinheit zu vermitteln. Aber auch zum selbstständigen Erarbeiten oder zur Vertiefung des Themas ist das Webportal aufgrund seiner intuitiven Menüführung geeignet.

wurde sich kaum mit dem skandalösen Urteil des Bundesgerichtshofs von 1956 auseinandergesetzt. Darin war die Verfolgung der Sinti und Roma vor 1943 für rechtmäßig erklärt worden, da diese sie durch »eigene Asozialität, Kriminalität und Wandertrieb« verschuldet hätten. Verschwunden ist dieses Feindbild bis heute nicht.

»Ich bin fest davon überzeugt, dass antiziganistische Stereotype durchaus in unserer Bevölkerung und damit auch in unseren Gemeinden existieren«, sagte der EKD-Vertreter Martin Dutzmann bei der Tagung im Herbst 2017, »auf dem Bildungssektor hat da ganz viel zu passieren«.

Fazit des Fachtages der Evangelischen Akademie zu Berlin im Haus der EKD war: Die Evangelische Kirche muss sich der Diskriminierungsgeschichte seit der Reformation, sowie der Kollaboration von Gemeindegliedern und Amtsträgern mit dem NS-Regime und damit ihrer Mitverantwortung für den Völkermord an

den Sinti und Roma und nicht zuletzt dem Schweigen in der Nachkriegszeit durch verstärkte Forschung und verstärkte Zusammenarbeit stellen.

Wichtig und ermutigend, wie auch beispielhaft für andere Landeskirchen ist die gute Kooperation der Württembergischen Landeskirche mit dem Landesverband der Sinti und Roma, die zur Einrichtung der Stelle eines Beauftragten für Roma und Sinti geführt hat.

Die Evangelischen Akademien in Bad Boll, Villingen und Berlin bemühen sich zur Zeit um eine Vernetzung der in den Landeskirchen für diese Thematik Zuständigen und den Landesverbänden und Selbstorganisationen. Bei einer weiteren Tagung »Vom Vorurteil zur Zusammenarbeit« Anfang Dezember in Bad Boll wurde deutlich, dass die Landesverbände und Selbstorganisationen der Sinti und Roma nicht selten enttäuscht sind von dem mangelnden Willen zur Zusammenarbeit und Kontaktaufnahme durch evangelische Gemeinden vor Ort. Für In-

teressierte und aktive Gemeinden oder solche, die es werden wollen, kann solche Kontaktaufnahme zu vielem führen: eine gemeinsame Veranstaltung mit Zeitzeugen oder Verbandsvertreter*innen zur Situation der Sinti und Roma, ein gemeinsamer Gedenkgottesdienst oder auch ein ganz normaler Sonntagsgottesdienst, vielleicht unabhängig von der konfessionellen Bindung der jeweiligen Partner und vielleicht im Rahmen der Interkulturellen Woche. So könnte der Anfang einer tragfähigen Partnerschaft und damit der Anfang vom Ende der Stereotypisierung »der Anderen« geschaffen werden und damit die Einlösung des uneingeschränkten Versöhnungsanspruchs des Gottes Israels in Jesus Christus, der eben allen gilt ohne Unterschied. ◀◀

Dr. Christian Staffa ist Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Kontakt: staffa@eaberlin.de

REDEN? WIE REDEN?

Zum Umgang mit Rechtspopulismus in Kirchengemeinden

Henning Flad

Der Aufstieg rechtspopulistischer und neurechter Akteure in Deutschland ist mittlerweile unübersehbar geworden – durch die Präsenz der AfD in Landtagen und auch im Bundestag, durch einen Bedeutungsgewinn rechter Medien, durch zahlreiche gut besuchte Demonstrationen auch im Westen der Republik sowie durch ständige rassistische Stimmungsmache in den sozialen Medien.

Und in den Jahren 2015 und 2016 durch die schlimmste Welle an rassistisch motivierten Brandanschlägen gegen Unterkünfte von Geflüchteten seit Anfang der 1990er Jahre. Die neue rechte Bewegung profitiert dabei von weit verbreiteten Ressentiments in der Bevölkerung. So ergab etwa eine Studie von Chatham House aus dem Jahr 2017, dass in Deutschland 52 Prozent der Menschen dafür sind, jegliche muslimische Zuwanderung zu stoppen – und nur etwa 18 Prozent dies ablehnen.

Ressentiments unter Kirchenmitgliedern

Wie sieht es mit Ressentiments unter Mitgliedern der Kirchen aus? Es gibt Hinweise darauf, dass die Mitglieder der Kirchen im Durchschnitt etwas weniger für Rechtspopulismus anfällig sind als der Durchschnitt der Bevölkerung. Wahlergebnisse zeigen es deutlich: Es gibt eine negative Korrelation zwischen Kir-

chenmitgliedschaft und der Stimmabgabe für die AfD. Diese ist besonders stark in Gegenden mit geringer konfessioneller Bindung. Dennoch sind Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auch unter Kirchenmitgliedern weit verbreitet. Wie damit umgehen?

Zuallererst sind klare Signale zu setzen, dass Gewaltpropaganda und Brandanschläge inakzeptabel sind und dass Geflüchtete des Schutzes bedürfen. Wer von Drohungen und Gewalt betroffen ist, muss nach Kräften unterstützt werden. Es muss klar sein: Rassismus und anderes menschenfeindliches Gedankengut darf nie unwidersprochen bleiben. Es ist immer wieder der Gegensatz zwischen AfD und Co. und christlichem Glauben zu betonen. Die Kirchen sind nicht neutral in dieser Auseinandersetzung und dürfen es auch nicht sein. Gott gibt uns als Christ*innen eine klare Orientierung. Die von Paulus (vgl. Gal3, 28) geforderte unbedingte Gleichwertigkeit der Menschen verlangt eine klare Abgrenzung zu menschenverachtenden Haltungen und Äußerungen.

Es gilt aber auch: Für rechtspopulistische und neurechte Ideen anfällige Milieus sind zu groß und auch in den Kirchen zu stark vertreten, als dass diese als Ganzes sozial geächtet werden könnten. Soziale Ächtung war eine wirksame Strategie im Umgang mit der NPD und anderen Neonazis, hier funktioniert dies nicht mehr. Die Kirchen kommen um das Diskutieren und um das Zurückgewinnen der Menschen nicht herum, weil die Positionen aus dem Umfeld der AfD wesentlich mehr Unterstützung haben als sich das in Wahlergebnissen der AfD ausdrückt.

Jede Auseinandersetzung mit entsprechenden Meinungen hat dabei auf Präzision zu achten: Nicht jede oder jeder, der etwa die staatliche Politik im Bereich der inneren Sicherheit kritisiert, hat dabei einen Hintergrund im Gedankengut der Neuen Rechten, den von Götz Kubitschek und Björn Höcke vertretenen Ideen, oder denen des Rechtspopulisten Jürgen Elsässer. Nicht jede Irritation über die Bundesregierung oder Sorge um Flüchtlingspolitik ist nur von Rassismus motiviert – wenn dies auch oft sehr wohl der Fall ist. Und damit verbunden: Nicht jede Publikation oder Äuße-

rung, die einem aus nachvollziehbaren Gründen nicht gefällt, ist mit dem Begriff Rechtspopulismus oder Neue Rechte zu belegen, auch dann nicht, wenn sie mit einem bestimmten Vokabular zu spielen scheint.

Zivil in Form und Inhalt

Es ist stets darauf zu achten, dass die Auseinandersetzung zivil in Form und Inhalt bleibt. Beispiele für das Gegenteil davon haben wir in der medialen Öffentlichkeit bereits erlebt, etwa die beleidigende Rede über »Pack« oder das Raisonnieren darüber, dass man sich erschießen würde, wenn man mit Frau Petry verheiratet wäre. Solche Äußerungen delegitimieren die Sprechenden. Insbesondere darf es keine Duldung tätlicher Angriffe auf Vertreter*innen der AfD geben. All dies befördert weiter gesellschaftliche Polarisierungen. Von einer aufgeheizten Stimmung profitiert vor allem die AfD. Je verbindlicher und höflicher man sich einem Gespräch verhält, desto klarer kann in der Sache argumentiert werden, ohne dass die Situation entgleitet.

In einer vom Rat der EKD in Auftrag gegebenen Studie über Einstellungen von Kirchenmitgliedern heißt es: »dieselben Diskursprinzipien, die Offenheit und Toleranz nach außen sicherstellen sollen, grenzen nach innen die Kirchenmitglieder, die zu diesen Fragen eine weniger offene oder auch eine vorurteilsbehaftete Meinung vertreten, aus«. Daraus folgt: Der zentrale Weg der Auseinandersetzung muss über das Wort gehen, über das bessere Argument. Innerhalb der Kirchengemeinden heißt dies: Diskutieren, diskutieren, diskutieren, und nicht ausgrenzen. Ressentiments können nur bearbeitet werden, wenn sie offen auf dem Tisch liegen. Es braucht eine angstfreie Atmosphäre, weil sonst die Menschen nicht sagen werden, was sie denken. Sie behalten ihre Ressentiments einfach für sich, und es gibt keine Möglichkeit mehr zu widersprechen. ◀

Henning Flad ist Projektleiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus – www.bagkr.de
Kontakt: projektleitung@bagkr.de



© Marc Brinkmeier / BAG K+R

DER NATIONALE AKTIONSPLAN GEGEN RASSISMUS – WOZU ER SICH GEBRAUCHEN LÄSST

Johannes Brandstätter

Unter nüchternem nachthimmelblauen Cover mit Bundesadler verborgen – eine Lektüre zum Entspannen am Pool oder auf der Berghütte ist das nicht: der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus. Die Bundesregierung hat ihn im Juni 2017 verabschiedet.

Großen politischen Schwung bewirkt er nicht. Eher wirkt er wie eine kleine Leistungsschau all dessen, was der Bund zur Bekämpfung von Rassismus tut. Eine Pflichtübung, mit der das Innen- und Familienministerium einen übrig gebliebenen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag erfüllen.

Von zivilgesellschaftlich Engagierten war daher leichter Spott zu hören. Ein Plan, der keine konkreten Aktionen und keine zugrundeliegende umfassende Strategien enthält, ist kein Plan. National ist er schon gar nicht, da die Bundesländer und Kommunen nicht mit von der Partie sind – die Einzelstatements der 16 Bundesländer im Anhang wirken unverbunden und isoliert. Im Kern handelt es sich also nur um ein Positionspapier der Bundesregierung. Dass sich darin der Stein der Weisen verbirgt, behaupteten die federführenden Minister Thomas de Maizière und Katarina Barley erst gar nicht. Übereinstimmend sprachen sie von einem fortzusetzenden »politischen Projekt«.

Dies ist das Versprechen, an dem man die Koalitionsparteien packen kann. Das Versprechen, die strategische Bekämpfung rassistischer Diskriminierung erneut auf die Agenda zu setzen, lässt sich aus der Zivilgesellschaft einfordern.

Was macht den Aktionsplan außerdem beachtenswert und nützlich?

- Er unterliegt einem menschenrechtlichen Ansatz und greift zurück auf das von Deutschland und 178 weiteren Staaten ratifizierte Antirassismuskonvention der Vereinten Nationen und die Europäische Menschenrechtskonvention. Das ist angemessener, als Rassismus verharmlosend als eine Ansammlung von Ideologien und Vorurteilen zu beschreiben.
- Er positioniert sich mit der Feststellung, dass es rassistische Diskriminierung gegen Roma und Sinti, jüdische, muslimische und Schwarze Menschen gibt. Das hatten frühere Bundesregierungen zum Teil ganz anders gesehen. Besonders Schwarze Menschen und People of Color wurden bislang meist ignoriert. Außerdem bespricht er die Diskriminierung homosexueller und transsexueller Menschen – wenn auch aus Sicht von Lobbygruppen nicht hinreichend.

Das, was dem Aktionsplan an strategischen Aussagen fehlt, kann man im Anhang 2 nachlesen. Dort haben Fachleute aus dem Netz gegen Rassismus und dem Forum Menschenrechte eine Blaupause dessen entworfen, was eigentlich dort hineingeschrieben werden müsste. Also zum Beispiel Maßnahmen zur konsequenten Verfolgung rassistischer Straftaten und einheitliche, den Anforderungen des Antirassismuskonventions entsprechende Statistiken dazu, intersektionale Diskriminierung, die ausstehende Ratifikation weiterer internationaler menschenrechtlicher Verträge, der als vielfach unsachgemäß empfundene Begriff des Migrationshintergrunds bis hin zu Abschnitten mit Forderungen an die Politik zu Bildung, Gesundheit und älteren Menschen.

Die unabhängige Fachmeinung entstand aus vielen Diskussionen, an denen Fachleute aus den von Diskriminierung betroffenen Bevölkerungsgruppen beteiligt waren. Sie bezog auch Gesichtspunkte ein, die bei zwei vorausgehenden Konsultationen des federführenden BMI laut wurden, aber in den Aktionsplan nicht Eingang fanden. Da ist zum Beispiel die Forderung der Menschenrechtsaktivisten, gegen institutionelle Diskriminierung vorzugehen, also

»Der NAP ist nicht als statisches Programm zu verstehen, sondern ... eine Rahmensetzung seitens der Bundesregierung, offengehalten für weitere Diskurse im Sinne eines politischen Projekts.«

(Pressemitteilung der Bundesregierung vom 14. Juni 2017)



Zum Runterladen: Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus, www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/06/nationaler-aktionsplan-gegen-rassismus.html

öffentliche Einrichtungen (von der Polizei bis zu den Schulen) so zu gestalten und organisatorisch auszurichten, dass die Leistungen, die sie alltäglich erbringen, im Ergebnis nicht rassistisch benachteiligend sind. Die Bundesregierung windet sich in ihrem Aktionsplan etwas bei diesem heiklen und anspruchsvollen Thema, aber sie bestreitet das Auftreten institutioneller Diskriminierungen nicht mehr rundweg wie in früheren Verlautbarungen.

Wieso wurden die von der Regierungsmeinung abweichenden Inhalte überhaupt als Anhang aufgenommen? Ein Gesichtspunkt ist die neue oder jedenfalls verstärkte Öffnung der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit zivil-

gesellschaftlichen Organisationen. Ein weiterer Grund dürften die menschenrechtlichen Prüfungsmechanismen der Vereinten Nationen sein, vor denen Deutschland ein gutes Bild abgeben will. 2018 muss Deutschland turnusgemäß wieder über die Umsetzung des Antirassismusabkommens berichten. Vielleicht erkennen aber einige der Verantwortlichen an mancher Stelle inhaltlich darin mögliche Strategien und Projekte von morgen.

In diesem Sinne eignet sich der Aktionsplan als Tool rassismuskritischer Bildungsarbeit in Schule, Hochschule, Aktionsgruppen und Parteien, anhand dessen Unterschiede und Gemeinsamkeiten staatlicher und zivilgesell-

schaftlicher Strategien studiert werden können.

Ebenso lassen sich daraus Anregungen schöpfen für rassismuskritische Lobbyarbeit in Ländern, Kommunen und Kirchen sowie natürlich für die Oppositionsparteien im Bundestag. ◀

Johannes Brandstätter ist Referent im Arbeitsfeld Migrationspolitische Grundsatzzfragen der Diakonie Deutschland und Mitglied im ÖVA.

Kontakt: johannes.brandstaeter@diakonie.de

DEUTSCHPLUS ENGAGIERT SICH NACHHALTIG FÜR VIELFALT – UND TRÄGT PLURALITÄT SCHON IM NAMEN

Farhad Dilmaghani

Vielfalt verbindet – unter diesem Motto steht die Interkulturelle Woche. DeutschPlus engagiert sich stark für Vielfalt. Warum ist Ihnen Vielfalt so wichtig?

Farhad Dilmaghani: Die Gesellschaft ist vielfältig und dies ist sichtbar: Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte, Menschen unterschiedlicher sexueller Identitäten, kultureller Hintergründe und unterschiedlicher Religionen gestalten gemeinsam Deutschland. Das ist eine großartige Erfolgsgeschichte. Die Haltungen in der Bevölkerung dazu sind sehr unterschiedlich: Auf der einen Seite gibt es viele Menschen, die die Potenziale dieser Vielfalt erkennen und gemeinsam Gesellschaft und Demokratie gestalten. Auf der anderen Seite stehen leider nicht wenige Menschen, die fürchten, dass sie irgendetwas verlieren, wenn alle Menschen gerechte Chancen haben. Wir glauben an genau diese Chancengleichheit und setzen uns aktiv dafür ein.

Die politische Stimmung in Deutschland scheint sich spätestens mit dem Einzug der AfD in den Bundestag noch einmal verändert zu haben: Vielfalt, Diversität und interkulturelles Engagement werden von Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Welchen Einfluss nimmt das auf die Arbeit von DeutschPlus?

Farhad Dilmaghani: Der Aufstieg der völkisch-nationalen Rechten ist fatal. Das beein-



flusst unsere Arbeit unmittelbar. Das gesellschaftliche Klima verändert sich und auch die politischen Spielräume. Wir verstehen uns als Anwälte für mehr Vielfalt. Daran wird sich auch nichts ändern, selbst wenn jetzt Menschen im Bundestag sitzen, die Vielfalt strikt ablehnen und teilweise den Nationalsozialismus verharmlosen oder eine Schlussstrichmentalität an den Tag legen. Je lauter die völkisch-nationalen Rechten pöbeln, desto lauter müssen auch wir und unsere Verbündeten unsere Stimme erheben. Wir sind mehr. Wir sind viele.

Wie haben sich die öffentlichen Debatten verändert?

Farhad Dilmaghani: Unerträglich finde ich den offenen Rassismus gerade in den sozialen Medien, aber auch in vielen öffentlichen Äußerungen. Da kommt oft nur noch der blanke Hass durch, manchmal notdürftig bemäntelt. Ein großes Problem sehe ich aber auch in der Zuspitzung der öffentlichen Debatte gerade in Bezug auf den Begriff Leitkultur. Wir lehnen den Begriff »Leitkultur« ab. Viel wichtiger ist uns der Begriff »Leitbild«, der sich von »Leitkultur« klar abgrenzt. Einmal, weil »Leitkultur« so tut, als ob es einen Verhaltensknigge für alle gäbe, um es freundlich auszudrücken. Ein solcher lässt sich aber angesichts der

vielfältigen Lebensentwürfe in einer modernen und vielfältigen Gesellschaft nicht mehr mit Allgemeinverbindlichkeit formulieren. Zum Zweiten kann ein Leitbild – das im Gegensatz zur Leitkultur nicht gegenwarts-, sondern zukunftsbezogen ist – von allen relevanten ge-

HINTERGRUND:

Farhad Dilmaghani arbeitet seit fast 20 Jahren an der Schnittstelle von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Der studierte Politik- und Sozialwissenschaftler ist Gründer und Vorsitzender von DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik.

Mehr unter: www.deutsch-plus.de. Farhad Dilmaghani ist Mitglied im ÖVA.



© DeutschPlus/Nils Bornemann

sellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren im Konsens gesucht und gefunden werden.

Ihr wichtigstes Thema ist die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft, wie genau soll diese mit Leben gefüllt werden? Welche konkreten Vorstellungen haben Sie?

Farhad Dilmaghani: In einem gemeinsamen Impulspapier mit über 50 anderen Migrant*innenorganisationen und Neuen Deutschen Organisationen haben wir unsere Vorstellung von der Ausgestaltung der Einwanderungsgesellschaft genau formuliert: Wir wollen die interkulturelle Öffnung in Staat und Gesellschaft auf breiter Front. Dafür fordern wir auch die Einrichtung eines Nationalen Rates für interkulturelle Öffnung und Teilhabe nach dem Vorbild des Deutschen Ethikrates. Und wir fordern ein neues Staatsziel »Teilhabe und Vielfalt« im Grundgesetz als Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft. Teilhabe muss in Deutschland endlich Chefsache werden.

Was machen Sie als DeutschPlus zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft?

Farhad Dilmaghani: DeutschPlus ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich für die chancengerechte Teilhabe aller Menschen einsetzt. Dafür machen wir Kampagnen und Events, Diskussionen und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir arbeiten auch ganz praktisch mit Jugendlichen in unserem Projekt »Vom Ihr zum Wir«. Wir stärken sie für ihre schulische und berufliche Entwicklung. Wir arbeiten mit ihnen zu ihren Grundrechten, was für uns die Basis allen Zusammenlebens ist. Wir beraten Institutionen, wie sie bestehende Repräsentationsdefizite abbauen und begleiten sie in diesem Prozess der Organisationsentwicklung. Es geht dabei um das Erkennen und Abbauen von Barrieren und um Empowerment derjenigen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Hier setzt unser Projekt »ACT – Bewusstsein schaffen, Chancen sichern« an. Wir setzen uns für die Wertschätzung und Akzeptanz unterschiedlicher Identitäts- und Lebensentwürfe, Chancengleichheit, Teilhabemöglichkeiten und ein gesellschaftliches Klima ein, das entschlossen jegliche Diskriminierung verurteilt. Dafür bringen wir uns lautstark im öffentlichen Diskurs ein. Hier setzt unter anderem unser Projekt »Vielfalts-Check« an. Wir entwickeln Werkzeuge, um die Viel-

Das Gespräch führte **Lena Högemann**, Pressesprecherin von DeutschPlus.

Kontakt: lena.hoegemann@deutsch-plus.de

faltskompetenz von Organisationen auf verschiedenen Ebenen zu fördern. Wir glauben daran, dass Veränderungen im beruflichen Kontext auch andere Bereiche des Lebens beeinflussen.

Was kann jede/r einzelne tun?

Farhad Dilmaghani: DeutschPlus unterstützen (lacht). Es geht darum, laut zu sagen, wenn etwas rassistisch ist, wenn Menschen diskriminiert werden, wenn Klischees und Vorurteile Chancen vernichten. Immer dann sollte jeder Mensch sich einbringen. Und natürlich sollten sich auch diejenigen, die politische, gesellschaftliche und unternehmerische Verantwortung in Deutschland tragen, fragen, was sie tun können und auf diejenigen hören, die von Diskriminierung und Rassismus berichten. Unser Motto lautet: Wir gestalten heute das Deutschland von morgen und dafür suchen wir immer wieder neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter. ◀

NEUE DEUTSCHE ORGANISATIONEN – WER WIR SIND, WAS WIR WOLLEN

Ferda Ataman

Wenn man es positiv formulieren will, könnte man sagen: Wir leben in einer spannenden Zeit, wir verhandeln gerade, wir in Deutschland dazu gehört und wer nicht. Dabei ist zu beobachten, dass es immer mehr Initiativen gibt, die sich gegen Rassismus engagieren und klarstellen, dass Deutschsein heute mehr ist, als deutsche Vorfahren zu haben. Vor allem nach der »Sarrazin-Debatte« 2010 haben sich zahlreiche Organisationen von Menschen gegründet, die selbst entscheiden wollen, wie sie bezeichnet werden. Manche nennen sich Menschen of Color, Sinti, Roma, Schwarze Deutsche oder – je nach Herkunft – XX-Deutsche, darunter sind jüdische, muslimische und andere Engagierte sowie Nachkommen von Arbeitsmigrant*innen und Geflüchteten.

Anfang 2015, in der Hochphase der »Pegida«-Debatte, trafen sie sich erstmals unter dem



Titel »neue deutsche organisationen (ndo)«. Inzwischen haben über 100 postmigrantische Initiativen im ndo-Netzwerk zusammengefunden. Ihre Gemeinsamkeit: Sie verstehen sich als Teil dieser Gesellschaft und als Gegenbewegung zum erstarkenden Rechtspopulismus. Auch zahlreiche »klassische« Migrant*innenorganisationen sind dabei.

Vielfalt verbindet – das IKW-Motto 2018 steht dafür, die Gesellschaft gemeinsam zu gestalten, »freundlich im Ton, aber klar und unmissverständlich in der Haltung«. Diese Herangehensweise entspricht absolut unserem Motto. Denn wir sagen: Wir sind viele und

wir wollen mitreden, wenn es um die Zukunft der deutschen Gesellschaft geht – nicht nur in Sachen Integration und Migration.

Für Mitsprache und Teilhabe gibt es viele gute Gründe. Zum Beispiel diese:

- Menschen mit Migrationsbezügen und Minderheitenmerkmalen sind längst keine kleine Minderheit mehr. In manchen Regionen hat die Mehrheit der Schulkinder Migrationsbezüge. Und jenseits vom eigenen »Migrationshintergrund« sind viele Menschen familiär oder freundschaftlich involviert.



- Teilhabe ist eine zutiefst demokratische Frage: Die Qualität einer Demokratie spiegelt sich am deutlichsten wieder in ihrem Umgang mit marginalisierten Menschen. Denn sie bedeutet, dass allen das Recht zusteht, Politik und Gesellschaft mitzugestalten.
- Und es geht um nichts Geringeres als Menschenrechte: Minderheiten haben ein Recht darauf, nicht benachteiligt (diskriminiert) oder rassistisch herabgewürdigt zu werden.

Aus dieser Haltung heraus lassen sich unsere Forderungen verstehen:

1. **Wir wollen selbst entscheiden, wie wir bezeichnet werden.** Zum Beispiel als Menschen mit Vibrations- oder Migrationshintergrund, mit Migrationsvordergrund, Migrant*innen, bikulturelle, crosskulturelle, Afrodeutsche, Turkodeutsche oder Deutschkurden oder einfach nur Deutsche. Fragen Sie uns.
2. **Wir wollen keine Integrationspolitik, sondern eine Gesellschaftspolitik für alle.** Eine Integrationspolitik, die sich nur auf Menschen mit Migrationshintergrund konzentriert, ist nicht mehr zeitgemäß, wir

Ferda Ataman ist Mitglied der Steuerungsgruppe der neuen deutschen organisationen.

Kontakt:

ataman@neue-deutsche-organisationen.de

Weitere Informationen:

neue-deutsche-organisationen.de



brauchen auch Integrationsangebote für Menschen ohne Migrationsvordergrund. Und **wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft.** Ein neues Einwanderungsgesetz muss das berücksichtigen und Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus beinhalten.

3. **Das gesellschaftliche Engagement gegen antisemitische, antimuslimische, frauenfeindliche und homophobe Einstellungen muss stärker unterstützt und gefördert werden** – in allen Teilen der Gesellschaft.

4. **Minderheiten und People of Color müssen präsenter werden:** Wir wollen keine Behörden, staatlichen Unternehmen, Parlamente, Gremien, Rundfunkräte, Wohlfahrtsverbände usw., in denen immer noch (fast) nur Herkunftsdeutsche sichtbar sind. Diese

Teilhabe sollte selbstverständlich sein. Wir bedauern, dass die gesellschaftliche Vielfalt sich in der neuen Bundesregierung gar nicht wiederfindet.

5. **Zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft gehört auch ein reformiertes Bildungssystem:** Im Unterricht sollte die Geschichte des Einwanderungslands Deutschland vermittelt und auf Alltagsprobleme im Zusammenleben eingegangen werden. Kolonialismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung müssen Teil der Lehrpläne werden.

Wir glauben daran, dass das machbar ist. Und freuen uns über jede Gelegenheit zur Diskussion bei der Interkulturellen Woche und überall da, wo diese Themen angegangen werden. ◀◀

FÜR VIelfALT IN DEN MEDIEN: DIE NEUEN DEUTSCHEN MEDIENMACHER

Joanna Stolarek

Die Neuen deutschen Medienmacher sind ein bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden mit unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Kompetenzen. Als einzige Interessenvertretung dieser Art setzen sie sich seit nunmehr zehn Jahren für mehr Vielfalt in den Medien ein: in der Berichterstattung, vor und hinter der Kamera, an den Mikrofonen und Redaktionstischen. Und auch in den Führungsetagen. Fast 23 Prozent der deutschen Bevölkerung haben eine Einwanderungsgeschichte, in den Medien sind es nur geschätzte 2 Prozent des Personals. Das hat Auswirkungen auf die Berichterstattung. Wenn Vielfalt in den Redaktionen fehlt, fehlt sie auch in den Medienprodukten.

Migrationsforscher Klaus M. Bade, Özlem Gezer (Redakteurin bei »Der Spiegel«), Ferda Ataman (NDM-Vorstandsmitglied), Sheila Mysorekar (NDM-Vorsitzende) und Hadija Haruna (Journalistin) diskutieren auf einer Veranstaltung der Neuen Deutschen Medienmacher über Meinungsfreiheit und Rassismus

© Thomas Lobenwein

Mit unserer Arbeit setzen wir uns dafür ein, dass in Deutschland

- eine ausgewogene und vielfältige Berichterstattung selbstverständlich wird,
- Vielfalt und interkulturelle Kompetenz in Medienhäusern stärker wertgeschätzt und gefördert werden
- und eine Anerkennungskultur entsteht, die dem positiven Potenzial unserer Einwanderungsgesellschaft entspricht.

Den Wert einer diversen und ausgewogenen Berichterstattung vermitteln die NdM unter anderem in den Blatt- und Sendekritiken, zu denen wir von Medien eingeladen werden. Als weitere Hilfe bieten wir für die alltägliche Redaktionsarbeit unser Glossar »Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland« an, das seit 2011 in vielen Neuauflagen erschienen ist und stetig für den aktuellen Gebrauch überarbeitet wird. Ein weiteres Modul ist der Vielfaltfinder mit hunderten nicht- und neudeutschen Expert*innen, die in einer Datenbank als Expert*innen re-





cherchiert werden können. In eigens konzipierten Seminaren und Weiterbildungen intensivieren die Neuen deutschen Medienmacher das Wissen um Integration und Migration als Themen der journalistischen Arbeit.

Außerdem setzen sich die NdM für vielfältigere Redaktionen ein und leben diesen Wert auch vor: Im Projekt »Handbook Germany« arbeiten exilierte Kolleg*innen unterschiedlicher Herkünfte und schaffen gemeinsam ein mehrsprachiges Online-Portal für geflüchtete Menschen in Deutschland. Mit dem Mentoring-Programm werden zudem Nachwuchsjournalist*innen aus Einwandererfamilien und geflüchtete Journalist*innen gefördert, indem ihnen hochkarätige Mentor*innen an die Seite gestellt werden und sie dabei unterstützen, Wege in den Journalismus zu finden.

Mit dem No Hate Speech Movement sensibilisiert das Netzwerk für Hetze im Internet, die

sich nicht zuletzt häufig gegen Journalist*innen (aus Einwandererfamilien) richtet. Mit einem praxisnahen Leitfaden und bundesweiten Redaktionstreffen entwickeln und vermitteln die NdM hier journalistische Strategien für den Umgang mit Online Hass.

Zudem schulen die Medienmacher NGOs, Migrant*innenorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und andere integrativ wirkende Organisationen im Rahmen von Medientrainings im selbstbewussten und professionellen Umgang mit der Presse. Damit auch ihre Stimme gehört wird. Fragen wie: »Wie schaffe ich es, in einem Interview meine Themen zu setzen? Wie schreibe ich eine Pressemitteilung, die auch ankommt? Und welches sind eigentlich die richtigen Kanäle für meine Medienarbeit?« beschreiben die alltäglichen Herausforderungen einer guten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Und diese wird mittlerweile auch für NGOs, migrantische Gruppen und Netzwerke sowie

Joanna Stolarek ist Politikredakteurin bei der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft.

Kontakt:
stolarek@neuemedienmacher.de



Foto: privat

andere ehrenamtliche Initiativen immer wichtiger. Denn solche Organisationen wirken tagtäglich im gesamten Bundesgebiet integrativ, indem sie für die gesellschaftliche und politische Teilhabe migrantischer Minderheiten arbeiten, kulturellen Austausch fördern und migrantisches (Self-) Empowerment unterstützen. Allzu oft wird diese Arbeit in der Öffentlichkeit leider nicht wahrgenommen: In den Medien finden entsprechende Organisationen meist nur dann Aufmerksamkeit, wenn es darum geht, aktuelle Probleme zu kommentieren (Bsp.: Eine Willkommensinitiative soll sich zu einem Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft äußern, eine muslimische NGO zu islamistischem Terror oder Präventionsarbeit Stellung nehmen).

Entsprechend verständlich ist der Frust, der sich bei vielen Aktiven anstaut: Warum dringen wir mit unseren Themen nicht durch? Warum wird unsere Arbeit immer nur dann erwähnt, wenn es Schwierigkeiten gibt? Gleichzeitig fehlen in den entsprechenden NGOs, Migrant*innenorganisationen und Flüchtlingsinitiativen, die meist von engagierten Ehrenamtlichen getragen werden, nicht selten Know-How, Selbstbewusstsein und Ressourcen, um professionell, effektiv und effizient mit Medien und Öffentlichkeit umzugehen. ◀

Die Medientrainings »**Wir bleiben im Gespräch**« werden von den Neuen deutschen Medienmachern konzipiert und seit Frühjahr 2017 im Rahmen des Projektkonzepts »**House of Resources**« des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge kostenlos angeboten.

Die Medientrainings haben das Ziel:

- einen selbstbewussten, professionellen und nachhaltigen Umgang mit Medien und der Öffentlichkeit zu lernen,
- Vernetzung der entsprechenden NGO oder Organisationen untereinander,
- einen geschützten Raum zum Austausch von Diskriminierungserfahrungen zu schaffen, die evtl. im Umgang mit der medialen Öffentlichkeit gesammelt wurden,
- Instrumente zu vermitteln, wie man seine eigenen Themen erfolgreich setzt und migrantische Perspektiven in mediale Diskurse einbringt.

Weitere Informationen gibt es unter www.neuemedienmacher.de

SPRACHE UND TEILHABE IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Ein- und Ausgrenzung durch Sprache

Bernd Meyer

In einer bekannten biblischen Szene wird ein ethnischer Konflikt beschrieben: die Gileaditer errichten einen Kontrollposten an einer Furt des Jordans und kontrollieren Flüchtlinge. Jeder, der hinüber will, muss ein bestimmtes Wort sagen. Allein an der Aussprache (»Sibboleth« statt »Schibboleth«) erkennen die Kontrolleure den Feind (Buch der Richter 12,5). Die Szene sagt einiges über soziale Konflikte, denn die kulturelle Distanz zwischen den kämpfenden Gruppen ist offensichtlich gering – beide Gruppen, Gileaditer und Ephraimiten, sprechen im Prinzip dieselbe Sprache, nur die Aussprache variiert. Dieser geringe ethnische Unterschied reicht jedoch aus, um die anderen als vernichtenswerte Feinde zu klassifizieren. »Zu der Zeit fielen vierzigtausend«, heißt es weiter im biblischen Text. Die Szene sagt noch etwas anderes: Sprache dient nicht nur zur Stärkung von Gemeinschaft, sondern kann umgekehrt auch zur Ausgrenzung anderer eingesetzt werden. Vielfach wird im Kontext der Migrationspolitik die Wichtigkeit einer gemeinsamen Sprache beschworen, oftmals verbunden mit der Forderung an Migrant*innen, Deutsch zu lernen. »Deutsch ist das Band, das uns verbindet«, sagte einmal eine Integrationsbeauftragte der Bundesregierung.

In einem Gespräch über die Versorgung von Behörden und sozialen Einrichtungen mit Dolmetschern behauptet der Vertreter eines kommunalen Verbandes, aufgrund gesetzlicher Bestimmungen dürfe in deutschen Behörden nur auf Deutsch kommuniziert werden. Deutsch sei laut § 23 des Verwaltungsverfahrensgesetzes nun mal die Amtssprache. Die gleiche Auffassung vertritt in einem Interview ein zweisprachiger Angestellter eines Jobcenters, der verschämt einräumt, er spreche ab und zu mal Russisch, wenn Klienten nicht so gut Deutsch können, aber zuvor versuche er es immer in der Amtssprache.



© csp / shutterstock

Der häufig zu hörende Verweis auf die Amtssprache Deutsch zeugt nicht nur von einer bestimmten Rechtsauffassung. Es wird auch die Spannung deutlich, die zwischen der sprachlichen Vielfalt des deutschen Alltags und der politischen Konzeption der Nation als einer kulturell und sprachlich homogenen Einheit besteht.

Die mehrsprachige Realität in sozialen und medizinischen Einrichtungen

In jeder Kommune werden aufgrund gesetzlicher Bestimmungen bestimmte soziale Dienste vorgehalten, etwa im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, im Gesundheitsbereich usw. Hinzu kommen Schulen, Jobcenter, Krankenhäuser und andere Einrichtungen, die alle jeweils bestimmte Problemlösungen für die Wohnbevölkerung anbieten, unabhängig von dem aufenthaltsrechtlichen Status der Individuen. Die Schulpflicht besteht für alle Kinder und Jugendlichen, und minderjährige unbegleitete Flüchtlinge stehen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive oder ihrem Aufenthaltsstatus unter dem Schutz des Jugendamtes. Wie aber sollen die kommunikativen

Fragestellungen gelöst werden, die mit solchen gesetzlichen Bestimmungen einhergehen? Wie kann man mit einem somalischen Jugendlichen kommunizieren, der (noch) kein Deutsch spricht?

Demografische Daten aus Deutschland und den USA deuten darauf hin, dass jeder Fünfte mit eigener Migrationsgeschichte Schwierigkeiten hat, in der Sprache des Aufnahmelandes zu kommunizieren. Bei rund 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in 2015 entsprechen diese 20 % etwa 3,4 Millionen Personen oder rund 4 % der Gesamtbevölkerung. Dieser Prozentsatz variiert natürlich erheblich, wenn andere Eigenschaften wie Alter oder Geschlecht einbezogen werden. Hinzu kommt, dass bestimmte Personengruppen in manchen Einrichtungen besonders häufig vorgestellt werden, sodass häufiger als anderswo in anderen Sprachen kommuniziert werden muss. Dies gilt z.B. für Geburtshilfestationen in Krankenhäusern oder Kindertagesstätten in bestimmten Kommunen.

Ein anderer Kommunikationsbereich, in dem gute Kommunikation wichtig und auch recht-

lich vorgeschrieben ist, ist die Patientenaufklärung. Geht man etwa davon aus, dass von den ca. 18 Millionen stationären Krankenhausaufenthalten pro Jahr jeder mit mindestens einem Aufklärungsgespräch einhergeht, dann finden jedes Jahr schätzungsweise ca. 720.000 Aufklärungsgespräche mit Personen statt, die nur wenig Deutsch sprechen. Da Dolmetschen keine Leistung der Krankenkassen ist und Krankenhäuser in der Regel keine eigenen Dolmetscherdienste haben, werden solche Gespräche entweder von Angehörigen gedolmetscht oder aber – rechtswidrig – in einer Sprache geführt, die der Patient nicht gut versteht. Jeder Arzt, der ein Aufklärungsgespräch ohne Sprachmittlung mit einer Person führt, die nur eingeschränkt Deutsch beherrscht, macht sich zumindest in einer Hinsicht strafbar: durch Körperverletzung gegenüber dem Patienten, weil die Zustimmung zum Eingriff nicht rechtswirksam war. Möglicherweise begeht er aber auch einen Betrug gegenüber der Krankenkasse, weil das Gespräch als eine Leistung abgerechnet wird, die de facto nicht erbracht wurde.

Obwohl es sich also offenkundig um systematisch auftretende Sprachbarrieren handelt, sieht sich der Gesetzgeber nicht in der Lage, systematische Lösungen bereitzustellen. Die meisten medizinischen und sozialen Einrichtungen in Deutschland sind stattdessen auf Improvisation angewiesen, wenn es darum geht Kommunikation mit Personen zugewährleisten, die kein oder wenig Deutsch sprechen. Häufig leisten Angehörige oder Angestellte, manchmal auch Mitbewohner aus einer Aufnahmeeinrichtung oder Bekannte die sprachliche Vermittlung. Oder es wird, mit ungewissem Ausgang, in einer Verkehrssprache wie Englisch oder Französisch kommuniziert. Insbesondere dann, wenn dritte Personen als Mittler einbezogen werden, findet kein Qualitätsmanagement mehr statt und es spielen elementare fachliche und rechtliche Standards oftmals keine Rolle mehr. Die Qualität etwa eines Beratungsgesprächs zeigt sich ja nicht nur darin, dass bestimmte Informationen irgendwie an einen Klienten vermittelt werden. Und auch der sonst sehr wichtige Datenschutz ist ausgehebelt, wenn in der Schuldnerberatung der Gläubiger die Verdolmetschung übernimmt. Der vorherrschende, von Improvisation geprägte Umgang mit Sprachbarrieren in öffentlichen Einrichtungen in Deutschland ist also rechtlich und fachlich problematisch.

Inklusive Mehrsprachigkeit statt exklusiver Deutschsprachigkeit

Ein Konzept ist das der »inklusive Mehrsprachigkeit«. Inklusive Mehrsprachigkeit bedeutet, dass verschiedene Möglichkeiten der Kommunikation in verschiedenen Sprachen flexibel genutzt werden, um Verständigung zu erreichen. Das Konzept betont das Ziel der wechselseitigen Verständigung und erteilt Identitätsansprüchen eine Absage. Anstatt auf der Verwendung einer Sprache zu beharren, sollten die Beteiligten an einem Gespräch die Verständigungsoptionen ausloten und jeweils flexibel auf Herausforderungen reagieren. Dies bedeutet etwa, dass man systematisch Sprachmittler einbezieht und dass eine Einrichtung reflektiert, in welchem Umfang und in welchen Bereichen eine bestimmte Art der sprachlichen Unterstützung jeweils erforderlich ist.

Um also in einer Institution Sprachbarrieren abzubauen, müssen die vorhandenen Kompetenzen nicht naiv genutzt, sondern systematisch erhoben werden. Es müssen außerdem die mit den Kommunikationsanlässen verbundenen Anforderungen reflektiert und ggfs. entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Qualifiziertes Dolmetschen erfordert Auswahlprozeduren und die Teilnahme an Fortbildungen sowie eine Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung; und solche zusätzlichen Erwartungen an die Angestellten werden sicherlich eher und besser von diesen erfüllt, wenn damit auch materielle Vorteile einhergehen.

Geklärt werden muss auch, in welchen Fällen die Einbeziehung externer qualifizierter Dolmetscher erforderlich ist und wie diese bezahlt werden. Die kompetente Nutzung herkunftssprachlicher Kompetenzen ist also aufwändig und erfordert mehr als nur eine Einstellungsänderung. Sie bedeutet vielmehr einen Systemwechsel von einem auf Deutschsprachigkeit ausgerichteten Kommunikationssystem hin zu einem, das in der Lage ist, in verschiedenen Sprachen zu arbeiten und Sprachbarrieren systematisch und kompetent zu überwinden.

Teilhabe durch inklusive Mehrsprachigkeit

Die Förderung inklusiver Mehrsprachigkeit in öffentlichen Einrichtungen wie Behörden, Krankenhäusern oder Beratungsstellen erfordert zunächst eine Reflektion der bisherigen Praxis, die häufig auf eine exklusive Deutschsprachigkeit ausgelegt ist. Die Öffnung dieser

Bei dem Text handelt es sich um eine Kurzfassung der Infobeilage Migration und Integration der Zeitschrift neue caritas 3/2017. Die Vollfassung inklusive der Fußnoten finden Sie auf www.interkulturelleWoche.de >Heft 2018.

Bernd Meyer ist Professor für Interkulturelle Kommunikation und Allgemeine Kulturwissenschaft am Fachbereich 06 Translations-, Sprach-, und Kulturwissenschaft der JGU Mainz in Germersheim.

Kontakt: meyerb@uni-mainz.de

institutionellen Räume für andere Formen der Kommunikation sollte nicht mit alternativen Identitätskonstruktionen (Schutz von sprachlichen Minderheiten, Bewahrung des kulturellen Erbes usw.) begründet werden, sondern mit dem Anspruch der Institutionen selbst, die sich als allseits offen und inklusiv verstehen. Es geht also nicht um eine gesinnungsethisch begründete Offenheit gegenüber Anderssprachigen, sondern um das Funktionieren der Institutionen, deren Verfahren und Regelungen neuen gesellschaftlichen Realitäten angepasst werden müssen.

Um für eine systematische Überwindung von Sprachbarrieren zu argumentieren, sollte die Teilhabe aller Individuen am gesellschaftlichen Leben und ihr Zugang zu den Institutionen in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Anerkennung der mehrsprachigen Realität hat für demokratische Gesellschaften eine zentrale Bedeutung, weil sie ihre Legitimität aus der Teilhabe der Bevölkerung an der Gestaltung des öffentlichen Lebens beziehen.

Besteht grundsätzlich eine Akzeptanz gegenüber verschiedenen Formen der mehrsprachigen Kommunikation, wie etwa dem Dolmetschen und Übersetzen oder der Verwendung von Verkehrssprachen, muss allerdings vor einer naiven Einschätzung bezüglich der Nutzungsmöglichkeiten von herkunftssprachlichen Kompetenzen gewarnt werden. Erst wenn die sprachlichen Fähigkeiten einer Person realistisch eingeschätzt werden und mit den kommunikativen Anforderungen des jeweiligen institutionellen Handlungszusammenhangs in Einklang gebracht werden können, kann auch tatsächlich von einer Öffnung der Institutionen für mehrsprachige Kommunikation gesprochen werden. Die Herstellung von Teilhabe durch inklusive Mehrsprachigkeit ist also eine Aufgabe, der sich Institutionen systematisch und langfristig widmen müssen. ◀

INTEGRIERTES RÜCKKEHRMANAGEMENT GEFÄHRDET FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Dietrich Eckeberg

Die Flüchtlingspolitik durchzieht ein offener Riss. Die Einen dürfen und sollen sich integrieren, zumindest befristet. Und eine immer größer werdende Zahl Geflüchteter, die Anderen, sollen ausreisen, schnell, möglichst gleich aus den Landesunterkünften, sonst werden sie abgeschoben. In den Städten setzen sich ehren- und hauptamtlich Engagierte in Nichtregierungsorganisationen und in Behörden aufopferungsvoll ein für eine Willkommenskultur, gestalten engagiert die Aufnahme und erste Integration der Neubürger. Zeitgleich bekämpfen Innenpolitiker und Teile der zugeordneten Behörden und Organisationen immer offener ebendiese Aufnahme, die (Aufenthalts)-Rechte, den Zugang zu Integrationsförderung und insgesamt den Verbleib von Geflüchteten in Deutschland. Möglichst viele sollen schon direkt nach der Einreise ausreisen – selbst wenn ein Schutzanspruch besteht!

Umgesetzt wird dies seit 2014 und verschärft seit 2017 über das sogenannte »Integrierte Rückkehrmanagement«.¹ Wie Pilze schießen neue Programme der Rückkehrförderung² und »Reintegration« wie »Starthilfe Plus«, »ERIN«, oder »Perspektive Heimat« aus dem Boden.

Mit neuen Organisationsstrukturen setzen Bund und Länder auf die Effektivierung von Rückkehr und Abschiebung:

1. Das »Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr« des Bundes.³
2. Die »Rückkehrinformation« des Bundesamtes für Migration (BAMF) und Flüchtlinge erfolgt noch vor der Asylantragstellung und wird mit »Rückkehrprämien« verknüpft.
3. Auf der Ebene der Länder werden neue Stellen der »Rückkehrkoordination« eingerichtet. Die Landesausländerbehörden werden dazu umfassend ausgestattet.
4. Kompetenzen von Ausreise und Rückführung werden auf Landesebene zentralisiert.

Von der Willkommenskultur zur Rückkehrpolitik

2015/2016 ging ein humanitärer Aufbruch durch Deutschland. Ohne das Zupacken, das Willkommen Heißen durch Hundertausende von Ehrenamtlichen und natürlich auch von hauptamtlich Mitarbeitenden aus Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen wäre die erste Aufnahme der vielen Geflüchteten in den Städten und Nachbarschaften wohl nicht gelungen. Bis heute treten unzählige Ehrenamtliche und ganze Berufsgruppen etwa in der Sprachförderung Deutsch, in den Schulen, der sozialen Arbeit, in Behörden oder in Nachbarschaften für die Integration Geflüchteter ein. Bei der größten Herausforderung, der Integration in Bildung und Arbeit, ist der Weg aber noch weit. Doch – statt diesen Weg weiter und vorrangig zu gestalten, änderte die Flüchtlingspolitik, von manchen nahezu unbemerkt, schon in 2015 die Vorzeichen. Die Gestaltung von Rückkehr und Abschiebung prägen seitdem vor allem das staatliche Handeln der Innenbehörden. Bis 2015 bestehende Rechte von Geflüchteten wurden inzwischen mit Gesetzen und unterhalb dieser gleichzeitig auch durch rein administrative Maßnahmen ausgehöhlt und bekämpft. Gesetzliche Maßnahmen, wie etwa das Unterteilen von Geflüchteten entlang einer angenommenen Bleibeperspektive oder die unzureichende Beachtung von psychisch Erkrankten im Asylverfahren, die durch die neue Auflage fachärztlicher Gutachten⁴ nahezu verhindert wird, oder die umfassenden Einschränkung des Familien-

1 Siehe: Beschluss zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, hier Rückkehrpolitik, Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 9. Februar 2017

2 Siehe BAMF: www.bamf.de/DE/Rueckkehr/Rueckkehrprogramme/rueckkehrprogramme-node.html

3 Korrektur der Druckfassung

4 bisher reichten auch Gutachten von Psychotherapeuten

nachzuges sind viel diskutiert und bekannt. Jetzt aber sollen viele der Geflüchteten gar nicht mehr in die Kommunen kommen, sondern in zentralen Bundes- oder Landesunterkünften, den sogenannten zentralen »Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (AnKER)« fern der Zivilgesellschaft für bis zu 18 Monate festgesetzt werden. Selbst alleinreisende Flüchtlingskinder sollen in diese Landesunterkünfte und nicht mehr direkt in Jugendhilfeeinrichtungen zugewiesen werden. Ausschließlich die in Asylverfahren direkt Anerkannten sollen noch zeitnah in die Kommunen kommen.

Das Engagement der Zivilgesellschaft scheint zu stören. Dieses Engagement und eine humanitär geprägte Aufnahme von Geflüchteten werden mit dem Konzept des »Integrierten Rückkehrmanagement« und der Rückführungspolitik von Bund und Ländern immer offener bekämpft.⁵

Festgehalten in Landesunterkünften – von der Aufnahme- zur Rückkehrorientierung

Die immer umfassenderen und effektiveren Maßnahmen der Rückkehrpolitik sind bisher nicht so bekannt. In den Landesunterkünften werden Geflüchtete immer länger festgehalten, auch solche, die bisher in Städten und Gemeinden Schutz, Aufnahme und Zugänge zu einer ersten Integration fanden. Bis 2015 waren diese Landesunterkünfte reine Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen die Aufenthaltsdauer 6 Wochen, maximal aber 3 Monate betrug. Erste Fragen zum Asyl und zur Aufnahme wurden geklärt. Danach ging es in die Kommunen. Ein neuer Kerngedanke des »Integrierten Rückkehrmanagement« lautet nun: Die Geflüchteten sollen gar nicht erst in die Kommunen gelassen werden, sondern gleich nach ihrer Ankunft noch aus den Landesunterkünften heraus zur »freiwilligen« Ausreise gedrängt oder eben abgeschoben werden. Noch

vor der Asylantragstellung erhalten Asylsuchende vom BAMF Informationen zu Prämien, die höher ausfallen, wenn ein Asylantrag zurückgezogen wird. Wird hier das Asylrecht nicht hintergangen? Ziel scheint zu sein, den Zugang zu nachgelagerten Aufenthaltsrechten, zum Gemeinwesen und zur Zivilgesellschaft zu verhindern.

Bereits heute werden die Flüchtlinge in den Landesunterkünften, in Abhängigkeit von der Asylentscheidung des BAMF – drei (Asylberechtigte), sechs (Status ungeklärt) – bei einer vorliegenden Landesverordnung bis zu 24 Monate (offensichtlich abgelehnt / unzulässig) oder, im Falle der Herkunft aus sogenannten sicheren Herkunftsländern, sogar unbefristet festgehalten. In der vom BAMF beauftragten McKinsey-Studie heißt es 2016 hierzu: »Angesichts der Höhe der direkten Kosten (von etwa 670 € monatlich, der Verfasser) wäre es aus fiskalischer Sicht von Vorteil, in die Rückführung und insbesondere die freiwillige Rück-



© Bayerischer Flüchtlingsrat

⁵ siehe Thesen- und Diskussionspapier »Rückkehrmanagement gefährdet Flüchtlingsschutz« der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe: www.diakonie-rlw.de/themen/migration-und-flucht/positionspapier-rueckkehrmanagement

THESEN- UND DISKUSSIONSPAPIER DER DIAKONIE RHEINLAND-WESTFALEN-LIPPE »RÜCKKEHRMANAGEMENT GEFÄHRDET FLÜCHTLINGSSCHUTZ«

»Die Unterbringung in Landesunterkünften soll der Erstaufnahme und nicht der Ausreise dienen.«

»Das Rückkehrmanagement hat negative Auswirkungen auf die Entscheidungspraxis der Asylverfahren. Es droht die Ausgestaltung des Flüchtlingsschutzes im Aufnahmeverfahren zu behindern.«

»Die Gestaltung des Rückkehrmanagement muss die Möglichkeit zur Inanspruchnahme der Schutzrechte zur Grundlage haben.«

»Die Durchführung der Asylverfahren ist vom Rückkehrmanagement zu trennen.«

Mit 13 Thesen und dem Diskussionspapier »Rückkehrmanagement gefährdet Flüchtlingsschutz« drückt die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe ihre Sorge aus, dass die integrativen Bemühungen infolge der Rückkehrpolitik und hier in besonderer Weise des Konzeptes »Integriertes Rückkehrmanagement« von Bund und Ländern stark unter Druck geraten und zuweilen sogar konterkariert werden.

Link zum Thesen und Diskussionspapier:

www.diakonie-rwl.de/themen/migration-und-flucht/positionspapier-rueckkehrmanagement

mutigt werden – und möglichst viele auch gleich wieder ausreisen – natürlich »freiwillig«, wie das dann genannt wird. Statt Geflüchtete zu schützen und ihnen einen Zugang in den Gemeinwesen zu eröffnen und diesen zu gestalten, werden diese festgesetzt, dürfen nur hier wohnen, verlieren qua Gesetz und Verordnung ihre mitgebrachten Qualifikationen, werden nicht regulär beschult, werden künstlich ausgegrenzt und zu Langzeitarbeitslosen hin entwickelt, was letztlich wegen der desintegrativen Wirkungen vielfältige Risiken zur Folge hat. Das »Integriertes Rückkehrmanagement« entwickelt sich aus menschenrechtlicher und humanitärer Perspektive zu einem Irrweg. Die Möglichkeit zur Inanspruchnahme des Flüchtlingsschutzes und zu einer menschenwürdigen Gestaltung des eigenen Lebens in neuer Umgebung ist gefährdet.

Was ist zu tun:

- Gehen Sie in die Landesunterkünfte und besuchen Sie die Geflüchteten. Stehen Sie ihnen bei und helfen Sie ihnen bei ihren konkreten Fragen und bei der Entwicklung von Perspektiven.
- Fördern Sie den Zugang zum Rechtsstaat, insbesondere zu den Verwaltungsgerichten. Die Flüchtlinge brauchen eine unabhängige, bei Nichtregierungsorganisationen angesiedelte Asylverfahrensberatung und psychotherapeutische Hilfen, ob der schnellen Verfahren Zugang zu Rechtsanwälten in Landesunterkünften, Geld für die Erstberatung durch Rechtsanwälte, soziale Hilfen.
- Legen Sie diese Fehlentwicklung, die Inhumanität dieser gewollten Ausgrenzung offen. Streiten Sie für eine andere, humanitär geprägte Aufnahme und Integration von Geflüchteten. ◀◀

Dietrich Eckeberg ist Referent und Geschäftsführer des Fachverbandes Migration und Flucht der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe

Kontakt: d.eckeberg@diakonie-rwl.de

kehr von Ausreisepflichtigen zu investieren, um die Dauer des Aufenthaltes zu verkürzen« ... »Gelingt es, den Aufenthalt eines Ausreisepflichtigen um zwei Monate zu verkürzen, sind die Kosten einer Rückführung bereits ausgeglichen – bei einer freiwilligen Rückkehr schon bei einer Verkürzung des Aufenthaltes um einen Monat.«⁶ Befindet sich das Asylverfahren in einem Verwirtschlichungsprozess?

Aus den oft fernab von kommunalen Strukturen gelegenen Landesunterkünften⁷ heraus finden und erreichen Geflüchtete die sie bei rechtlichen und sozialen Fragen unterstützenden Rechtsanwälte und Verwaltungsgerichte, Verfahrensberatungsstellen und Ehrenamtlichen meist kaum noch und immer seltener innerhalb der vom Gesetzgeber vorgesehenen zeitlichen Fristen. Das Erkennen von Schutzbedarf wird faktisch umgangen, die Kinderrechtskonvention etwa im Hinblick auf den Schulbesuch in Regelschulen verletzt.

Für die Geflüchteten bedeutet dies: Untergebracht, am Leib ernährt, gesundheitlich teils versorgt – aber langsam an der Seele zerstört zu werden. Verzweiflung, Perspektivlosigkeit,

Gewalt und Hoffnungslosigkeit machen sich breit – eine unmenschliche Entwicklung fernab der Zivilgesellschaft.

»Beraten« zu Ausreise und Abschiebung

In den Landesunterkünften »informieren«, »beraten« und drängen inzwischen auf Ausreise und Abschiebung spezialisierte Beamte alle dort lebenden Geflüchteten, also auch die Schutzberechtigten, zur Ausreise mit Geldprämien und wenn das nicht hilft mit anderen Mitteln und drohen zuweilen mit Abschiebung. Die Zentralisierung von Ausreise und Abschiebung in Landesunterkünften, die verbunden wird mit weiteren administrativen Maßnahmen zur Förderung von Ausreise und Abschiebung ist problematisch. Die neue Bundesregierung schafft mit den sogenannten AnKER-Einrichtungen Landesunterkünfte, in denen Geflüchtete aufgenommen, die Asylverfahren entschieden und aus denen sie wieder ausreisen und abgeschoben werden sollen. »Praktisch«, herzlos und inhuman! Fernab der Zivilgesellschaft, mit einem Arbeitsverbot belegt und gehindert am Zugang zum Rechtsschutz sollen hier Geflüchtete isoliert und ent-

⁶ McKinsey & Company, Inc.: Rückkehr – Prozesse und Optimierungspotentiale; Abschlussbericht vom 9.12.2016 (hrsg. vom BAMF), S. 10

⁷ siehe etwa Manching (in Bayern) oder Oerlinghausen, Schleiden oder Willich in NRW;

FREMDE NEUE NACHBARN – CHRISTEN UND CHRISTINNEN IN DER PFLICHT ZU (FLÜCHTLINGS-) HILFE UND SOLIDARITÄT

Ursula Nothelle-Wildfeuer

Es lässt sich nicht leugnen: Wir befinden uns im Zeitalter der Migration (Regina Polak). Ursachen der Flucht- und Migrationsentwicklung sind vor allem Krieg, Verfolgung, Folter, Mord, Menschenhandel und Vertreibung, aber auch Hunger, fehlende Zukunftsperspektiven und Zukunftsängste sowie Leben unter dem Existenzminimum spielen eine Rolle.

Die Reaktionen der Christen in den Ankunftsländern decken die Bandbreite der Haltungen der Gesamtbevölkerung ab: Auf der einen Seite gibt es gastfreundliche und hilfsbereite Bürger, die unserer Zivilgesellschaft ein Gesicht geben, auf der anderen Seite stehen Menschen mit Ängsten vor Überfremdung, Unterwanderung und vor dem vermeintlichen Untergang des sogenannten christlichen Abendlandes.

Christen in der Pflicht – eine arme Kirche für die Armen

Mit der Begründung, keine Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, weil sie größtenteils Muslime sind, werden christliche Werte pervertiert. Kardinal Marx spitzt das so zu: »Wenn wir Menschen in Not an unseren Grenzen sterben lassen, dann pfeife ich auf die christliche Identität« (Marx 2015).

»Die Welt brennt und wir gießen in der Sakristei die Geranien« (Gmelch 2016). Dieser Satz impliziert die Aufforderung, aus der Sakristei herauszutreten, sich nicht bei Nebensächlichem aufzuhalten, sondern einzugreifen, wo die Welt in Flammen steht, und zu erkennen, was die zentrale Forderung an die Christen ist. Die Wesensvollzüge von Kirche sind neben Verkündigung und Feier der Botschaft Gottes (Martyria und Liturgia) der Dienst an den Nächsten (Diakonia). Kirche kann nur glaubwürdig das Evangelium bezeugen, wenn sie

sich allen Menschen zuwendet und Jesus nach außen treten lässt. Sie muss an die geografischen Ränder und an die Grenzen der menschlichen Existenz gehen. Denn nur eine »arme Kirche für die Armen« (Papst Franziskus) kann authentisch die Nachfolge Jesu leben und Heilszeichen sein.

Papst Franziskus mahnt zur Realisierung der Menschenrechte. Diese haben für alle und jeden zu gelten. Unsere Solidarität ist einem jeden Menschen und seiner Würde verpflichtet,



Das Motiv »Zurückschicken?« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2018 erhältlich. Gestaltung: BALLHAUS WEST, Berlin

Das Bestellformular finden Sie auf: www.interkulturellewoche.de
Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Bestellungen per Fax: 069 / 24 23 14-71

wir tragen Verantwortung für das nationale und globale Gemeinwohl.

Folgt man einem ökonomischen Kosten-Nutzen-Ansatz, dann kann man mit dem Nutzen durch den Zugewinn an jungen Menschen und Fachkräften argumentieren. Zuwanderung könne das deutsche Demographieproblem lösen, wenn beides in geeigneter Weise zusammengebracht und wechselseitig als vorteilhaft empfunden wird. Aber es darf keine Verzweckung der Menschen stattfinden, denn sie »kommen nicht, um das Erwerbspersonenpotential in Deutschland zu erhöhen [...] sondern] in der Hoffnung auf ein besseres Leben« (Cremer 2016).

Theologisch-(sozial)ethische Herausforderungen: Die unantastbare Würde

Wenn in unserer Gesellschaft eine Gruppe von Menschen »Geflüchtete immer als Kollektiv und niemals als Individuen« sehen, mit diesen Menschen immer die gleichen Zuschreibungen verbinden und dem Islam die Schuld an allem geben (Emcke 2016), dann steht die humane Substanz unserer Gesellschaft auf dem Spiel. Wenn man Menschen aufgrund unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft und Religion aus der Gesellschaft herausfallen lässt, dann ist tatsächlich der Kern des christlichen Abendlandes verraten.

Die Soziallehre der Kirche stellt die Option für die Armen ins Zentrum und meint damit die aufmerksame und liebevolle Zuwendung zum anderen und die Anerkennung als Person mit der ihr eigenen, unantastbaren Würde oder theologisch gesprochen als Geschöpf und Ebenbild Gottes. Besonders denen, die vor menschenunwürdigen Zuständen in der Heimat fliehen mussten, gebührt eine sich der Gottesebenbildlichkeit eines jeden bewussten Kultur des Willkommens, der Gastfreundschaft und der Integration (vgl. Lev 19,33f).

Solidarität und Gemeinwohl

Die Rede von der Würde jedes Menschen steht in einem engen Verhältnis zu dem Verständnis von Solidarität als universal-klassischem Sozialprinzip, »das strukturell unbegrenzte Geltung beansprucht. Denn wenn die Würde des Menschen auf seinem Personsein gründet und Sozialbezogenheit zur Natur dieses Personseins gehört, dann schließt dies notwendig Solidarität mit allem ein, was Menschenantlitz trägt.« (Baumgartner, Korff 1990, 238). Solidarität meint alltagssprachlich das Sich-Zusammen-Tun im Hinblick auf ein gemeinsames Interesse, also Teilsolidaritäten, die für das

Funktionieren der Gesellschaft eine Rolle spielen, über die aber das Ganze der Gesellschaft und ihr Wohl nicht aus dem Blick geraten darf. Solidarität meint nicht, kulturelle und andere Unterschiede zu verdrängen oder zu nivellieren, im Gegenteil: Solidarität lebt aus der Vielfalt, die als Konglomerat je individueller Potentiale ein Gewinn für jede Gesellschaft darstellt. Das Solidaritätsprinzip bietet damit keine politische Handlungsanweisung, markiert aber sehr wohl eine deutliche Grenze, hinter die das alltägliche gesellschaftliche und politische Agieren nicht zurückfallen darf.

Gerechtigkeit

Dazu gehört auch, dass die Gesellschaft in der Pflicht steht, jedem Einzelnen die Möglichkeit zur aktiven und produktiven Teilnahme am Gesellschaftsleben zu eröffnen (vgl. Nationale Konferenz der Katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten von Amerika 1986, Nr. 71). Denn Gerechtigkeit in christlich-sozialethischem Verständnis meint mehr als reine Verteilungsgerechtigkeit, mehr als Gerechtigkeit, die allein auf den ökonomischen Kontext bezogen ist. Soziale Gerechtigkeit bedeutet dem amerikanischen Wirtschaftshirtenbrief von 1986 zufolge »kontributive bzw. partizipative Gerechtigkeit«. Es geht also darum, allen – je nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten – Chancen auf Teilhabe und Lebensperspektive zu geben. So verstandene Partizipation fordert dann Bemühungen um Integration in die Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund prangert auch Papst Franziskus in *Evangelii gaudium* Exklusion und prekäre Humanität als Phänomen unserer Gesellschaft an: »Mit Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen [...], man steht draußen. Die Ausgeschlossenen sind nicht ›Ausgebeutete‹, sondern Müll, ›Abfall« (EG 53).

Gerechtigkeit impliziert zugleich, den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus zu weiten und im Kontext etwa der Globalisierungsfragen und der Suche nach langfristigen Lösungen für die Fluchtursachen ein weltweites Gemeinwohl im Blick zu haben.

Die Frage nach der Freiheit

Teilhabe und Mitgestaltung setzen unabdingbar das Menschenrecht auf Freiheit voraus, das sich aktuell jedoch als äußerst zerbrechlich erweist: Insbesondere dort, wo Presse- und Meinungsfreiheit bedroht, missachtet und ausgehebelt werden, stehen Demokratie und Partizipationsmöglichkeiten und damit wiederum auch aus christlichen Wurzeln ge-

Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

ist im Arbeitsbereich Christliche Gesellschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg tätig.

Kontakt:

ursula.nothelle-wildfeuer@theol.uni-freiburg.de

wachsene Grundprinzipien Europas in Gefahr. Ebenso gerät Freiheit dort aus dem Blick, wo Mauern gebaut, Zäune zur Abwehr von Flüchtlingen errichtet werden und viel Akribie in das Schließen von Grenzen und Verfassen von Notstandsverordnungen gelegt wird.

Verantwortete Freiheit heißt vielmehr, sich zu bemühen um menschenwürdige Aufnahme, um gerechte Asyl- und Anerkennungsverfahren und um angemessene, zukunftserschaffende Rahmen- und Lebensbedingungen in den Heimatländern derer, die zu uns fliehen. Auch gilt es, die gesamte Bandbreite des Rechts auf Freiheit in Religionsfragen zu realisieren. Dazu gehört nicht nur negative, sondern auch positive Religionsfreiheit – und das nicht nur für die christliche Religion. Zugleich muss aber natürlich auch ein austariertes Verhältnis von jeweils eigener Religionsausübung und Respekt der fremden Religion gefunden werden.

Fazit

Was also heißt Christsein konkret im Angesicht der Flüchtlingsfrage? – Flüchtlinge nicht als Bedrohung, sondern als uns bereichernde Ebenbilder Gottes anzusehen, nicht primär eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzumachen, sondern nach deren Überlebenschancen zu fragen, nicht auf hermetische Abriegelung unserer Standards für wenige, sondern auf Rahmenbedingungen für Gerechtigkeit für alle zu schauen – auch das ist Moral, »Moral im Dienst und in der Perspektive der Hoffnung auf ein Leben in Fülle, die man als Christ(in) nicht verloren gibt, weil zuletzt Gott dafür einsteht, dass sie sich erfüllt, weil jede und jeder herausgefordert ist, mit ihm dafür einzustehen, dass sie nicht ins Leere geht.« (Werbick 2017). ◀◀

»FLUCHTURSACHENBEKÄMPFUNG« – EIN ERFOLGVERSPRECHENDES GLOBALES ZUKUNFTSKONZEPT?

Jochen Oltmer

»Fluchtursachenbekämpfung« gilt weithin als ein migrations- und entwicklungspolitisches Zukunftskonzept. Kaum jemand vermag sich der auf den ersten Blick bestehenden Logik zu entziehen, ein effektives und nachhaltiges Mittel im Umgang mit den Fluchtbewegungen der Welt sei die Beseitigung ihrer Ursachen. Europäische Union und Bundesregierung haben dazu in den vergangenen Monaten umfangreiche Maßnahmenkataloge vorgelegt. Nicht zuletzt deshalb ist der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für 2017 erheblich gewachsen und erreicht ein Rekordniveau von 8 Milliarden Euro.

Die Vorstellungen der EU, ihrer Mitgliedsstaaten, aber auch diverser Nicht-Regierungsorganisationen und vieler Expert(inn)en beziehen sich auf die unterschiedlichsten Aspekte: Sie reichen von kleinen Einzelprojekten zur Sicherung der Wasserversorgung an einem Ort bis hin zu Konzepten, die einen grundlegenden Umbau der Entwicklungszusammenarbeit vorsehen und ein globales »Migrationsmanagement« begründen wollen. Sie verweisen auf sicherheitspolitische Maßnahmen, die die Intervention in Krisenzonen beinhalten oder auf diplomatische Aktivitäten, die Konflikte beenden oder verhindern wollen. Sie be-

schreiben handels-, wirtschafts- bzw. entwicklungspolitische Projekte, die ökonomisches Wachstum in Afrika oder Asien fördern und auf diese Weise Menschen dazu bewegen sollen, ihre Herkunftsgebiete nicht zu verlassen. Sie zielen darauf, Transitbewegungen zu steuern, umzulenken bzw. aufzuhalten oder durch Beratung oder Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen potentielle Migrantinnen und Migranten vom Bleiben in der Heimat zu überzeugen. Auf eine kurze Formel gebracht: Immobilisierung durch politische Stabilisierung, Konfliktbegrenzung und Wirtschaftswachstum.

Auffällig ist, dass das Zukunftskonzept »Fluchtursachenbekämpfung« Erwartungen formuliert, aber nicht auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zurückgreift: Flucht ist bekanntlich kein neues Thema. Und intensive Debatten um die »Bekämpfung von Fluchtursachen« gab es schon nach dem Ersten Weltkrieg. »Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge schützen« lautete bereits 1991 das Motto des im Rahmen der »Interkulturellen Woche« abgehaltenen »Tags des Flüchtlings«. Vor allem die 1990er Jahre waren eine Hochphase des Nachdenkens über das »Bekämpfen der Fluchtursachen«. Tatsächlich sind die Erfahrungen ernüchternd. Inwiefern und warum?

Fluchtbewegungen lassen sich dann ausmachen, wenn staatliche oder quasi-staatliche Akteure (Über-)Lebensmöglichkeiten und körperliche Unversehrtheit, Rechte, Freiheit und politische Partizipationschancen von Einzelnen oder Kollektiven so weitreichend beschränken, dass diese sich zum Verlassen ihres Lebensmittelpunkts gezwungen sehen. Meist



stehen Kriege, Bürgerkriege, Staatszerfall und Maßnahmen autoritärer politischer Systeme dahinter. Die vergangenen Jahre und Jahrzehnte bieten in großer Zahl Beispiele, wie schwierig es vor dem Hintergrund ausgesprochen unterschiedlicher Interessen verschiedenster beteiligter Akteure ist, Konflikte stillzustellen und Friedenslösungen zu finden. Die weltweit umfangreichsten Fluchtbewegungen sind Ergebnis von Konflikten, die seit Jahren oder Jahrzehnten laufen: Afghanistan, Irak, Somalia, Kongo ... 41 Prozent der unter dem Mandat des UNHCR stehenden Flüchtlinge leben in sogenannten »Langzeitsituationen«, die gegenwärtig seit durchschnittlich 26 Jahren andauern.

Weltweit herrscht Einigkeit, dass es dringend geboten ist, zwischen- und innerstaatliche bewaffnete Auseinandersetzungen zu verhindern, ihre Folgen zu begrenzen und friedliche Konfliktlösungsstrategien zu forcieren. Eine globale Friedensordnung aber ist nicht in Sicht. In den vergangenen fünf Jahren hat sich vielmehr die Zahl der militärischen Konflikte erhöht, ebenso die Zahl der Opfer und der Umfang der materiellen Kosten. Humanitäre Hilfe für die Opfer von Kriegen und das Bemühen um den Schutz der Betroffenen haben folglich nichts an ihrer Bedeutung verloren. Fluchtbewegungen waren in der Vergangenheit und sind in der Gegenwart ein Normalfall der Weltgesellschaft. Das Bemühen um die Verhinderung und Stilllegung von Konflikten kann von daher auch für die Zukunft nicht bedeu-

ten, den Schutz von Flüchtenden zu vernachlässigen. Im Gegenteil: Die vergangenen Monate haben erneut die enormen Defizite deutlich werden lassen, die die nationalen, regionalen und globalen Schutzregime aufweisen. Nur eine Weiterentwicklung der seit langem bestehenden Schutzmechanismen (Reform der Genfer Flüchtlingskonvention, Resettlement) und eine Stärkung der Akteure des Schutzes versprechen neue Perspektiven für von Gewalt Bedrohte, Fliehende oder Geflohene – aber auch für die Gesellschaften, die Schutz gewähren.

Die Vorstellung, durch Projekte zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums Menschen immobilisieren zu können, ignoriert die Erkenntnisse der Migrationsforschung über die Hintergründe von Migration. Ein Großteil der weltweiten Bewegungen findet nicht deshalb statt, weil Menschen im Elend leben und dem zu entfliehen suchen. Unzählige Forschungsergebnisse machen vielmehr deutlich, dass Armut und Not die Handlungsmacht von Menschen beschränkt, Migration behindert oder sogar verhindert. Ein großer Teil der Menschen in den ärmsten und armen Gesellschaften der Welt kann keine Bewegung über größere und große Distanzen absolvieren, weil Migrationsprojekte immer kostspielig sind. Entwicklungszusammenarbeit kann das Ziel verfolgen, Notlagen zu beseitigen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern, den Bildungssektor zu stärken, die wirtschaftliche Produktion zu erhöhen, internationale Wett-

Prof. Dr. Jochen Oltmer ist als Migrationsforscher an der Universität Osnabrück am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) tätig.

Aus: neue caritas, Migration und Integration Info 2/2017, Deutscher Caritasverband (Hg.)

bewerbsfähigkeit herzustellen und Rechtsicherheit zu verbessern. Aber sie wird nicht substantiell dazu beitragen können, dass Menschen die Vorstellung verlieren, andernorts gäbe es für sie Chancen, die sie durch Bewegungen im Raum für sich erschließen können. Wäre Migration ein soziales Phänomen, das nur aus der Not geboren ist, gäbe es nicht die umfangreichen Bewegungen zwischen den Staaten des reichen globalen Nordens der Welt.

Die Fokussierung auf die »Bekämpfung von Fluchtursachen« könnte mithin die Entwicklung von Ideen und Maßnahmen be- oder verhindern, Schutzregime zu verbessern. Und sie könnte Entwicklungszusammenarbeit, noch stärker als es ohnehin schon gilt, auf die Interessen ausschließlich der »Geberländer« ausrichten. Ein erfolgversprechendes globales Zukunftskonzept wäre das nicht. ◀◀

Das Motiv »**Lieber unheimlich menschlich ...**« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2018 erhältlich.
Gestaltung: BALLHAUS WEST, Berlin

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de
Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de
Bestellungen per Fax:
069 / 24 23 14-71



GESTALTETE VIELFALT VERBINDET. DIE ROLLE DER KOMMUNEN IN DER EUROPÄISCHEN ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK STÄRKEN!

Gesine Schwan

Zu den wichtigsten Herausforderungen für den Zusammenhalt der EU gehört die Einigung auf eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik. Im Streit um sie kristallisieren sich zentrale Unterschiede zwischen dem Werte-, Verfassungs- und insbesondere dem Solidaritätsverständnis der europäischen Regierungen, aber auch der politischen Parteien.

Ohne eine gelebte normative Gemeinsamkeit ist der Fortbestand der EU gravierend gefährdet. Zu ihr gehören wesentlich die rechts- und sozialstaatliche Demokratie und die universalen Menschenrechte. Es ist kein Zufall, dass die Missachtung der Solidarität gegenüber den Flüchtlingen parallel geht mit ihrer innereuropäischen Beschädigung.

Das Dublin-Abkommen ist strukturell unsolidarisch, weil es die Kosten der Flüchtlingsaufnahme von der Geographie abhängig macht. Darunter leiden vor allem die südeuropäischen Ankunftsländer. Hier brauchen wir solidarische Alternativen.

Dazu sollte man die freiwillige Solidarität vieler europäischer Bürgerinnen und Bürger zum Tragen bringen, die sich – im Unterschied zum Verhalten zahlreicher nationaler Regierungen – in den Kommunen bei der praktischen Aufnahme von Flüchtlingen zeigt. Wenn das gelingt, werden nicht nur die europäischen Werte und die universalen Menschenrechte wieder beachtet, sondern auch der Zusammenhalt der EU essentiell erneuert.

Anstatt die Regierungen, die sich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen, zu bestrafen, sollten positive Anreize die freiwillige Hilfsbereitschaft mobilisieren. Ein Weg dahin wäre folgender »Doppelbeschluss« im Europäischen Rat: Die europäischen Regierungen werden aus dem unwirksamen Zwang zur Solidarität entlassen. Dafür stimmen sie der Errichtung eines europäischen »Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds« zu.

Auf freiwilliger Basis erklären die Regierungen, wie viele Flüchtlinge sie aus relocation- und resettlement-Programmen aufnehmen wollen. Die Kommunen in ihren Ländern können sich dann bei dem errichteten Fonds um die Finanzierung der Integration von Flüchtlingen,

die sie willkommen heißen wollen, bewerben. Zugleich erhalten sie in derselben Höhe die Finanzierung eigener Entwicklungsprojekte. Das trägt einem wirklichkeitsnahen Integrationsverständnis Rechnung, das auch die heimischen »Abgehängten«, z.B. im sozialen Wohnungsbau einbezieht.

Zur Verankerung der Integration der Flüchtlinge in den kommunalen Gesellschaften, zur Steigerung demokratischer politischer Partizipation und der damit verbundenen Identifikation sowohl mit der Kommune als auch mit der finanzierenden EU werden in den Kommunen auf Einladung der kommunalen Verwal-

INTERCULTURAL CITIES

WIE DER EUROPARAT MIT DER INTERKULTURELLEN STADT EINE »WIR-KULTUR« FÖRDERT

Johannes Brandstätter

»Intercultural Cities« ist ein in Deutschland bislang wenig beachtetes »Flaggschiff-Programm« des Europarats. Das Programm unterstützt Städte darin, ihre Politiken durch eine »interkulturelle Linse« zu betrachten. Es will ihnen helfen, kommunale Strategien für einen produktiven Umgang mit Vielfalt – oftmals »Diversity Management« genannt – zu entwickeln. Über einen öffentlichen Diskurs wird die Herausbildung einer pluralistischen und inklusiven Identität und einer Wir-Kultur gefördert. Damit sollen die Offenheit von kommunalen Einrichtungen, Nachbarschaften und ihre öffentlichen Räume für Neuankommende gewährleistet und Segregation, das heißt ein ausgrenzendes Nebeneinander, verhindert werden. Die Ansätze wurden auf Basis der langjährigen Erfahrungen des Europarats im Zusammenhang mit Migration, Minderheitenschutz, interkulturellem Dialog und dem Management von Vielfalt entwickelt.

Ein besonderes Projekt von »Intercultural Cities« zielt darauf ab, Falschwahrnehmungen, Vorurteile und Gerüchte zu bekämpfen, indem faktengestützte Antworten entgegengestellt werden. Die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern als »Botschafter der Vielfalt« ist dabei ein zentrales Merkmal. Die »Intercultural City« nutzt soziale Netzwerke und Informationskanäle, um korrekte Informationen und Erklärungen über Migration und Vielfalt zu verbreiten, und dadurch unbegründete, aber weit verbreitete Gerüchte und Falschwahrnehmungen zu bekämpfen, die sozialen Zusammenhalt gefährden. Wie so etwas funktionieren kann, ist in einem eigenen »Handbuch gegen Gerüchte« beschrieben.

Von den 123 Mitgliedsstädten haben bislang nur zwei in Deutschland den Status einer Vollmitgliedschaft: Berlin-Neukölln und Erlangen. Doch auch Dortmund, Duisburg, Hamburg, München und Offenburg machen mit.

Die Webseite enthält riesig viel Material: www.coe.int/en/web/interculturalcities/
auf deutsch: <https://rm.coe.int/168066b746>



tung Multi-Stakeholder-Räte gebildet. In ihnen bereiten Vertreter von Politik, Unternehmen und organisierter Zivilgesellschaft (auch der Flüchtlinge selbst) die Integrations- wie die Entwicklungsprojekte und -strategien vor.

Diese Partizipation setzt die Potenziale der Bürgerinnen und Bürger frei, die sich projekt-

Prof. Dr. Gesine Schwan ist Mitbegründerin und Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform.

Kontakt:
office.schwan@governance-platform.org

bezogen engagieren wollen. Sie gestaltet die Vielfalt und macht sie fruchtbar. Denn die Menschen lernen sich persönlich kennen – sowohl aus den verschiedenen Gruppen der hiesigen Gesellschaft als auch mit denen, die neu dazu kommen – und verbinden sich im gemeinsamen Projekt der kommunalen Entwicklung.

Im Einzelnen müssen alle Schritte dieser dezentralen Flüchtlingsansiedlung in der EU ausgearbeitet werden. Dafür gibt es Vorschläge.

Sie ist allerdings nur ein Baustein einer notwendigen umfassenden politischen Strategie. Dazu gehört natürlich die oft zitierte »Beh-

bung der Fluchtursachen«, die viele verschiedene Dimensionen umfasst. Auch hier erscheint es am aussichtsreichsten, die Entwicklungszusammenarbeit auf der kommunalen Ebene zu fördern.

Durch Integration als partizipatorische kommunale Entwicklung kann das verbindende Potenzial von Vielfalt gehoben und europäischer solidarischer Zusammenhalt wiederbelebt werden. ◀◀

NUN MÜSSEN SIE SICH DAFÜR RECHTFERTIGEN, MENSCHENLEBEN ZU RETTEN

Sea-Watch: Zivile Seenotrettung im Mittelmeer

Cornelia Schmidt

Im Frühjahr 2015 stachen das erste Mal zivile Rettungsorganisationen in See, um Menschen aus dem Mittelmeer zu retten. Darunter befand sich auch die Sea-Watch 1. Das Ziel unserer ersten Mission war es, Leben zu retten. Wir wollten nicht länger tatenlos zusehen, wie Menschen ertrinken, weil staatliche Stellen ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Die Forderung der Seenotrettungsorganisationen war damals wie heute, dass die Staaten der Europäischen Union diese Aufgabe übernehmen würden – und unser Einsatz überflüssig wird. Die letzten drei Jahre haben uns weiter von diesem Ziel entfernt, als wir es damals gewesen sind. Statt eine eigene Mission für Seenotrettung ins Leben zu rufen, baut die Europäische Union die Zusammenarbeit mit der so genannten libyschen Küstenwache (LYCG) aus – Schiffe, Elektronik, Ausbildung, Absprachen. Es ist tragisch, dass dieses Engagement nicht, wie beabsichtigt, zu einer Professionalisierung der LYCG geführt hat. Mehrere gewaltsame Vorfälle mit NGOs und Todesfälle beweisen dies auf dramatische Weise. Zudem werden täglich, möglicherweise sogar mit Unterstützung der EU Marinemission Mare Nostrum, Rückführungen in das Bürgerkriegsland Libyen durchgeführt – ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

Im November preschte ein Schiff der so genannten libyschen Küstenwache in einen Rettungseinsatz von Sea-Watch. Die Milizen schlugen und verletzten mehrere Menschen und sorgten für Chaos. Mindestens fünf Menschen kamen in der Folge ums Leben, im Juni wurde mit einem Sturmgewehr knapp über die Köpfe von Flüchtenden und Retter*innen von Jugend rettet hinweg geschossen, eine Massenpanik war die Folge.



© L. Hoffmann / sea-watch.org

Trotz dieser Skandale hält die Europäische Union an der Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache fest. Es geht ihr offenbar nicht darum, Menschenleben zu schützen. Das zeigt auch der Umgang mit den Rettungsorganisationen auf dem Mittelmeer. Die italienische Staatsanwaltschaft strengte mehrere Verfahren wegen des Verdachts des Menschen Schmuggels gegen Seenotrettungsorganisationen an. Die Grenzschutzagentur Frontex erhob ähnliche Vorwürfe. In der Öffentlichkeit wandelte sich aufgrund dieser falschen Unterstellungen im Laufe des Jahres das Bild der Seenotrettungsorganisationen. Aus den Held*innen im Kampf für Menschenrechte wurden Störenfriede, die sich am Elend Anderer bereichern würden. Sea-Watch bekommt diesen Wandel konkret zu spüren: Anfeindungen nehmen zu, Debatten werden hitziger und unsere Arbeit schwieriger.

Besorgniserregend ist, dass eine Verbesserung dieser Situation nicht in Sicht ist. Rechtspopulistische Parteien gewinnen in Europa an Einfluss. In der parlamentarischen Debatte verlagert sich der Kurs nach rechts. Statt über das Ziel von sicheren und legalen Fluchtwegen zu

sprechen, müssen sich nun Ehrenamtliche und NGOs verteidigen, dass sie keine Schlepper sind. Sie wollen verhindern, dass Menschen auf ihrer Flucht sterben und haben dabei viele Tausend Menschenleben gerettet. Nun müssen sie sich dafür rechtfertigen, Menschenleben zu retten.

Trotz all dieser Widrigkeiten bereiten sich die Organisationen im Mittelmeer bereits auf die kommenden Monate vor, um so schnell wie möglich wieder in See zu stechen. Neben den Rettungsschiffen unterstützt Sea-Watch seit letztem Sommer die Missionen auch aus der Luft. Mit der Propellermaschine Moonbird sind wir – auch dank der Unterstützung durch die EKD – in der Lage, ein riesiges Seegebiet abzudecken. Seenotfälle können somit früher entdeckt und der Rettungsleitstelle in Rom gemeldet werden. Zudem hilft Moonbird der zivilen Flotte bei der Koordination von Mas-



senrettungen. Im vergangenen Jahr konnten so über 20 000 Menschen in Seenot entdeckt werden, für mindestens 1000 Menschen auf bereits sinkenden Booten kam diese Hilfe in letzter Sekunde, ohne Moonbird wären sie sehr wahrscheinlich ertrunken.

Auch drei Jahre nach dem Start der Sea-Watch 1 ist zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer unabdingbar. Damit sich die Bedingungen nicht weiter verschlechtern, sind Sea-Watch und die anderen Seenotrettungsorganisationen auf Unterstützung von Land angewiesen. Im politischen Diskurs muss die Perspektive der Menschenrechte in den Mittelpunkt gerückt und verteidigt werden. Es bleibt weiterhin das Ziel unsere Arbeit überflüssig zu machen und dass die europäischen Staaten die Seenotrettung endlich übernehmen. Ob wir das erreichen, hängt maßgeblich vom Engagement in den nächsten Monaten ab. ◀◀



Cornelia Schmidt arbeitet für Sea-Watch e.V.

Kontakt:
cornelia@sea-watch.org

Weitere Informationen:
www.sea-watch.org

ANKOMMEN: UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND

Franziska von Nordheim



Schon seit vielen Jahren kommen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland, um hier Schutz zu suchen. In den Fokus der Öffentlichkeit rückte die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen erst mit dem allgemeinen Anstieg der Einreisezahlen von Geflüchteten in den Jahren 2015/16. Tatsächlich stellt sie aber bereits seit vielen Jahren eine signifikante Anzahl von Personen dar, die im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe versorgt werden – inzwischen über 50.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

U ngefähr 90 % von ihnen sind männlich und bei ihrer Ankunft zwischen 16 und 17 Jahre alt. Häufige Ursachen für ihre Flucht sind Krieg und Verfolgung. Es gibt jedoch auch Minderjährige, die aufgrund von Kinderarbeit, Zwangsrekrutierung als Kindersoldaten oder wegen Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung oder angesichts verschiedener anderer Bedrohungen fliehen. Kinderspezifische Fluchtgründe sind vielfältig. Die damit einhergehenden Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe – aber auch für die Zivilgesellschaft – sind es ebenfalls.

Minderjährige Flüchtlinge werden in Deutschland nach der Feststellung ihrer unbegleiteten Einreise durch die Jugendämter versorgt und in den meisten Fällen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe – manchmal aber auch in Pflegefamilien oder bei Verwandten – untergebracht.

Die Minderjährigen bekommen durch das Familiengericht einen Vormund zur Seite gestellt, der bzw. die u.a. die rechtliche Vertre-

tung und die Personen- und Vermögenssorge übernimmt. Er/sie kümmert sich im speziellen um die Sicherung und Schaffung von Bleiberechtsperspektiven, die Vertretung im asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren, die Unterstützung bei Familienzusammenführung und Familiennachzug, die Gesundheitsfürsorge, die Sicherstellung von Schul- und Ausbildungszugang, den Spracherwerb sowie die Beantragung erforderlicher Leistungen.

In den meisten Fällen werden die jungen Geflüchteten über das Erreichen der Volljährigkeit hinaus im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe versorgt, was für eine gelingende

Weitere Infos zu Publikationen, Veranstaltungen und Projekten rund ums Thema gibt es beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.:

www.b-umf.de

Integration unbedingt notwendig ist. Im politischen Diskurs wird dieser Sachverhalt jedoch immer wieder in Frage gestellt. Dabei wird die häufig im Rahmen der Flucht erworbene »Überlebens-Selbstständigkeit« mit einer tatsächlichen Selbstständigkeit verwechselt, die zum Bestreiten einer eigenverantwortlichen Lebensführung zweifelsfrei notwendig ist. Man sollte sich in diesem Zusammenhang immer wieder vor Augen halten, dass auch Jugendliche, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, nicht sofort mit dem Erreichen der Volljährigkeit auf jegliche elterliche Unterstützung verzichten können. Alle jungen Erwachsenen benötigen eine qualifizierte, konstante und langfristige Begleitung, die sie fördert und zu einer eigenständigen Lebensführung befähigt.

Nicht nur in diesem Kontext sieht sich die professionelle Kinder- und Jugendhilfe in der Betreuung und Versorgung von jungen Geflüchteten vor mannigfaltige Herausforderungen gestellt, die ohne eine umfassende Unterstützung der Zivilgesellschaft nur schwer zu bewältigen sind.

In Zeiten, in denen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene über immer stärker werden die Restriktionen und Einschränkungen den unbegleiteten Minderjährigen gegenüber diskutiert wird, braucht es auch zivilgesellschaftliches Engagement. Es braucht Akteur*innen, die sich für diese jungen Menschen einsetzen, die parteiisch an ihrer Seite stehen und die ihnen Lösungsansätze für ihr weiteres Leben aufzeigen.

Hier kann bereits niederschwelliges Engagement eine große Wirkung erzielen, sei es im Kontext der direkten Betreuung der Kinder und Jugendlichen z.B. als Nachhilfelehrer*in, als Übungsleiter*in im Sportverein oder als Begleiter*in in ein neues Leben in Deutschland. Aber auch Personen, die ihr ehrenamtliches Engagement bei Asyl- und Kinderrechtsorganisationen einbringen, helfen dabei, gesellschaftliche Prozesse zu verändern und den Jugendlichen somit den Weg in eine gesicherte Zukunft zu ermöglichen.

Doch auch politisch müssen wir uns organisieren, denn viele Probleme von geflüchteten

Franziska von Nordheim arbeitet beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.

Kontakt: f.vonnordheim@b-umf.de

Kindern und Jugendlichen sind nur dann gut zu lösen, wenn rechtliche Restriktionen abgebaut werden und ein gesellschaftliches Klima des Willkommens herrscht. Lokale Initiativen und Zusammenschlüsse sind dabei besonders wichtig. Bundesweit organisieren sich zudem Vormünder, Träger der Jugendhilfe, Ehrenamtliche und Sozialarbeitende im Bundesfachverband umF e.V., um dafür einzustehen, dass junge Flüchtlinge ohne Angst, Ausgrenzung und Diskriminierung aufwachsen können und die gleichen Rechte wie alle anderen jungen Menschen erhalten. Die Interkulturelle Woche kann genutzt werden, auf die Situation von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen vor Ort aufmerksam zu machen und mit ihnen in Kontakt zu kommen. ◀◀

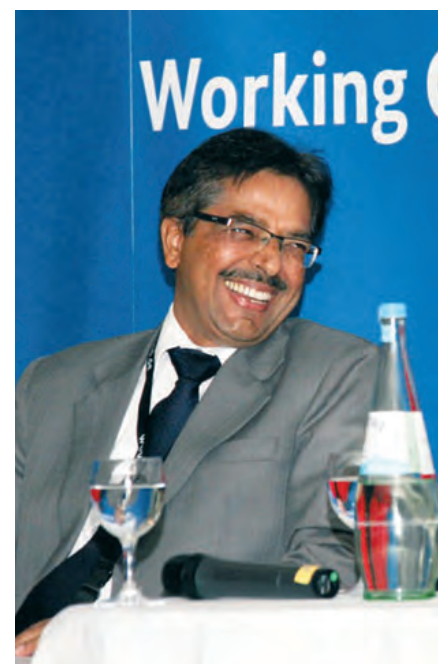
RESETTLEMENT GEWINNT IN DEUTSCHLAND UND EUROPA AN BEDEUTUNG

Patricia Reineck

»Wir sollten verstärkt den Fokus auf die individuellen Stärken, statt auf den Bedarf von geflüchteten Menschen legen«, sagte Om Dhungel im Rahmen der Podiumsdiskussion zum Thema »Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt« bei der »Working Group on Resettlement« im Februar in Berlin. Om Dhungel spricht aus eigener Erfahrung. Er musste selbst aus Bhutan fliehen, lebte als Geflüchteter zunächst in Nepal und heute in Australien. In beiden Ländern engagierte er sich intensiv für andere Geflüchtete und ist heute überzeugt davon, dass durch einen stärkenorientierten Ansatz sehr viel Potential für eine gelungene gesamtgesellschaftliche Integration freigesetzt werden kann.

Om Dhungel war nur einer der vielen internationalen Gäste bei der Working Group on Resettlement in Berlin. Die Working Group ist Teil der sogenannten Annual Tripartite Consultations on Resettlement (ATCR). Die ATCR ist die wichtigste, von UNHCR ins Leben gerufene, internationale Konferenz zu Resettlement, die jährlich im Juni in Genf stattfindet. Die Konferenz ist ein weltweites Forum für Staaten, NGOs und internationale Organisationen, um Entwicklungen rund um das Thema Resettlement zu besprechen. Dabei hat

das ATCR einen wechselnden nationalen Vorsitz – und dieser liegt seit Juni 2017 für ein Jahr auf deutscher Seite. Dieser Vorsitz wird traditionell von einem staatlichen und einem nicht-staatlichen Akteur geteilt. Aktuell übernehmen das Bundesinnenministerium (BMI), Referat M3 für Aufenthaltsrecht und Humanitäre Aufnahme, den Vorsitz und der Deutsche Caritasverband (DCV), Referat Migration und Integration, den Co-Vorsitz.



© Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Während das ATCR im Juni ein Forum für den internationalen strategisch-politischen Austausch zu Resettlement ist, liegt bei der daran angegliederten Working Group der Schwerpunkt auf integrationspolitischen Themen und erfolgversprechenden Ansätzen in der sozialen Arbeit mit Flüchtlingen, die über Resettlementprogramme einreisen. Neben der genannten Podiumsdiskussion gab es daher Workshops zu den Themen Sprachmittlung, Arbeitsintegration, psychosoziale Unterstützung traumatisierter Flüchtlinge und kulturelle Aspekte von Integration. Zudem drehte sich die diesjährige Working Group um sog. Private oder Community Sponsorship Programme. Diese Form der legalen Aufnahme, bei der Geflüchtete in ein EU-Land sicher per Visum einreisen können und für einen bestimmten Zeitraum keine staatlichen Leistungen erhalten, sondern in ihrem Lebensunterhalt von Privatpersonen oder Gruppen finanziert werden, wird derzeit international stark diskutiert und in vielen Ländern erprobt. Aus Sicht des DCV können Private Sponsorship Programme eine gute Erweiterung zu staatlich finanziertem Resettlement sein, wenn sie zusätzlich zu diesem durchgeführt werden und so dazu führen, dass insgesamt mehr Menschen Zugang zu Schutz erhalten. Im Rahmen des Co-Vorsitzes ist es Aufgabe des Deutschen Caritasverbandes das Konferenzprogramm der Working Group und des ATCR gemeinsam mit BMI und UNHCR aktiv mitzugestalten. Der DCV fungiert dabei auch als Repräsentant der Interessen anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen und sorgt dafür, dass die Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteure auf den Konferenzen angemessen vertreten sind. Als Staaten mit den traditionell größten Resettlementkontingenten haben dabei vor allem NGOs aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland eine große Bedeutung. In seiner Rolle als Co-Vorsitzender ist es ebenso die Aufgabe des DCV,



© Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

die anderen NGOs über Entwicklungen rund um das ATCR zu informieren und für die Verabschiedung eines gemeinsamen NGO-Positionspapiers zu sorgen.

Mit dem Co-Vorsitz des ATCR verfolgt der DCV das Anliegen, die politische und praktische Entwicklung des immer bedeutender werdenden Themas Resettlement zu begleiten und zu beeinflussen. Ein besonderes Augenmerk des DCV liegt dabei auf der Qualität von Resettlementverfahren und der Frage, wie die einreisenden Flüchtlinge sowohl vor als auch nach ihrer Einreise in die Aufnahmeländer adäquat unterstützt und informiert werden können. Zudem möchte der DCV im Rahmen der Konferenzen die Perspektive der Zivilgesellschaft auf europäische und weltpolitische Entwicklungen bei Resettlement stärken und kritisch begleiten. Vor allem in der EU könnte sich die Durchführung von Resettlement in den kommenden Jahren stark verändern, da die EU-Kommission derzeit ein neues Gesetz hierzu verhandelt. Aus Sicht des DCV ist es wün-

Patricia Reineck ist Referentin beim Deutschen Caritasverband und arbeitet zu den Themen Resettlement und Humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen

Kontakt: patricia.reineck@caritas.de

Weitere Infos: www.resettlement.de

schenswert, Resettlement zu stärken. Resettlement muss aber immer eine Ergänzung zum individuellen Recht auf Asyl sein. Auch auf weltpolitischer Ebene ist vieles im Wandel, denn erstmals werden von UNHCR, den UN-Mitgliedsstaaten und vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren globale Pakte zu Migration und Flucht verhandelt, bei denen der Ausbau von Resettlement und anderen legalen Zugangswegen für Flüchtlinge, wie das Private Sponsorship, eine wichtige Rolle spielen.

Der DCV und die Caritasstelle Friedland haben unter www.resettlement.de eine Website erstellt, die umfassend über die bestehenden Aufnahmeprogramme in Deutschland informiert und auch Personen vorstellt, die über Resettlement nach Deutschland gekommen sind. Informationsveranstaltungen und Fortbildungen zum Thema können ebenso über den DCV und die Caritas Friedland angefragt werden. Im Rahmen der Interkulturellen Woche ist auch ein Besuch des Museum Friedland empfehlenswert, in dem unter anderem über die verschiedenen deutschen Kontingentaufnahmen für Flüchtlinge informiert wird. ◀◀

WAS IST RESETTLEMENT

Aufgrund von Verfolgung oder andauernden Kriegen können viele Flüchtlinge nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren. Die meisten Flüchtlinge suchen daher zunächst in den Nachbarstaaten Schutz. Dort ist ihre sichere Versorgung jedoch nicht gewährleistet und es gibt keine dauerhafte Perspektive. Nur ein kleiner Teil dieser Menschen macht sich auf die gefährliche Reise in die entfernteren Staaten der Europäischen Union, um dort ein Asylgesuch zu stellen.

Resettlement ermöglicht besonders schutzbedürftigen Personen die legale und sichere Einreise aus einem Erstaufnahmeland in einen zu ihrer Aufnahme bereiten Drittstaat. Dieser Drittstaat bietet den Personen eine dauerhafte Aufnahme und einen umfassenden Flüchtlingsschutz. Das Resettlement-Verfahren richtet sich an bereits vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) anerkannte Flüchtlinge. Resettlement ist kein Ersatz für reguläre Asylverfahren, sondern nur eine Ergänzung zum Schutz besonders vulnerabler Flüchtlinge. UNHCR hat für die Auswahl der für ein Resettlement-Verfahren in Betracht kommenden Flüchtlinge spezifische Kriterien entwickelt.

ZUM WELTTAG DES MIGRANTEN UND DES FLÜCHTLINGS 2018

DIE MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN, BESCHÜTZEN, FÖRDERN UND INTEGRIEREN

Botschaft von Papst Franziskus

Liebe Brüder und Schwestern!

»Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott« (Lev 19,34).

Während der ersten Jahre meines Pontifikats habe ich wiederholt meiner besonderen Sorge um die traurige Situation so vieler Migranten und Flüchtlinge Ausdruck verliehen, die vor Kriegen, Verfolgungen, Naturkatastrophen und der Armut fliehen. Es handelt sich ohne Zweifel um ein Zeichen der Zeit, das ich zu entziffern versucht habe, wofür ich seit meinem Besuch in Lampedusa am 8. Juli 2013 das Licht des Heiligen Geistes erlebt habe. Bei der Errichtung des neuen Dikasteriums für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen wollte ich, dass eine besondere Abteilung, die zeitweise meiner unmittelbaren Leitung unterstellt sein sollte, die Fürsorge der Kirche für die Migranten, die Evakuierten, die Flüchtlinge und die Opfer des Menschenhandels zum Ausdruck bringe.

Jeder Fremde, der an unsere Tür klopft, gibt uns eine Gelegenheit zur Begegnung mit Jesus Christus, der sich mit dem aufgenommenen oder abgelehnten Gast jeder Zeitepoche identifiziert (vgl. Mt 25,35.43). Der Herr vertraut der mütterlichen Liebe der Kirche jeden Menschen an, der gezwungen ist, die eigene Heimat auf der Suche nach einer besseren Zukunft zu verlassen. Diese Fürsorge muss konkreten Ausdruck in jedem Abschnitt der Erfahrung der Flüchtlinge finden: von der Abfahrt bis zur Reise, von der Ankunft bis zur Rückkehr. Es ist eine große Verantwortung, die die Kirche mit allen Glaubenden und Men-

schen guten Willens teilen möchte, die gerufen sind, auf die zahlreichen durch die gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen hervorgerufenen Herausforderungen mit Großzügigkeit, Engagement, Klugheit und Weitblick zu antworten, jeder freilich gemäß den eigenen Möglichkeiten.

Ich möchte bekräftigen, dass man unsere gemeinsame Antwort in vier Verben gemäß den Grundsätzen der Lehre der Kirche aufgliedern könnte: aufnehmen, schützen, fördern und integrieren.

Wenn wir das gegenwärtige Szenario betrachten, so bedeutet **aufnehmen** vor allem, den Migranten und Flüchtlingen breitere Möglichkeiten für eine sichere und legale Ein-

reise in die Zielländer anzubieten. In diesem Sinn ist ein konkretes Bemühen wünschenswert, damit die Gewährung von Visa zu humanitären Zwecken und zur Wiedervereinigung von Familien vermehrt und vereinfacht wird. Zugleich erhoffe ich mir, dass eine größere Anzahl von Ländern Programme privater und gemeinschaftlicher Patenschaften einrichtet und humanitäre Korridore für die am meisten gefährdeten Flüchtlinge eröffnet. Es wäre darüber hinaus angebracht, zeitlich befristete Sondervisa für Personen vorzusehen, die vor den Konflikten in den angrenzenden Ländern fliehen. Die kollektiven und willkürlichen Ausweisungen von Migranten und Flüchtlingen sind keine geeignete Lösung, vor allem, wenn diese in Länder geschehen, die die Achtung der Würde und der Grundrechte nicht gewährleis-

MENU

MIGRANTS REFUGEES

EN FR IT ES PT

2018 Migrants and Refugees Message

The Church has celebrated the World Day of Migrants and Refugees each year since 1914. This is an occasion for the Church and people of faith to reflect upon the role migration has played in our tradition, express concern for migrants, refugees, and people on the move, and build awareness about the challenges and opportunities migration presents.

For 2018, Pope Francis has written about welcoming, protecting, promoting and integrating migrants and refugees.

The Pope's 3-minute video, with subtitles in each language, explains our basic response to migrants, asylum seekers, refugees and the displaced.



Read

In einem bewegenden Film ist die Botschaft von Papst Franziskus zum Welttag des Migranten und des Flüchtlings 2018 in Szene gesetzt und kann in vielen Sprachen abgerufen werden: <https://migrants-refugees.va/2018-migrants-refugees-message/>

ten können. Ich möchte nochmals unterstreichen, wie wichtig es ist, den Migranten und Flüchtlingen eine erste angemessene und anständige Unterbringung anzubieten. Projekte mit einer Verteilung der aufzunehmenden Migranten, die an verschiedenen Orten bereits begonnen wurden, scheinen dagegen die persönliche Begegnung zu erleichtern, eine bessere Qualität der Dienstleistungen zu ermöglichen und größere Erfolgchancen zu gewährleisten. Der Grundsatz der zentralen Stellung der menschlichen Person verpflichtet uns dazu, die Sicherheit der Personen stets der Sicherheit des Landes voranzustellen. Folglich ist es notwendig, das für die Grenzkontrollen verantwortliche Personal entsprechend auszubilden. Die Lage der Migranten, der Asylbewerber und der Flüchtlinge erfordert, dass ihnen die persönliche Sicherheit und der Zugang zu den Grunddienstleistungen gewährleistet werden. Im Rückgriff auf die grundlegende Würde jeder Person sind Bemühungen notwendig, um alternative Lösungen zur Verwahrung für diejenigen vorzuziehen, die das Landesgebiet ohne Genehmigung betreten.

Das zweite Verb, **beschützen**, artikuliert sich in einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur Verteidigung der Rechte und der Würde der Migranten und der Flüchtlinge unabhängig von ihrem Migrantenstatus. Dieser Schutz beginnt in der Heimat und besteht im Angebot von sicheren und bescheinigten Informationen vor der Abreise und in der Bewahrung vor Praktiken illegaler Anwerbung. Dies müsste, sofern möglich, am Ort der Einwanderung fortgeführt werden, indem man den Migranten eine angemessene konsularische Betreuung, das Recht, die Ausweispapiere immer mit sich zu führen, einen gebührenden Zugang zur Justiz, die Möglichkeit zur Eröffnung von persönlichen Bankkonten und die Gewährleistung einer Mindestlebensversorgung sichert. Wenn die Fähigkeiten der Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge entsprechend erkannt und genutzt werden, so stellen sie eine echte Ressource für die Gemeinschaften, die sie aufnehmen, dar. Deshalb erhoffe ich mir, dass ihnen, in Achtung ihrer Würde, Bewegungsfreiheit im Aufnahmeland, Möglichkeit zur Arbeit und der Zugang zu den Mitteln der Telekommunikation gewährt werden. Für diejenigen, die entscheiden, in die Heimat zurückzukehren, halte ich es für angemessen, Reintegrationsprojekte in die Arbeitswelt und die Gesellschaft zu entwickeln. Das internationale Abkommen zu den Kinderrechten bietet eine rechtliche allgemeine Grundlage für den Schutz der minderjährigen Migranten. Es muss ihnen jede Form der Verwahrung aufgrund ihres Migrantenstatus erspart werden, während

der reguläre Zugang zur Primar- und Sekundarbildung gesichert werden muss. Desgleichen ist die Gewährleistung eines geregelten Aufenthaltes mit Erreichen der Volljährigkeit und der Möglichkeit zu einer weiteren Ausbildung notwendig. Für die Minderjährigen, die ohne Begleitung oder von ihrer Familie getrennt sind, ist es wichtig, Programme zur zeitlichen Obhut oder der Betreuung durch eine Pflegefamilie zu entwerfen. In Achtung des allgemeinen Rechtes auf eine Nationalität muss diese allen Kindern zum Augenblick ihrer Geburt zuerkannt und entsprechend bescheinigt werden. Die Staatenlosigkeit, in der sich Migranten und Flüchtlinge zuweilen wiederfinden, kann leicht durch eine Gesetzgebung in Konformität mit den grundlegenden Prinzipien des internationalen Rechts vermieden werden. Der Migrantenstatus sollte den Zugang zur nationalen Gesundheitsversorgung und den Rentensystemen wie auch die Rücküberweisung ihrer Beiträge im Falle einer Rückkehr in die Heimat nicht begrenzen.

Fördern heißt im Wesentlichen sich dafür einzusetzen, dass alle Migranten und Flüchtlinge wie auch die sie aufnehmenden Gemeinschaften in die Lage versetzt werden, sich als Personen in allen Dimensionen, die das Menschsein ausmachen, wie es der Schöpfer

gewollt hat, zu verwirklichen. Unter diesen Dimensionen muss der religiösen Dimension der richtige Stellenwert zuerkannt werden, wobei allen sich im Staatsgebiet aufhaltenden Ausländern die Bekenntnis- und Religionsfreiheit gewährleistet wird. Viele Migranten und Flüchtlinge weisen Qualifikationen auf, die angemessen bescheinigt und geschätzt werden sollen. Da die menschliche Arbeit von Natur aus dazu bestimmt ist, die Völker zu verbinden, ermutige ich dazu, darauf hinzuwirken, dass die Eingliederung der Migranten und Flüchtlinge in die Gesellschaft und die Arbeitswelt vorangetrieben wird, indem allen – einschließlich der Asylbewerber – die Möglichkeit zur Arbeit, zu Sprachkursen, zu aktiver Bürgerschaft und einer angebrachten Information in ihren Herkunftssprachen gewährleistet wird. Im Fall von minderjährigen Migranten muss ihre Einbeziehung in die Arbeit so geregelt werden, dass Missbräuchen und Bedrohungen für ihr normales Wachstum vorgebeugt wird. Im Jahr 2006 hat Benedikt XVI. hervorgehoben, wie im Bereich der Migration die Familie ein Ort und eine Ressource der Kultur des Lebens und Integrations- und Wertefaktor ist. Ihre Integrität soll stets durch die Begünstigung der Wiedervereinigung der Familien – einschließlich der Großeltern, Geschwister und Enkel – gefördert werden, und



sie soll niemals wirtschaftlichen Erfordernissen unterworfen werden. Migranten, Asylbewerber und Flüchtlingen mit Behinderungen sollen größere Aufmerksamkeit und Unterstützung zugesichert werden. Auch wenn die bisher von vielen Ländern angestellten Bemühungen hinsichtlich einer internationalen Zusammenarbeit und humanitären Assistenz als durchaus lobenswert erscheinen, erhoffe ich mir, dass in der Verteilung jener Hilfen die Bedürfnisse (z.B. medizinische und soziale Versorgung und Bildung) der Entwicklungsländer berücksichtigt werden, die riesige Flüchtlings- und Migrantenströme aufnehmen, und dass gleichermaßen die örtlichen Gemeinschaften, die sich in Situationen materiellen Mangels und Verwundbarkeit befinden, diese Hilfsleistungen empfangen.

Das letzte Verb, **integrieren**, liegt auf der Ebene der Möglichkeit interkultureller Bereicherung, die sich durch die Anwesenheit von Migranten und Flüchtlingen ergibt. Die Integration ist nicht eine Angleichung, die dazu beiträgt, die eigene kulturelle Identität zu unterdrücken oder zu vergessen. Der Kontakt mit dem andern führt vielmehr dazu, sein »Geheimnis« zu entdecken, sich ihm zu öffnen, um seine wertvollen Seiten anzunehmen und so eine bessere gegenseitige Kenntnis zu

erlangen. Das ist ein langer Prozess, der darauf abzielt, die Gesellschaft und die Kulturen zu formen, sodass sie immer mehr der Widerschein der vielfältigen Gaben werden, die Gott den Menschen geschenkt hat. Ein solcher Prozess kann durch die Möglichkeit einer Staatsbürgerschaft, die von wirtschaftlichen und sprachlichen Erfordernissen losgelöst ist, und durch Wege zu einer außerordentlichen gesetzlichen Regelung für Migranten, die einen Aufenthalt über einen langen Zeitraum im Land aufweisen können, beschleunigt werden. Ich beharre nochmals auf der Notwendigkeit, die Kultur der Begegnung in jeder Weise zu begünstigen, indem man die Möglichkeiten zum interkulturellen Austausch vermehrt, die »guten Erfahrungen« der Integration dokumentiert und verbreitet und man Programme entwirft, um die lokalen Gemeinschaften auf die Integrationsprozesse vorzubereiten. Mir liegt daran, den besonderen Fall der Ausländer hervorzuheben, die aufgrund von humanitären Krisen gezwungen sind, das Einwanderungsland zu verlassen. Es ist erforderlich, dass diesen Personen eine angemessene Unterstützung für die Heimkehr und Programme zur Wiedereingliederung in die Arbeitswelt im Heimatland zugesichert werden.

In Übereinstimmung mit ihrer pastoralen Tradition ist die Kirche bereit, sich selbst für die Umsetzung all der oben vorgeschlagenen Initiativen einzusetzen, aber um die erhofften Ergebnisse zu erreichen, ist der Beitrag der politischen Gemeinschaft und der zivilen Gesellschaft unverzichtbar, jeder entsprechend der eigenen Verantwortung. Während des Gipfels der Vereinten Nationen, der am 19. September 2016 in New York abgehalten wurde, haben die Verantwortungsträger der Welt klar ihren Willen zum Ausdruck gebracht, sich zugunsten der Migranten und der Flüchtlinge zu engagieren, um ihr Leben zu retten und ihre Rechte zu schützen, wobei diese Verantwortung auf weltweiter Ebene geteilt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich die Staaten dazu verpflichtet, bis Ende 2018 zwei weltweite Pakte (Global Compacts) zu verfassen und zu billigen, von denen sich einer den Flüchtlingen widmet und der andere den Migranten.

Hinweis: In Deutschland wird der Welttag des Migranten und des Flüchtlings im Rahmen der Interkulturellen Woche begangen, am 28. September 2018, und nicht am 14. Januar 2018.

Leicht gekürzte Fassung. Den vollständigen Text finden Sie unter dem Menüpunkt »Gottesdienstbausteine« im Bereich »Anregungen« auf unserer Homepage www.interkulturellewoche.de

Liebe Brüder und Schwestern, im Licht dieser angestoßenen Prozesse stellen die nächsten Monate eine günstige Gelegenheit dar, um die konkreten Aktionen, die ich in den vier Verben deklinieren wollte, vorzustellen und zu unterstützen. Ich lade euch somit ein, alle Möglichkeiten zu nutzen, um diese Botschaft mit allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren, die am Prozess beteiligt sind, der zur Billigung der zwei weltweiten Vereinbarungen führen wird, und allen, die an der Teilhabe daran interessiert sind, zu teilen. ◀◀



© Marcin Kadziolka/shutterstock

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

VIelfalt VERBINDET: EIN OHRENSCHMAUS ODER EHER SCHRÄGE TÖNE?!

Predigtvorschlag von Pfarrerin Mechthild Gunkel zur IKW 2018

Liebe Gemeinde,

bunt und lebhaft geht es zu. Menschen von überall her, aus aller »Herren« Länder, von Orten, deren Namen uns eher unbekannt sind, kommen nach Jerusalem zu einem großen Fest. Bunt und lebhaft geht es zu. Viele haben sich auf eine weite Reise begeben, zu Fuß, vielleicht in einer Kamel- oder Eselskarawane, manche sogar mit dem Schiff. Alte und Junge, Frauen und Männer, Kinder und Greise. Bunt und lebhaft für die Ohren! Welch ein Sprachengemisch! Verständliche und unverständliche Sätze sind zu hören. Bunt und lebhaft für die Augen! Was haben diese Menschen an – ist ihre Heimat an der Kleidung zu erkennen? Welche Farben fallen zuerst ins Auge? Welche Muster zieren ihre Gewänder? Reisekleidung oder Festkleidung, gibt es da Unterschiede? Flöten und Hörner, Harfen und andere Musikinstrumente sind zu hören. Ganz verschiedene Melodien und unterschiedliche Rhythmen. Wie klingt das zusammen? Ein Ohrenschaus oder eher schräge Töne? Bunt und lebhaft – so riecht auch manches, wenn man sich unter die Leute mischt. Eine feine Nase ist schon nötig – wer mag Thymian von Zimt, Koriander von Anis unterscheiden? Und auch der Gaumen kommt nicht zu kurz: Rosinen, getrocknete Feigen, Datteln, gesalzener Fisch, getrocknetes Fleisch oder geräucherte Wurst – oder auch frische Oliven, Obst, Brot und Kuchen. Bunt ist der Proviant, den manche aus ihrer Heimat mitbringen, lebhaft kann der Austausch werden. Ziegenkäse aus Griechenland gegen Rosinen aus der Kabylei, getrocknetes Fleisch aus Rom gegen syrischen Wein. Bunt und lebhaft geht es zu – bei den Menschen, die nach Jerusalem unterwegs sind, hinauf zum Tempel, an einem der drei großen Wallfahrtsfesten.

Juden und Jüdinnen aus vielen Regionen rund um das Mittelmeer kamen in all ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt nach Jerusalem, um Gott für die Ernte und für ihr Leben zu danken. Und um mit anderen gemeinsam nach Recht und Gerechtigkeit zu fragen. Bunt und lebhaft ging es da zu. Eine Vielfalt, die verbindet.

Wir kennen das von der Pfingstgeschichte in der Bibel. Da pilgern Menschen zum Tempel nach Jerusalem. Diese Pilgerfeste, diese Wallfahrtsfeste gab es dreimal im Jahr, als der Tempel noch stand. Getreide oder Früchte wa-

ren zu unterschiedlichen Zeiten zur Ernte reif, Grund genug, dreimal zu feiern. Und bei diesem ersten, im Neuen Testament erwähnten Pfingstfest – dem Fest der Weizenernte – tritt der Apostel Petrus auf und erzählt von Jesus von Nazareth, in dem für ihn Gottes Liebe und Gottes Gerechtigkeit erfahrbar geworden sind.

Die Vielfalt gehört zu den allerersten Erfahrungen, die Menschen machten, damals, beim ersten Pfingstfest in Jerusalem. Wie bei jedem Wallfahrtsfest. Bunt und lebhaft ging es zu.



© Stadt Ansbach

Und heute? An manchen Orten erleben wir etwas von der Vielfalt, die verbindet.

Bunt und lebhaft geht es manchmal bei mir zu, in meiner Gemeinde. Da sind Russlanddeutsche, Menschen, die in Nigeria geboren sind, oder in Hildesheim, oder im Sudetenland, oder in Ghana. Viele leben hier nicht auf der Sonnenseite des Lebens. Manchmal ist die Not zu spüren. Und manchmal die Lebendigkeit, die Freude über die bunte Vielfalt, mit der wir gemeinsam Gottesdienst feiern und Lieder mitsingen, deren Melodien und Texte uns fremd vorkommen. Manchen ist es zu bunt, anderen zu lebhaft. Aber manchmal schimmert doch etwas durch von dieser verbindenden Vielfalt, von der die Bibel erzählt.

Neulich las ich, in den USA gelte die Gottesdienstzeit von 10 bis 11 Uhr am Sonntag morgen als »most segregated hour« des amerikanischen Lebens, also als die Stunde, in der Trennung am intensivsten erlebt wird. Man geht – wenn man geht – nach Hautfarbe, sozialem Status, regionaler Herkunft, Konfession und anderen Kriterien getrennt zur Kirche. Die Chance, sich durch die je Anderen die Augen öffnen zu lassen auch für die eigene – kulturell bedingte – Beschränktheit des Blicks, um zu einem vertieften Verständnis der Bedeu-



tung des Evangeliums zu kommen, lässt man sich entgehen. Und auch die Notwendigkeit, gemeinsam nach Gottes Recht und Gerechtigkeit zu fragen und dann im Alltag dafür zu arbeiten.

Bunt und lebhaft, lebendig und vielfältig – so soll Gottes Gemeinde leben. Mit unterschiedlichen Farben und Gerüchen, Erfahrungen und Bedürfnissen. Gemeinsam unterwegs. Auf dem Weg zur Verwirklichung von Rechten, die für wirklich alle gelten.

Damals, auf den Wallfahrten, wurde viel gesungen. Manche dieser Lieder sind uns über-

liefert, stehen bei den Psalmen in der Bibel. Einen davon kennen wir alle: er beginnt: Siehe, wie fein und lieblich ist es, wenn Geschwister einträchtig beieinander wohnen (Psalm 133, 1). Möge das in unserem Leben wahr werden, bunt und lebhaft, in einer Vielfalt, die verbindet. AMEN ◀◀

Mechthild Gunkel ist Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde Darmstadt-Eberstadt-Süd.

Kontakt: mechthild.gunkel@web.de

WAS MACHST DU DENN DA?

Gottesdienstelemente aus der interkulturellen Gemeinde Akebulan e.V.

»Der Körper des Menschen ist einer und besteht doch aus vielen Teilen. Aber all die vielen Teile gehören zusammen und bilden einen unteilbaren Organismus. So ist es auch mit Christus: mit der Gemeinde, die sein Leib ist. Denn wir alle, Juden wie Griechen, Menschen im Sklavenstand wie Freie, sind in der Taufe durch denselben Geist in den einen Leib, in Christus, eingliedert und auch alle mit demselben Geist erfüllt worden.«
(1. Korinther 12: 12,13)

»Was machst du denn da?« Das ist eine Frage, die ich immer wieder bei Christen höre. Egal, wie du in deinem Glauben stehst, für die einen bist du immer zu liberal und für die anderen zu konservativ.

Warum meinen wir Christen so oft, dass unsere Ansicht die einzig wahre vor Gott ist? Wir sagen zueinander: »Wie, du willst Christ sein und hast heute Morgen keine Stille Zeit gemacht?!« »Wie kannst du nur in die Sauna gehen?!« »Was hast du als Christ in einer Discothek zu suchen?!« »Du kannst doch nicht die Bibel wörtlich nehmen! Wie kannst du nur an die Schöpfung glauben und nicht an die Evolution?!«

Glauben wir wirklich, dass Gott uns einmal nach so etwas richten wird? Sollen das die entscheidenden Merkmale unseres Glaubens sein? Ist das wirklich heilsentscheidend?

Ich denke, wir sollten vielmehr das Gute im anderen sehen und einander mit Respekt, Freundlichkeit und Wertschätzung begegnen. Wie können wir von außen ernst genommen werden, wenn wir uns streiten, anstatt die

christliche Botschaft der Liebe authentisch zu leben?

Paulus bezieht sich auf das Bild von einem Körper mit verschiedenen Körperteilen in mehreren Briefen: Römer 12, 4.5; Epheser 4, 11-16 und Kolosser 2, 19. Es ist wahrscheinlich, dass er das Bild aus der antiken Fabel von Menenius Agrippa übernommen hat, der sie zur Zeit der Römer den Bürgern seiner Stadt erzählte, um sie zu besänftigen. Sie befanden sich nämlich im Streik und ein Krieg drohte auszubrechen. Die Fabel erzählt:

»Einst war im Menschen noch nicht alles so harmonisch wie heute. Jedes Glied hatte seinen eigenen Willen (und) seine eigene Sprache. Da ärgerten sich die übrigen Glieder, dass sie nur für den Magen sorgten, für ihn arbeiteten und alles heranholten. Der Magen aber liege ruhig in der Mitte und tue nichts anderes, als sich mit den herangebrachten Dingen zu sättigen. Die Glieder beschlossen also: Die Hände sollten keine Nahrung zum Munde führen, der Mund solle das Gebotene nicht nehmen, die Zähne (es) nicht zerkauen. In dieser Zeit, in der sie den Magen durch Hunger zwin-



Lied »HINEH MA TOV« (nach Ps. 133, 1)

Hineh ma tov uma na'im
Shevet achim gam yachad. (2x)

Chorus

Hineh ma tov
Shevet achim gam yachad. (2x)

Schön ist's, wenn Schwestern und Brüder
friedlich beisammen wohnen. (2x)

Chorus

In Gemeinschaft finden wir Gottes Frieden. (2x)

gen wollten, wurden die Glieder selbst und der ganze Körper völlig schwach und elend. Da sahen sie ein, dass auch die Aufgabe des Magens nicht die Faulheit war. Ebenso, wie er ernährt wurde, stärkte er auch wieder. Das durch die Verarbeitung der Nahrung erzeugte Blut, wodurch wir leben und gedeihen, verteilte er in alle Adern bis in alle Glieder des Körpers.«¹

So wie Agrippa erfolgreich einen Krieg verhinderte, war es auch Paulus ein Anliegen, Streit in den Gemeinden zu beenden bzw. zu verhindern. Das Starke an dem Bild ist, dass beim menschlichen Körper wirklich jeder Körperteil vom anderen abhängig ist. So sollte uns auch bewusst sein oder werden, dass wir als Christen verschiedener Prägung, Konfessionen und Herkunft aufeinander angewiesen sind. Wenn wir Jesu Auftrag in Seinem Sinn erfüllen wollen, müssen wir alle – Alt und Jung, in der Ökumene und über Ländergrenzen hinweg – zusammenstehen und zusammenarbeiten, anstatt einander zu kritisieren und auszugrenzen.

¹ T. Livius, ab urbe condita, 2, 32, 8-12 Das Gleichnis vom Körper und dem Magen – ein antiker Topos

Fragen zur Diskussion:

- Was gibt es alles im menschlichen Körper?
- Was denkt Ihr über Eure Kirche?
- Was »funktioniert« gut, was weniger gut?
- Fühlt Ihr Euch als ein Teil Eurer Kirche?
- Habt Ihr eine besondere Gabe, die der Kirche weiterhelfen kann?
- Gibt es in Eurer Kirche Menschen anderer Herkunft?
- Seht Ihr sie als einen Teil Eurer Kirche an?
- Habt Ihr Ideen, was sich in Eurer Kirche ändern müsste, damit Ihr als Jugendliche oder Migrant*innen noch mehr eingebunden werdet?
- Kennt Ihr jemand aus Eurer Partnerkirche?
- Was würdet Ihr gerne mit Christen anderer Herkunft zusammen machen?
- Was denkt Ihr, könntet Ihr von ihnen und sie von Euch lernen?

Gebet des Franz von Assisi

Herr, mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens,
dass ich liebe, wo man hasst;
dass ich verzeihe, wo man beleidigt;
dass ich verbinde, wo Streit ist;
dass ich die Wahrheit sage, wo Irrtum ist;
dass ich Glauben bringe, wo Zweifel droht;
dass ich Hoffnung wecke, wo Verzweiflung quält;
dass ich Licht entzünde, wo Finsternis regiert;
dass ich Freude bringe, wo der Kummer wohnt.

Herr, lass mich trachten,
nicht, dass ich getröstet werde, sondern dass ich tröste;
nicht, dass ich verstanden werde, sondern dass ich verstehe;
nicht, dass ich geliebt werde, sondern dass ich liebe.
Denn wer sich hingibt, der empfängt;
wer sich selbst vergisst, der findet;
wer verzeiht, dem wird verziehen;
und wer stirbt, der erwacht zum ewigen Leben.

Mit Segenswünschen von Peter Arthur aus Ghana/ Westafrika,
Pastor der interkulturellen Gemeinde Akebulan e.V.
Übersetzung: Stefanie Arthur
www.akebulan-gm.org;

Eingangsgebet zu Johannes 8,31

»Wenn ihr bleiben werdet an meinem Wort, so seid ihr wahrhaftig meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.«
(Johannes 8,31)

Jesus, Du Gottes-Menschensohn,
Du Heiland der Welt,
Du Eines Wort Gottes:
Du hast uns gelehrt, was Recht ist und was Not tut,
damit Menschen Leben haben und miteinander leben können,
erlöst, befreit, im Frieden.
Durch Dich erkennen wir, worauf es ankommt,
in den seligen Zeiten unseres Daseins und in den Krisen,
die wir durchleben.
Dein Wort hast Du uns ins Herz gegeben und Deine Wahrheit
in unseren Verstand gelegt:
Stärke uns, fröhlich und mutig dafür einzustehen,
wo klare Worte nötig sind,
wo die Wahrheit verteidigt werden muss,
wenn wir die Stimme für andere sein sollen,
damit Recht geschieht.
Dein Wort sei unser Leitstern, durch das Dunkel hindurch
in den neuen Tag und
Deine Wahrheit das Maß von allem, was wir tun.
So machst Du uns frei, uns der Welt zu stellen und Dir zu leben.
Amen

Sabine Dreßler

Gebet

Bei dir Gott zählen Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht nicht.
Wo dein Geist weht, leben Menschen in Vielfalt friedlich zusammen.
Wo du bist, Gott, verliert sich die Angst. Vorurteile und Hochmut
haben keine Macht mehr.
Gott, bei dir wollen wir sein, mit dir wollen wir leben.
Amen.

Prayer God, you do not care about our origins, skin color or gender.
Where your spirit blows, people of different backgrounds live
together in peace.
Where you are, God, fear recedes. Prejudice and pride lose their power.
God, we want to be with you, we want to live with you.
Amen.

Aus: Abendgebet zum Gedenken an / Evening Prayer in Memory of
Martin Luther King, EKD 2018

Fürbittgebet

Gott im Himmel, Gott auf der Erde,
Dein Wort lässt uns leben,
Dein Wort verwandelt uns.
Darum bringen wir vor Dein Ohr unsere Bitten
für die Ungetrösteten, die Verachteten,
für die Verfolgten,
für die, denen Gewalt angetan wird.
Wir legen Dir unsere Sorgen ans Herz um die
Verletzten, die Kranken, um die Heimatlosen
und die Verunsicherten.
Wir bringen Dir
ihre Angst und ihr Leid
und wir vertrauen darauf,
dass Du die Unruhe, die Schmerzen,
die Bitterkeit,
das Unrecht
fortnimmst,
das Dein Volk bedrückt.
Wir bitten Dich auch für uns
und für alle Glieder Deines Leibes:
dass Deine Wahrheit uns die Kraft gibt,
mutige Zeugen und Kämpferinnen zu sein
für Deine Liebe
und für die Versöhnung dieser Welt.
Amen.

Sabine Dreßler, aus einer Abendmahlsliturgie,
zuerst erschienen in: »Nach Gottes Wort reformiert«,
Magazin zum Reformationsjubiläum; hrsg. vom
Reformierten Bund, der Evang.-ref. Kirche, der
Lippischen Landeskirche und der Evang.-ref. Landes-
kirche des Kantons Zürich, 2017

KORNWESTHEIM MACHT DEN AUFSCHLAG

Interview mit dem Integrationsbeauftragten Kadir Koyutürk zur ersten Interkulturellen Woche in Kornwestheim

Herr Koyutürk, die Interkulturelle Woche fand im vergangenen Jahr in Kornwestheim zum ersten Mal statt. Wie war die Resonanz?

Wir sind sehr zufrieden! Es gab definitiv keine Veranstaltung, die nicht auf Interesse stieß. Sogar die Auftaktveranstaltung, die am 24. September stattfand und daher mit der Bundstagswahl kollidierte. Dass das so kommen würde, konnten wir zu Beginn der Planungen nicht wissen. Die ganze Woche war geprägt vom vertrauensvollen Umgang miteinander. Die Rückmeldungen von Besucher*innen und Akteur*innen aus den beteiligten Vereinen und Institutionen waren rundum sehr positiv. Erfreulicherweise hat auch die Presse die Veranstaltungen gut begleitet.

Welche Tipps können Sie den Kommunen geben, die erstmals eine Interkulturelle Woche (IKW) organisieren wollen?

Vor Beginn der Planungen sollten alle örtlichen Vereine, Institutionen und Organisationen zu einer Info-Veranstaltung eingeladen werden – um die Historie und Genese der IKW vorzustellen und schon erste Ideen für Veranstaltungen zusammenzutragen. Hilfreich für weitere Planungen sind regelmäßige Treffen von Vertreter*innen aller Gruppen, die sich aktiv an der Interkulturellen Woche beteiligen möchten.

Eingeplant werden sollte eine lokale Auftaktveranstaltung und das Programm sollte unbedingt Angebote für alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen enthalten. Für eine rege Teilnahme ist es wichtig, ein breites Publikum anzusprechen und ein vielfältiges Programm anzubieten. Die Termine der einzelnen Veranstaltungen sollten nicht aus dem Blick geraten, um Überlappungen zu vermeiden. Ich denke, dass die Planungen effektiver verlaufen, wenn die Akteur*innen sich bei Fragen und Problemen während der Planung an eine Ansprechperson wenden können. Bei der Öffentlichkeitsarbeit sollte darauf geachtet wer-

den, das Programmheft graphisch attraktiv zu gestalten und die lokalen Medien rechtzeitig einzubinden. Aber: Die Tageszeitung nicht als einzige Informationsquelle im Blick haben, sondern auch soziale Netzwerke nutzen.

Worauf sollte bei der inhaltlichen Planung von Veranstaltungen noch Wert gelegt werden?

Es ist meiner Ansicht nach wichtig, aktuelle politische Themen zu behandeln. Genauso wichtig erscheint mir aber auch, diese Themen auf die lokale Ebene runterzubrechen. Die Interkulturelle Woche ist meines Erachtens ein guter Rahmen für Fachvorträge – etwa über die Situation von geflüchteten Menschen, über die Bekämpfung von Fluchtursachen oder gesellschaftliche Teilhabe von Zugewanderten. Neben dem Blick auf das große Ganze erscheint es mir auch sinnvoll, darauf zu schauen, wie es in der eigenen Kommune funktioniert. Der Spaßfaktor darf bei der Programmgestaltung nicht zu kurz kommen. Daher sollte das für das Gesamtkonzept zuständige Büro darauf achten, dass das Programm insgesamt eine gute Mischung aus politischen und unterhaltenden Inhalten ergibt und dass die Termine entsprechend gelegt werden. Eine hochpolitische Veranstaltung für Freitagabend einzuplanen erscheint nicht sinnvoll, erfahrungsgemäß lockt zum Wochenabschluss etwas Unterhaltsames die Leute eher aus dem Haus.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Jugendliche im Rahmen der Interkulturellen Woche anzusprechen?

Wir haben Kontakt zu Jugendorganisationen und zu Schulleitungen aufgenommen, über unser Vorhaben informiert und Angebote für Kooperationen gemacht. Neben Lesungen in Schulen gab es auch Filmvorführungen im Jugendzentrum. Uns war es wichtig, Anregungen zu geben, aber nicht mit konkreten Vorschlägen für Angebote in die Gespräche zu gehen. Es kann ja auch ein gutes Projekt für



© Gemeinde Kornwestheim

Infos zu Kadir Koyutürk:

Der 35-Jährige ist der erste Integrationsbeauftragte von Kornwestheim, einer Gemeinde mit rund 33.000 Einwohner*innen, von denen etwa Zweifünftel einen Migrationskontext hat. Koyutürk trat sein Amt im April 2016 an. Zuvor war er sieben Jahre Geschäftsführer einer gemeinnützigen Zivilgesellschaft in Stuttgart. Er schloss 2009 in Esslingen am Neckar sein Diplom-Studium im Ingenieurwesen ab.

die Schule oder auch in der Jugendarbeit sein, wenn Jugendliche und Pädagogen*innen gemeinsam Ideen aushecken für die Beteiligung an der IKW und diese auch umsetzen. Maxime sollte daher sein, Jugendliche in die Planungen einzubinden, um sie dann mit dem Angebot ansprechen zu können.

Wo und wie können Kommunen, Kirchen und Religionsgemeinschaften gut für die und in der Interkulturellen Woche zusammenwirken?

In Kornwestheim haben wir das hinbekommen, indem alle in unserer Stadt vertretenen Religionen und Konfessionen bei der Auftaktveranstaltung eine interreligiöse Feierstunde abgehalten haben. Eine Erfahrung aus der ersten IKW ist für mich, dass wir Formate und

Angebote brauchen, die all jene aus dem Haus locken, die sonst nicht kommen. Kirchengemeinden könnten beispielsweise in Kooperation mit anderen Glaubensgemeinschaften Kirchenführungen für deren Mitglieder anbieten und auch Gesprächsrunden, die mehr als Kuschedialog sind. Die Kommune wiederum kann die Interkulturelle Woche in der Weise unterstützen, dass sie Orte für Begegnungen und Austausch zur Verfügung stellt.

Wirkt die Interkulturelle Woche zurück in die Stadtgesellschaft und in die politischen Strukturen? Wie ist die Akzeptanz bspw. bei den Stadträt*innen etc.?

Bevor wir die Interkulturelle Woche planen konnten, bedurfte es der Zustimmung aus der Politik. Der Ausschuss für Soziales und Integration hat in einer seiner Sitzungen diskutiert

und der Durchführung mit großer Mehrheit zugestimmt. An der Auftaktveranstaltung beteiligten sich denn auch zahlreiche Stadträtinnen und Stadträte. Das ist ein wichtiges Signal an die Bürger*innen.

Es ist uns gelungen, viele Vereine, Institutionen und Gruppen zu mobilisieren. Das Programm hat gezeigt, wie vielschichtig die Zusammenarbeit zwischen und mit Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen sein kann, was in Kornwestheim schon erreicht wurde und was noch so alles möglich ist. Wünschenswert ist, dass Vertreter der Stadtpolitik die einzelnen Veranstaltungen besuchen. Das ist nicht nur eine freundliche Geste an die Akteur*innen der Interkulturellen Woche, sondern auch ein wichtiges Signal an die Bürger*innen.

Wie sehen Sie die Perspektiven für die Interkulturelle Woche in Ihrer Kommune?

Die Interkulturelle Woche schafft einen Rahmen dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Kornwestheim begegnen und austauschen können. Wir möchten daher die IKW fortführen. Damit die Akteur*innen aus den sich beteiligenden Vereinen und Gruppen mehr in Kontakt kommen, sind wir auf die Idee gekommen, schwäbisch-traditionelle Vereine mit Migrantenselbstorganisationen zu matchen und zum Organisieren von gemeinsamen Veranstaltungen zu ermuntern. So kämen nicht nur die Akteur*innen aus der Mehrheitsgesellschaft und aus den Migrantencommunities zusammen, sondern sie würden Menschen aus der jeweiligen Community als Besucher akquirieren. ◀◀

AUCH NACH FAST 30 JAHREN IST DAS ANLIEGEN DER INTERKULTURELLEN WOCHE KEINESWEGS ÜBERHOLT!

Stojan Gugutschkow, Leiter des Referats für Migration und Integration der Stadt Leipzig, erinnert sich an die Anfänge der Interkulturellen Woche in der ostdeutschen Metropole und zieht nach fast 30 Jahren eine Bilanz.

Als ich vor fast 28 Jahren als »Ausländerbeauftragter« – so war damals die Bezeichnung, angefangen habe, war dieser Arbeitsbereich ein Neuland. Es hatte in der DDR keine Strukturen gegeben, die sich speziell mit der Integration von Ausländern und dem Thema Fremdenfeindlichkeit befassten; das waren auch keine Themen der öffentlichen Diskussion. Dieses Neuland durfte ich ab Mai 1990 beackern. Ich habe geschaut, was es an Strukturen, Initiativen, Projekten und Veranstaltungsreihen in den alten Bundesländern gibt. Die Erfahrungen westdeutscher KollegInnen kamen mir bei meiner Arbeit zugute.

Die Interkulturellen Wochen, die damals ja noch »Woche des ausländischen Mitbürgers« hießen, fanden wir in Leipzig gut. Die Idee sagte mir zu, nicht aber die Bezeichnung, weil ich das als zu euphemistisch empfand, Dennoch: Die Idee haben wir in Leipzig gleich 1991 umgesetzt und dabei den bundesweit angesetzten Termin für die »Woche«, wie auch für den Tag des Flüchtlings übernommen. Von den Erfahrungen der westdeutschen Veranstalter*innen haben wir sehr profitiert, aber stets auch versucht, die Anregungen so umzusetzen, dass sie den Leipziger Verhältnissen

entsprechen. Wir haben die Woche des ausländischen Mitbürgers nicht eins zu eins kopiert. Das zeigt sich etwa daran, dass wir die Veranstaltungsreihe schon im ersten Jahr mit der Bezeichnung »Interkulturelle Woche« verknüpft haben. Den ursprünglichen Titel haben wir ab 1994 gar nicht mehr verwendet. Bundesweit hat sich der Titel »Interkulturelle Woche« ja erst viele Jahre später durchgesetzt.

Angefangen hat die IKW in Leipzig mit 20 Veranstaltungen; ziemlich schnell stellten wir fest, dass eine Woche nicht ausreicht. Das Interesse war sehr groß – seitens der Akteur*innen und seitens der Teilnehmenden. Also haben wir im Jahr darauf die Veranstaltungen auf zehn Tage verteilt und 1993 auf zwei Wochen ausgedehnt. Seitdem finden in Leipzig die »Interkulturellen Wochen« statt, inzwischen mit 120 bis 140 Veranstaltungen.

Im Referat für Migration und Integration der Stadt Leipzig ist die zentrale Anlaufstelle für die Interkulturellen Wochen angesiedelt; wir koordinieren diese Reihe, wird sind aber nicht die Hauptveranstalter. Die Interkulturellen Wochen werden von sehr, sehr vielen Akteur*innen getragen, es beteiligen sich daran



© Stefan Hoyer

80 bis 100 Vereine, Einrichtungen, Initiativen und Gruppen. Es gibt einen Stamm von Veranstalter*innen, die jedes Jahr mitmachen, aber stets auch neue Engagierte. Um potenziell Interessierte darauf aufmerksam zu machen, verschicken wir zu Beginn des Jahres ein Rundschreiben, erinnern über die Medien an den Termin im Herbst und laden zu einem Vorbereitungsstreffen ein.

Es kommen zu uns viele Initiativen und Gruppen, die mit einer Veranstaltung im Programm



Das Motiv »**Straße der Vielfalt**« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2018 erhältlich.
Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf: www.interkulturellewoche.de
Anfragen per E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Bestellungen per Fax: 069 / 24 23 14-71

dienst ein Höhepunkt zu Beginn der Interkulturellen Wochen; im Laufe der Zeit haben wir jedoch festgestellt, dass es unbefriedigend für andere Akteur*innen ist, wenn nur christliche Kirchen mitmachen. Denn in Leipzig haben wir – im Vergleich zu anderen ostdeutschen Städten – eine sehr breitgefächerte religiöse Vielfalt.

Wir waren der Ansicht, dass auch die anderen Religionsgemeinschaften berücksichtigt werden müssen. Daher eröffnen wir die Interkulturellen Wochen seit 2013 nicht mehr mit einem ökumenischen Gottesdienst, sondern mit einer interreligiösen Feier. Und dies ist entstanden aus der Überlegung, einerseits um Akteur*innen aus anderen Religionsgemeinschaften in die Interkulturelle Woche einzubinden, andererseits ein breiteres Publikum zu erreichen und anzuziehen. Die Frage, wo diese Feier stattfinden sollte, hat uns im Vorbereitungsprozess sehr beschäftigt. Denn es gibt Animositäten unter den einzelnen Religionsgemeinschaften, so sehr, dass manche gegenseitig ihre Räumlichkeiten nicht betreten. Wir haben uns daher bewusst für einen neutralen Ort entschieden. Die Feier findet im Neuen Rathaus statt, damit Mitglieder aller Religionsgemeinschaften an der Feier teilnehmen. Der ökumenische Gottesdienst findet auch weiterhin statt – in der Mitte der Interkulturellen Wochen.

Unser Programm ist inhaltlich stets offen für aktuelle Entwicklungen. Zu Beginn der 1990er Jahre hatten wir hier im Osten während der Interkulturellen Wochen andere Schwerpunkte, da war insbesondere Fremdenfeindlichkeit sehr präsent. Später kamen weitere aktuelle Themen hinzu. Islamophobie und Geflüchtete etwa sind z.B. Themen, die stärker im Mittelpunkt stehen. Und das dank all der Akteur*innen, die auf die aktuellen Entwicklungen mit entsprechenden Veranstaltungen reagieren. Denn auch nach fast 30 Jahren ist das Anliegen der Interkulturellen Wochen keineswegs überholt! ◀◀

Aufgezeichnet von Canan Topçu.

der Interkulturellen Wochen auftauchen möchten. Wir prüfen, ob das Angebot die Kriterien der Interkulturellen Wochen erfüllt. Allein der Wunsch, ins Programm aufgenommen zu werden, reicht natürlich nicht aus. Die Veranstaltungen müssen einen Bezug zu den Themen Migration und Integration, zum Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, zu Kultur und Religion haben; sie müssen mit dem Bestreben konzipiert sein, interkulturelle Begegnungen, Austausch und Diskussionen zu ermöglichen. In welcher Form die Veranstaltungen gestaltet werden, schreiben wir nicht vor. Wir achten aber darauf, dass die Kriterien erfüllt sind, bevor sie in das Programmheft aufgenommen werden.

Die Koordinierungsstelle hat sich bewährt – nicht nur, weil sie dafür sorgt, dass das Programm vor der Sommerpause steht und das Heft rechtzeitig gedruckt wird. So eine zentrale Stelle ist auch sinnvoll, um Themen- und Terminüberlappungen zu vermeiden und um wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Nicht alle Akteur*innen verfügen über Strukturen, um auf ihre Veranstaltungen aufmerksam zu machen. Wir können zwar auch nicht jeden einzelnen Programmpunkt bewerben, aber die Interkulturellen Wochen insgesamt über ein Pressegespräch, in dem das Gesamtprogramm vorgestellt wird. Und über Pla-

kate, über das gedruckte Programm und über tägliche Veranstaltungshinweise an die Medien machen wir auf die Einzelveranstaltungen aufmerksam.

Neben dem regulären Förderverfahren hat unser Referat seit zwei Jahren einen Fonds, um Veranstaltungen von Initiativen zu fördern, die die Fristen für Förderanträge nicht einhalten konnten, aber eine Veranstaltung mit aktuellem Bezug anbieten möchten. Für kurzfristig geplante Aktivitäten haben wir insgesamt 3000 Euro und können Veranstalter*innen mit bis zu 500 Euro unterstützen, je nach Art des geplanten Programms.

Es ist nach meinen Erfahrungen gut, traditionelle Höhepunkte der Interkulturellen Woche beizubehalten. Es ist aber genauso gut, immer wieder etwas Innovatives dabei zu haben. Wir in Leipzig haben z.B. von Beginn an unser eigenes Logo; das ist gut für die Wiedererkennung. In unserer Stadt ist unser Logo so etabliert, dass eine Änderung kaum möglich ist. Oder ein anderes Beispiel: Von Anfang an waren uns die Kooperationen mit den Christlichen Kirchen sehr wichtig. Denn wir brauchten damals und brauchen immer noch Verbündete, die die Integration von Migrant*innen in unserer Stadt fördern. Über viele Jahre war der Ökumenische Eröffnungsgottes-

WERKSTATTBERICHTE

*In mehr als 500 Landkreisen, Städten und Gemeinden findet die Interkulturelle Woche (IKW) mit rund 5.000 Veranstaltungen statt. Jedes Jahr kommen neue Orte hinzu. Wir haben in verschiedenen Städten nachgefragt, welche Erfahrungen die Organisatorinnen und Organisatoren gerne weitergeben möchten, um anderen Akteur*innen bei Planungen von Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche Impulse zu geben. Wir haben gefragt, was besonders gut gelungen ist, aber auch, wo Schwierigkeiten auftauchten. Wir wollten wissen, was bei der Planung beachtet werden sollte und welche Überraschungen die Veranstaltenden erlebt haben. Und zu guter Letzt fragten wir, aus welchem Selbstverständnis heraus diejenigen, die mit viel Arbeit die Interkulturelle Woche jedes Jahr wieder organisieren, dies tun. Die Antworten dokumentieren wir im Folgenden.*

Info Mühlhausen und Unstrut-Hainich-Kreis

Die Interkulturelle Woche gibt es in Mühlhausen (rund 35.000 Einwohner) seit 2004, in Bad Langensalza (18.000 Einwohner) seit 2014 und in Schlotheim (4.000 Einwohner) seit 2015.

Im Landkreis finden 28 bis 35 Veranstaltungen statt.



Foto: privat

Mühlhausen und Unstrut-Hainich-Kreis

»Einen beständigen fröhlichen, lebensbejahenden Geist zu haben, das erscheint uns wichtig für die Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen.«

Christina und Eberhard Vater

Voraussetzung für das Gelingen der Arbeit ist Kontinuität. Seit 14 Jahren engagieren wir uns für die IKW. Als Pfarrerehepaar – inzwischen im Ruhestand – sahen und sehen wir uns als eine wichtige Brückenfunktion zwischen Kommune und Kirchen. Auch wenn wir uns so manches Mal zwischen den Stühlen wiederfanden, durften wir erleben, dass die Brücke von beiden Seiten beschriftet wurde. Das hat uns über all die Jahre gestärkt und ermutigt. Angefangen hat die IKW in Mühlhausen, vor ein paar Jahren kam der Unstrut-Hainich-Kreis (UHK) hinzu.

*Vor elf Jahren haben wir den Verein »Miteinander e.V.« gegründet, der maßgeblich an der Planung der Interkulturellen Woche beteiligt ist. Er hat 35 Mitglieder und engagiert sich für das friedliche Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft. Neben dem Vorbereitungskreis zur IKW entstand 2015 ein weiterer Trägerkreis – »AK soziale Integration« –, der um ehrenamtliche Pat*innen für Migranten wirbt. Die Pat*innen sind in die IKW eingebunden. Durch den Beschluss der Landesregierung, die in Mühlhausen eingerichtete Erstaufnahmeeinrichtung bereits nach einem Jahr zu schließen, veränderte sich die Situation für die ehrenamtlichen Mitstreiter*innen. Das freiwillige Engagement musste neu konzipiert werden und verlagerte sich vorwiegend auf den sozialen Bereich.*

*Trotz vieler Schwierigkeiten bleibt das Netzwerk der IKW die Klammer, die alle und alles zusammen hält. So erfahren wir beispielsweise an Schulen durch Lehrer*innen punktuelle, positive Reaktionen auf unsere Angebote zur IKW. Wenig Erfolg hatte unsere Bemühung, Ärzt*innen mit Migrationshintergrund aus Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen als Partner für die interkulturelle Arbeit im Rahmen der IKW zu gewinnen.*

Bei der Planung von Veranstaltungen erscheint uns besonders wichtig, Themen der jeweiligen IKW im Blick zu haben. Die Materialhefte und Informationen des ÖVA sind sehr hilfreich. Bei allen ökumenischen Gottesdiensten zur IKW waren uns die Bausteine im Materialheft eine wertvolle Unterstützung und erleichterten die Vorbereitungen in den verschiedenen gastgebenden Gemeinden.

*Die Schirmherrschaften für die Interkulturelle Woche hatten bisher die Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen und der Landrat des UHK. Einladungen zur IKW erhielten daher auch Stadträt*innen und Kreistagsabgeordnete. Anfangs fanden die Eröff-*

nungsveranstaltungen in der Rathauhalle statt, später aus Platzmangel im Mehrgenerationenhaus Mühlhausen, in der Volkshochschule und einmal sogar im Kloster Volkenroda.

Die jahrelange Zusammenarbeit mit der Jugendkunstschule der Stadt ist zum Farbtupfer der IKW geworden. Im Vorfeld gestalten die Mitarbeiter*innen mit Migrantenkindern sehr persönliche »Kunstwerke«, die im Rahmen der IKW in Kirchen oder an anderen Orten ausgestellt werden und viel Beachtung finden.

Schön war eine gesponserte Fahrt mit dem Bus »Westthüringer Heimatexperte«. Wir waren mit mehr als 40 Migrant*innen und einigen Paten auf dem Baumkronenpfad im Nationalpark Hainich.

In der Broschüre zum zehnjährigen Bestehen unseres Vereins steht ein Satz, der uns aus dem Herzen spricht und unser Wunsch ist: »Einen beständigen fröhlichen, lebensbejahenden Geist zu haben, das erscheint uns wichtig für die Arbeit der Haupt- und Ehrenamtlichen. Und: Dass sie von denen unterstützt werden, die Verantwortung in Politik, Kirche und Gesellschaft übernommen haben.« ◀



Info Emmendingen

Die Interkulturelle Woche findet regelmäßig seit 2016 statt. 2017 wurden 24 Veranstaltungen angeboten.

Emmendingen hat 28.000 Einwohner*innen, davon haben 12,5% einen familiären oder eigenen Migrationskontext.

Emmendingen

»Die Beteiligung ›der ganzen Stadt‹ sichert ein vielfältiges Angebot, eine Begegnung auf Augenhöhe und regen Besuch der Veranstaltungen.«

Katharina Katt

*Eine tolle Idee war die »Interkulturelle Tanzshow«, in der viele Gruppen ihre Tänze zeigten: von deutschen Turnvereinen und American Line Dancern bis hin zur Dabke-Tanzgruppe aus Syrien und zu Auführungen kurdischer, afghanischer, philippinischer Tänzer*innen. Die Veranstaltung war mit über 400 Gästen hervorragend besucht. Sehr gut angenommen wurden auch landeskundliche Vorträge von Geflüchteten und Zugewanderten.*

*Bei der Planung von Veranstaltungen ist uns wichtig, dass viele Kooperationspartner*innen aus dem städtischen Leben und insbesondere auch zugewanderte bzw. geflüchtete Menschen einbezogen werden, damit sie von der Aufnahmegesellschaft als kompetente Personen wahrgenommen werden können. Zugewanderte sollten als aktiv Beitragende mitbestimmen können, welches Bild sie von ihrer Herkunftskultur vermitteln möchten, und erleben, dass dies in Emmendingen mit Interesse aufgenommen wird. Beim Vorbereiten ihrer Beiträge können sie zudem ihr Potential weiterentwickeln.*

*Überrascht waren wir davon, dass sich die Übersetzung des Programm-Flyers in »einfache Sprache« schwieriger gestaltete als gedacht. Wir hatten ein Übersetzungsbüro engagiert, dessen Arbeit bei unserer Kontrollgruppe – Teilnehmer*innen eines Integrationskurses auf A2-Niveau – zunächst »durchfiel«. Die erklärenden Sätze in einfacher Sprache waren den Migrant*innen zu viel. Sie bevorzugten kurze Stichworte zum »Durchscrollen« des Programms.*

Uns ist es wichtig, die Interkulturelle Woche zu organisieren, weil wir die bunte Vielfalt in unserer Stadt zeigen und allen Mitwirkenden die Chance zum gemeinsamen Miteinander-Gestalten bieten möchten. Wir begreifen die IKW auch als politische Bildungsmaßnahme, um die Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft gegenüber Zugewanderten zu fördern. ◀



© Stadt Emmendingen



Ansbach

»Wir organisieren die Interkulturelle Woche, weil wir eine Botschaft des respektvollen Miteinanders transportieren wollen.«

Iryna Savchenko

*Wichtig ist, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen; nicht zu viel und nicht zu wenig anzubieten; möglichst viele Zielgruppen (Unterschiede in Herkunft, Alter, in sozialer, politischer Position, in Religion) anzusprechen; bewährte Veranstaltungsformate und neue Aktionen zu mischen sowie neue Kooperationspartner*innen zu gewinnen.*

Nicht so gut besucht sind bei uns Podiumsdiskussionen zu (schwierigen) Themen rund um Migration. Das Publikum setzt sich oft aus dem immer gleichen Personenkreis zusammen. Darunter sind wenig Zugewanderte.

*Bei der Planung von Veranstaltungen ist besonders wichtig, dass die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Organisationen und Kooperationspartner*innen vertrauensvoll ist. Wenn alle Mitglieder (stimmberechtigte und beratende) des Integrationsbeirats zum Mitmachen motiviert werden, bringen sie eigene Vorschläge und Ideen ein. Wertvoll ist eine*

gute Zusammenarbeit mit den Medien sowie den sozialen Netzwerken, damit sie die Termine veröffentlichen, sowie die Mund-zu-Mund-Propaganda.

Es freut uns, dass von Jahr zu Jahr mehr Menschen an den Veranstaltungen teilnehmen, die Medien positiv berichten und sowohl der Stadtrat als auch die Kirchen, Vereine und andere mit uns kooperieren sowie viele gute Ideen einbringen.

Wir möchten mit unserer Interkulturelle Woche Integration erleichtern, Konflikte entschärfen und dazu beitragen, die bereichernde Vielfalt der Kulturen zu erkennen und zu schätzen. Manche finden die IKW wichtig und interessant, für andere ist sie überflüssig. ◀◀

Das Motiv »Auge« ist als Plakat im Format DIN A3, A2 und A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2018 erhältlich.
Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf:

www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:

info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax: 069 / 24 23 14-71

Info Ansbach

- Die Interkulturelle Woche startete in der Stadt Ansbach 1993, also vor 25 Jahren. Veranstaltet wird sie vom Integrationsbeirat der Stadt Ansbach, der/die Oberbürgermeister*in hat die Schirmherrschaft.
- In der Regel dauert die IKW bei uns zwei Wochen. Durchschnittlich finden 10 bis 15 Veranstaltungen statt.
- Aktuell hat Ansbach ca. 41 500 Einwohner*innen.
- Im Moment leben in Ansbach ca. 5.800 Ausländer*innen (inklusive EU-Bürgern). Durchschnittlich 50 Personen nehmen pro Jahr die deutsche Staatsangehörigkeit an. In Ansbach wohnen viele Spätaussiedlerfamilien, nach Einschätzung vom Bund der Vertriebenen waren dies vor etwa 10 Jahren 4.000 - 4.500 Personen.



© Stadt Ansbach

MAGDEBURG

»Die Themen Interkulturalität und Integration sind durch öffentliche Debatten und Gesetzesänderungen bedeutender geworden.«

Manja Lorenz

Zusammenleben in Vielfalt ist ein Querschnittsthema. Daher ist uns die breite Mobilisierung zur Interkulturellen Woche sehr wichtig. Wir binden in Magdeburg Kindertagesstätten, Schulen, Universität, Religionsgemeinschaften, Vereine, Verbände und viele andere Gruppen in die IKW ein.

Eine Auftaktveranstaltung – wie in den Jahren 2003 bis 2006 – würden wir nicht wieder in einem Einkaufszentrum ausrichten. Damals war es ein innovativer Ansatz nach dem Motto »Die Menschen dort abholen, wo sie sind«. Seit 2007 sind wir an Orten, an denen wir die Inhalte, die Ausrichtung, die Zielgruppenansprache selbstbestimmt(er) steuern können, z.B. auf einer Grünfläche am Rathaus, auf einem zentral gelegenen Spielplatz in der Altstadt und in einem als Großraumgalerie umgebauten Straßenbahndepot.

Seit einigen Jahren findet der Auftakt der IKW am Freitagsabend der Stadt Magdeburg statt. So werden ehrenamtlich Aktive aus anderen Ehrenamtsfeldern auf uns aufmerksam und packen sogar mit an – wie etwa bei der Interkulturellen Kaffeetafel. In 2017 haben wir erstmals den offiziellen Auftakt beider Veranstaltungen zusammengelegt und im Rathaus gefeiert. Das brachte Gruppen zusammen, die zusammengehören, und wurde von allen als besondere Form der Wertschätzung wahrgenommen.

Vor Beginn der Planung sollten Themen gesetzt werden. In Magdeburg organisiert die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (AGSA) gemeinsam mit dem Integrationsnetzwerk die Abläufe. Wichtig ist, dass die IKW über das gesamte Stadtgebiet verteilt stattfinden kann und es keine Terminüberlappungen von Angeboten für die gleiche Zielgruppe gibt. ◀

Info Magdeburg

Die Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. hat die Interkulturelle Woche 1997 gestartet. Seit 2006 wird die »Woche« in enger Kooperation mit der Stadt Magdeburg (Netzwerk für Integrations- und Zuwanderungsarbeit) geplant. 20 bis 30 Veranstaltungen finden statt.

Magdeburg hat 240.000 Einwohner*innen, davon haben 7,8 % migrationsbiografische Bezüge.



Foto: Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.

Info Cottbus

Die Interkulturelle Woche startete 2015 mit 36 Veranstaltungen. 2017 standen bereits 51 Angebote im Programm.

Cottbus hat 100.945 Einwohner*innen, von denen ca. 8.450 einen familiären oder eigenen Migrationskontext haben.

COTTBUS

»Bei der Planung von Veranstaltungen ist besonders wichtig, dass eine breite Öffentlichkeit erreicht wird.«

Henry Crescini

Folgendes würde ich genauso wieder machen: Ein Organisationsteam aus Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Feldern bilden, damit viele gute Ideen zusammenkommen.

Bei der Planung von Veranstaltungen ist es besonders wichtig mitzudenken, dass eine breite Öffentlichkeit erreicht werden soll und nicht nur die Menschen, die sich bereits mit Interkulturalität befassen.

*Im Rückblick auf die seit 2015 stattfindende Interkulturelle Woche überrascht und freut uns, dass sich viele Cottbuser*innen, die sonst wenig Kontakt zu Menschen mit Migrationsbezug haben, für die Veranstaltungen interessierten.*

Wir organisieren die IKW, weil wir in unserer Stadt zur Verständigung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion beitragen möchten. ◀



© ÖVA zur IKW

WOMÖGLICH GLAUBEN DIE MENSCHEN, DASS ICH ALS MOSLEM DIE CHRISTLICHEN WERTE WENIG VERTRETEN KANN

Levent Ensan, Geschäftsbereichsleiter der Jugendhilfe Oberbayern, im Gespräch mit Lea-Friederike Neubert von der Stabsstelle Interkulturelle Orientierung und Öffnung, Diakonie Deutschland

Herr Ensan, Sie haben sich als ausgebildeter Sozialarbeiter mit »nicht-christlichem« Background für eine Tätigkeit bei einem evangelischen Träger entschieden. Was waren hierfür die Gründe?

Es kamen mehrere Gründe zusammen. Zum einen kannte ich das Diakonische Werk Rosenheim e.V. als großen Vertreter der Jugendhilfe, vor allem in München. Während meiner letzten Anstellung als Migrationsberater habe ich Infos über mehrere Träger eingeholt. Ich fand es im positiven Sinne überraschend, dass in den Stellenausschreibungen stand, der Träger stelle Menschen mit unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft, Kirchenzugehörigkeit, sexueller Identität usw. ein.

Als die Diakonie dann 2014 zu Beginn der großen »Flüchtlingswelle« Sozialarbeitende für die Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gesucht hat, wollte ich das unbedingt unterstützen und habe mich schließlich beworben. Nach dem Bewerbungsgespräch war ich endgültig überzeugt. Im Mit-

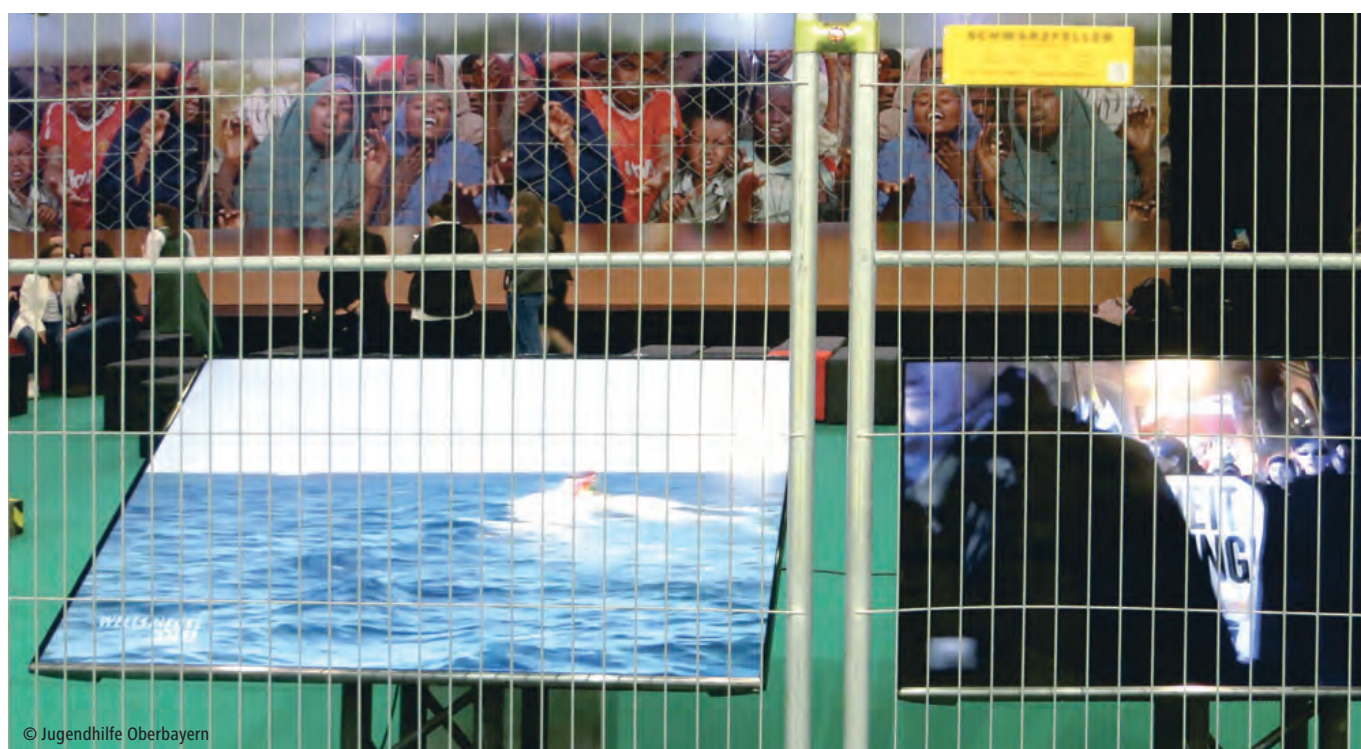
telpunkt standen die vom Träger betreuten jungen Menschen und die Diakonie stellte sich als sehr innovativ, selbstbewusst und offen dar.

Nun muss ich dazu sagen, dass ich mich nach meinem Masterstudium in »Friedens- und Konfliktforschung« bei mehreren christlichen Trägern und Organisationen beworben habe, weil sie in der Jugendhilfe-Szene wie Entwicklungszusammenarbeit sehr gut vertreten sind und gute Jobangebote haben. Ich wurde mehrmals aufgrund meines religiösen Backgrounds abgelehnt. Dies frustrierte mich, weil die Religion wohl wichtiger zu sein schien als die Fachlichkeit, Ausbildung und Persönlichkeit. Womöglich glauben die Menschen, dass ich als Moslem die christlichen Werte wenig vertreten kann. Aber die Menschen haben in diesen Arbeitsbereichen selten die Aufgabe des Missionierens – es wird von ihnen erwartet, dass sie die christlichen Grundwerte vertreten. Und ich denke, da wäre es wichtig, eine Werte-Diskussion zu führen, weil ich davon überzeugt bin, dass sich die Grundwerte

der großen Religionen nicht unterscheiden. In meiner privaten Zeit reise ich viel, vor allem auch in sehr christlich geprägte Länder. Während eines Praktikums in Kenia habe ich z. B. drei Monate bei einem Priester gelebt. Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Glaube, Hoffnung, Zuversicht, Liebe: Je mehr ich reise, umso mehr stelle ich fest, dass das allgemeingültige Werte sind, die in meinen Augen das Menschsein ausmachen.

Herr Ensan, Sie verantworten jetzt als Geschäftsbereichsleiter mehrere Einrichtungen im Bereich der stationären Hilfen. Hat sich dadurch Ihre Grundhaltung gegenüber dem Träger verstärkt?

Wie schon angedeutet, möchte der Träger bei den Mitarbeitenden das Abbild unserer Gesellschaft darstellen. Mein Vorstand hat das einmal mit der Bahn verglichen: Wenn ein Zug am Münchner Bahnhof einfährt und die Menschen aussteigen, dann sind dies unterschiedliche Personen. Das zeigt sich nicht nur unter den Fachkräften, sondern auch unter Einrich-



© Jugendhilfe Oberbayern

Levent Ensan ist Geschäftsbereichsleiter der Diakonie – Jugendhilfe Oberbayern

Kontakt: levent.ensan@jh-obb.de



© Foto Weip

tungsleitungen und auf der oberen Leitungsebene. Mein religiöser wie kultureller Background war hier niemals Thema. Mir wurde mit diesen Beförderungen immer signalisiert, dass meine Fachlichkeit im Vordergrund steht. Und das schätze ich sehr.

Was war für Sie die größte Herausforderung als Geschäftsbereichsleiter?

Wir haben zwischen 2014 und 2017 im Auftrag vom Stadtjugendamt München in Zusammenarbeit mit anderen freien Trägern Tausende von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen pädagogisch in Erstaufnahmeeinrichtungen betreut. Es wurde nicht lange überlegt, kurzfristige Lösungen der Unterbringung und Versorgung mussten her. Allein bei unserem Träger arbeiteten in diesem Bereich zu Höchstzeiten knapp 200 Fachkräfte. Trotz der vielen Herausforderungen und teilweise sehr anstrengenden Situationen war die Zusammenarbeit zwischen den Trägern und den Mitarbeitenden bewundernswert. Alle hatten ein Ziel: dafür sorgen, dass es den jungen Menschen gut ging. Der Aufbau des Bereichs war zwar eine große Herausforderung, aber in meinen Augen ist der Abbau viel schwieriger gewesen. 2016 ging die Zahl der neu ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge rapide zurück. Es wurden wegen des neuen Gesetzes zu deren Unterbringung und Versorgung zum 1.11.2015 viel weniger junge Menschen in München in Obhut genommen. Das bedeutete, dass wir diesen Bereich wieder fast komplett runterfahren mussten. Als Träger haben wir versucht, einem Sozialplan entgegenzuwirken und konnten glücklicherweise vielen der Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Bereich tätig waren, neue Angebote machen. Andere Verträge mussten projektbedingt beendet werden.

Diese Personalentscheidungen, die damit verbundenen Gespräche und das Management waren für mich die größte Herausforderung.

Das Diakonische Werk Rosenheim e.V. ist auch bekannt für seine provozierenden Auftritte. Ich kann mich an den letzten Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf erinnern. Hier waren auf riesigen Plakaten geflüchtete Menschen abgebildet, der große Stand war umgeben von echtem Zaun. Von vielen gab es Lob, andere dagegen waren entsetzt. Wieso machen Sie das als Träger und was möchten Sie damit bewirken?

Mit der Aktion beim Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag wollten wir signalisieren, dass es enorm wichtig ist, ausgegrenzte und bedürftige Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir wollten nicht mit erhobenem Zeigefinger belehren, sondern erreichen, dass die Menschen in Kontakt kommen, um sich auszutauschen. Und zwar in jeglicher Hinsicht. Es gibt Menschen, die finden toll, was wir machen. Andere empören sich über unseren Stand. Manche kommen mit ihren eigenen positiven wie negativen Geschichten und Erfahrungen und möchten ebenfalls gehört werden. Und dann gibt es Menschen, die um ihre eigene Existenz fürchten. Unser Stand bringt all diese Menschen zusammen: dort treffen sie und ihre Ansichten aufeinander. Wir können nur Lösungen schaffen, wenn wir uns gegenseitig verstehen. Und das kann ohne Austausch nicht passieren.

Sie sagen, dass der Träger mehrere Tausend junge Geflüchtete betreut hat. Was glauben Sie, Herr Ensan, was bei der Integration der jungen Menschen beachtet werden sollte und was die Jugendhilfe hier leisten kann?

Der Paragraph 42 der Kinder- und Jugendhilfe besagt u.a., dass ein Minderjähriger in Obhut genommen werden muss, wenn er ohne Eltern oder andere Erziehungsberechtigte nach Deutschland einreist. Das haben wir in dieser »Flüchtlingswelle« gemacht. Die Aufgabe der Inobhutnahme ist im Gesetz klar geregelt. Innerhalb von drei Monaten soll eine »Soziale Diagnose« mit einer Empfehlung erstellt werden, welche Maßnahme und Einrichtung für die Erziehung und Persönlichkeitsentwicklung des jungen Menschen notwendig ist. Der Schutz, die Abklärung der aktuellen Situation und die physische wie psychische Grundversorgung stehen hier im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit.

Die ersten Monate nach der Einreise ist die mitunter prägendste Zeit bei der Integration der jungen Menschen. Sie werden mit einer komplett neuen Kultur und neuen Sprache konfrontiert. Sie müssen lernen, in einem neuen Land mit den ganzen Regeln und oft unbekanntem Gesetzen zurechtzukommen. Sie brauchen primär Orientierung und Stabilität. Viele sind zunächst auf klare Rahmen und Handlungsanweisungen angewiesen und finden dies gut. Nicht unterschätzen darf man hierbei den interkulturellen Aspekt. Die meisten kommen aus Kulturen, in denen Hierarchie und gleichzeitig Kollektivismus eine große Rolle spielen. Die einen kommen eher schneller und besser, die anderen eher weniger mit der neuen Kultur klar. Wichtig ist deshalb, diesen Anpassungsprozess so individuell, so sensibel und so unterstützend zu gestalten, wie irgend möglich ist. Wichtig ist, dass man den Fokus nicht nur auf die Probleme eines jungen Menschen richtet, sondern vor allem auf seine Stärken.

Um dieser Thematik so schnell und nutzbringend wie möglich zu begegnen, haben wir Fortbildungen für die Kolleg*innen konzipiert, die den Einstieg in diesen Arbeitsbereich erleichtern. »Ankommen in Deutschland«, »Pädagogische Arbeit mit umF« und »Interkulturelle Kompetenz« sind nur einige von den wichtigen Angeboten, die den Fachkräften und den jungen Menschen und nicht zuletzt auch einer gelingenden Integration den gemeinsamen Weg ebnen können. ◀

Lea-Friederike Neubert arbeitet in der Stabsstelle Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Diakonie Deutschland

Kontakt:

lea-friederike.neubert@diakonie.de



© Hermann Bredelhorst

HECHINGEN – WAS GEHT?

Wie junge Geflüchtete nicht nur die Seniorinnen und Senioren begeistern

Leonie Bronner

Es sind Schulferien in Baden-Württemberg. An der Einfahrt zur Altenwohnanlage Graf Eitel-Friedrich in Hechingen in der Nähe des Bodensees sind Bohr- und Säegeräusche nicht mehr zu überhören. Ein junger Mann wechselt einen abgenutzten Bohrer aus. Wie war das noch gleich – hatte der Holzbohrer nicht ein spitzes Ende? Daneben hebt eine Gruppe Jugendlicher ein Beet aus. Dort soll später ein Insektenhotel stehen.

Bereits 2016 wurde in Kooperation mit einer ansässigen Gärtnerei ein Blumenbeet im Innenhof des Seniorenwohnheims angelegt. Dieses Jahr soll das Gartenprojekt weitergeführt werden. Es entstand im Rahmen des Jobmentoren-Projekts für Geflüchtete unter dem Dach des Deutschen Caritasverbands. Junge Menschen sollen bereits während des Asylverfahrens im Hinblick auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze im ländlichen Raum beraten werden. Im Rahmen des Gartenprojekts kann der Umgang mit Werkzeug geübt und Wissen im Bereich Gartenbau vermittelt werden. Nebeneffekt: die Jobmentorin Lisa Savastano kann prüfen, welche Kompetenzen die Teilnehmenden mitbringen. Das hilft ihr später bei der Beratung.

»Erst möchte ich Deutsch lernen, dann kann ich meine Zukunft vorbereiten«, sagt der 16-jährige Mohammed. Die jungen Menschen sind zwischen 15 und 18 Jahre alt und kommen überwiegend aus dem Sudan, Eritrea und Guinea. Sie sind unbegleitet, das heißt, sie reisten ohne Elternteil nach Deutschland ein. Doch von Melancholie oder Besorgnis keine Spur. Es sind quirlige, aufgeweckte Jugendliche, die mit Harke, Säge und Spaten hantieren. Sicherlich sind die Sätze auf Deutsch hier und da noch etwas holprig, aber man kann sich mit den jungen Männern gut verständigen. Bemerkenswert ist das vor allem deshalb, weil einige von ihnen erst seit zwei Monaten in einen Deutschkurs gehen.

Aktuell besuchen »ihre Jungs«, wie die Jobmentorin Lisa Savastano ihre Schützlinge liebevoll nennt, eine VABO-Klasse (Vorqualifizierung Arbeit und Beruf ohne Deutschkenntnisse der beruflichen Schulen) und werden mit intensivem Deutschunterricht auf den Wechsel in eine Regelklasse vorbereitet. »Ich möchte Krankenpfleger werden«, sagt der 15-jähri-



ALS ANSPRECHPERSON DA SEIN

Mig-Mag: Frau Savastano, wie gelingt es Ihnen als Jobmentorin Geflüchtete in Arbeit zu integrieren?

Lisa Savastano: Nachdem wir ein Profiling mit den jungen Menschen durchgeführt haben, können wir die Betriebe bei der Auswahl von Arbeitnehmer*innen unterstützen. Wir sind während der Beschäftigung Ansprechpartner für alle Beteiligten und bieten ein interkulturelles Training für Unternehmen an.

Mig-Mag: Welche Rolle spielen Ehrenamtliche für Ihre Aufgabe?

Lisa Savastano: Bei der Arbeitsmarktintegration ist Sprache der ausschlaggebende Punkt. Ehrenamtliche Sprachpat*innen treffen sich einmal in der Woche mit den Geflüchteten, um etwas zu unternehmen. Bei Fragen und Problemen stehe ich zur Verfügung.

Mig-Mag: Findet ein Geflüchteter, der eine Patin oder einen Paten hat, einfacher eine Arbeit?

Lisa Savastano: Generell lässt sich das natürlich nicht sagen, aber je mehr Kontakte zu hier lebenden Menschen existieren, umso größer sind die Chancen, dass der Sprung in Ausbildung und Arbeit für die jungen Geflüchteten klappt. Bisher konnten wir Personen sowohl in handwerkliche Ausbildungen als auch in sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen in Industrie und im Einzelhandel vermitteln.

Interview: Leonie Bronner

ge Mustafa; seine Freunde Elektroniker, Auto-mechaniker oder Schweißer. Aber stets wird betont, dass sie zunächst Deutsch lernen müssen. »Jeden Tag lernen wir ein bisschen mehr«, sagen Alhassane und Boubacar.

Plötzlich kommt Hektik auf. Die Werkzeuge müssen noch weggeräumt, der Vorplatz gesäubert werden. Es ist bereits spät am Nachmittag. Viele der Jungs haben anschließend

Fußballtraining. Danach spielt Bayern München gegen Real Madrid in der Champions League. Noch eine kurze Frage: Warum sie ausgerechnet nach Deutschland gekommen sind? »Ich liebe Deutschland, denn in Deutschland ist alles in Ordnung und es gibt eine Demokratie«, so die Antwort des 17-jährigen Alhassane. Sein Freund Boubacar er-gänzt: »Mein Traum ist es, eine Ausbildung zu machen«.

Hechingen wird schöner

»Es ist erstaunlich, aber seit die Jungs an den Bastelnachmittagen in der Altenwohnanlage teilnehmen, kommen mittlerweile über 20 Bewohner*innen regelmäßig zu den Aktivitäten. Davor waren es höchstens fünf«, berichtet Lisa Savastano. Seit der letzten Aktionswoche im Rahmen des Gartenprojekts wird wöchentlich gemeinsam gebastelt und gewerkelt, um die Altenwohnanlage zu verschönern. Die jungen Geflüchteten sind gern gesehene Gäste, die sich breitwillig zu einer Partie Karten überreden lassen. Wunderbar sei der neue Innenhof, schwärmt eine Seniorin. Bei gutem Wetter halten sich die Bewohner*innen jetzt gerne

dort auf. Die Verschönerung der Anlage ist ein Grund, weshalb sich die ortsansässige Gärtnerei Hubert Zanger am Projekt beteiligt. »Wir unterstützen gerne diese gute Idee und freuen uns, wenn Hechingen etwas schöner wird«, sagt der Geschäftsführer Michael Mößner. Gewiss geht es auch darum, den Jugendlichen die Berufe im Gartenbau näherzubringen. Aktuell ist die Auftragslage sehr gut. Qualifizierte Fachkräfte sind gefragt. Viele Handwerksberufe konkurrieren mit akademischen Berufen. »Natürlich ist es eine Chance, Jugendliche mit Fluchthintergrund auszubilden«, bemerkt er weiter. Ihm ist es egal, woher eine Person komme, alleine die Leistung zähle. Mit dieser Einstellung ist er bisher immer gut ge-

Kontakt:

Leonie Bronner, Deutscher Caritasverband

Aus: MIGrations-MAGazin 2/2017,
Hrsg.: Katholische Arbeitsgemeinschaft
Migration (KAM)

fahren. Daher konnte auch im März ein junger Syrer eine Einstiegsqualifizierung mit Unterstützung der Jobmentorin beginnen. Ab September fängt er mit seiner Ausbildung an. In Hechingen – da geht was! ◀◀

LETZTE ZUFLUCHT KIRCHENASYL

Beispiele aus der Kirchenasylbewegung in der Evangelischen Kirche von Westfalen

Pfarrer Helge Hohmann

Ahmed A.

Als die Pfarrerin die Türe öffnet, steht ein verängstigter junger Mann, ein Kurde aus dem Irak, vor ihr. Sie kennt ihn, er war in der Nachbarschaft untergebracht und hat bei Gemeindeveranstaltungen geholfen. Er blutet und ist offensichtlich am Kopf verletzt.

Ahmed A. (Name geändert) war in Panik aus dem Polizeiwagen gesprungen, als dieser ihn zu einem Termin in der Ausländerbehörde bringen wollte. Tags zuvor war seine Abschiebung gescheitert, er war in den Wald geflohen.

Er hätte nach Bulgarien abgeschoben werden sollen, wie es die Dublin III-Verordnung vorsieht. Aber dorthin will er auf keinen Fall, lieber will er sterben. Er ist traumatisiert von der Gewalt, die ihm dort angetan wurde. Er war drei Tage ohne Essen in einem Keller gefangen gehalten und immer wieder mit Schlägen und Elektroschockern traktiert worden. Später musste er sich eine Zelle mit 30 anderen Flüchtlingen teilen. Die Gefahr, nach Bulgarien abgeschoben zu werden, löst in ihm Panik und Suizidgedanken aus.

Die Pfarrerin tut das Nächstliegende: Sie nimmt den jungen Mann im Pfarrhaus auf und kontaktiert den Beauftragten der Westfälischen Landeskirche für Flüchtlingsarbeit. Was ist jetzt zu tun? Es steht die Frage nach Kirchenasyl im Raum.

Die Landeskirche hat ein Rundschreiben zum Umgang mit Kirchenasylen veröffentlicht, das alle Schritte beschreibt, die nun zu gehen sind: Das Presbyterium (Kirchenvorstand) muss das Kirchenasyl beschließen, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Ausländerbehörde und das Sozialamt sowie die Kirchenleitung müssen informiert, ein Dossier, eine Darstellung der Härten des Einzelfalls, muss erstellt werden. So ist es zwischen dem BAMF und den Kirchen in Deutschland vereinbart.

Die kleine Kirchengemeinde im Ostwestfälischen hat eigentlich keinen Platz, um Menschen für längere Zeit unterzubringen. Es bleibt nur das Pfarrhaus. Ahmed A. findet nun Schutz im Pfarrhaus und in der Pfarrfamilie. Dann der Schock: die Ausländerbehörde teilt mit, Herr A. ist als »flüchtig« eingestuft – die Überstellungsfrist ist auf 18 Monate verlängert. Wie soll das gehen? Die Pfarrerin bleibt kämpferisch: Sie will gegen die Entscheidung vorgehen. Sie schreibt ein Dossier und hofft auf den Selbsteintritt. Aber das BAMF lehnt ab, mit einer Mail, die nur aus Textbausteinen besteht: »Keine systemischen Mängel in Bulgarien«, »Ein Einzelfall, der sich nicht wiederholen wird«. Wieder eine Sackgasse. Doch dann geht alles ganz schnell: das Verwaltungsgericht hat auf Betreiben des Anwalts seinen Beschluss geändert und nun doch dem Eilantrag stattgegeben. Ahmed A. darf nicht abgeschoben werden. Das Kirchenasyl war kürzer als gedacht – und erfolgreich. Was hät-

Mehr Informationen über das Kirchenasyl in der Evangelischen Kirche von Westfalen:

www.kircheundgesellschaft.de/das-institut/flucht-migration-integration/kirchenasyl/



te Herr A. davon gehabt, noch Recht zu bekommen, wenn er schon längst wieder in Bulgarien, gewesen wäre?

Tesfit T.

Tesfit T. aus Eritrea (Name geändert) war auf dem besten Wege der Integration. Er war als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling ins östliche Ruhrgebiet gekommen. Er nahm an der Ausbildungsvorbereitungsklasse des Berufskollegs teil, bestand die Sprachprüfung und war schon als Dolmetscher tätig. Eine

Pfarrer Helge Hohmann ist Beauftragter für Zuwanderungsarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Kontakt:

Helge.Hohmann@kircheundgesellschaft.de

ehrenamtliche Mitarbeiterin der Caritas unterstützte ihn. Dann wurde er volljährig – und sein Asylantrag als unzulässig abgelehnt: Er sollte zurück nach Italien. Die Hoffnung war, dass die Überstellungsfrist verstreicht. Er begann die nächste Klasse am Berufskolleg, um den Hauptschulabschluss zu machen. Ein Praktikum als Tischler war vereinbart. Aber die Angst bleibt und wird zu Panik. Er muss miterleben, dass sich in seiner Unterkunft ein Flüchtling aus Eritrea das Leben nimmt, aus Angst vor der Abschiebung nach Italien. Dann, in einer Nacht- und Nebel-Aktion, wird er abgeschoben, landet in Mailand. Dort kümmert sich niemand um ihn. Er hört von Polizei und Behörden nur: »Go!«. Er lebt auf der Straße, immer in Angst, überfallen und ausgeraubt zu werden.

Er sieht keinen anderen Weg, als nach Deutschland zurückzukehren. Eines Tages ist er wieder da. Er hat sich durchgeschlagen und ist in der Nähe seiner ersten zentralen Unterbringungseinrichtung, wo seine Integration begann. Er meldet sich bei der einzigen Ver-



trauensperson, die er hat: Der ehrenamtlichen Helferin der Caritas. Sie ist ratlos. Wie kann sie ihm helfen? Er ist doch nun illegal in Deutschland. Sie wendet sich an die Evangelische Kirchengemeinde in der Stadt. Sie weiß, diese hat schon einmal ein Kirchenasyl durchgeführt. Das Presbyterium lässt sich Tesfits Geschichte erzählen. Zunächst herrscht Unklarheit: Welche Regeln gelten bei »Dublin-Rückkehrern«? Ist das Kirchenasyl überhaupt notwendig? Normalerweise muss ein Asylfolgeantrag gestellt werden. Aber schnell wird klar: Tesfit braucht jetzt einen Schutzraum, um sich nach einer mehr als dreijährigen Odyssee

nach und in Europa zu erholen. Darum gewährt ihm die Kirchengemeinde Kirchenasyl. Mit dem Beauftragten der Landeskirche wird vereinbart, dass dem BAMF die Leidensgeschichte des jungen Mannes in einem Dossier dargelegt werden soll. Tesfit wird im Gemeindehaus untergebracht. Ein Unterstützer*innenkreis begleitet ihn, besorgt die Dinge des täglichen Bedarfs, sorgt für Ansprache. Zwei Monate später kommt die erlösende Mail: Das BAMF hat den Selbsteintritt aus humanitären Gründen erklärt. Nun endlich kann er seine Asylgründe darlegen und hat gute Aussichten auf Flüchtlingsschutz in Deutschland. ◀◀

EIN ZENTRUM FÜR INTERRELIGIÖSE UND INTERKULTURELLE BILDUNG

Das Haus der Religionen in Hannover

Wolfgang Reinbold

Der Ausgangspunkt: Die multireligiöse Stadt

Früher war man in Deutschland entweder evangelisch oder katholisch. Heute ist Deutschland ein multireligiöses Land. Zuerst spürbar war die Entwicklung in den großen Städten. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtgesellschaften, sich beizeiten und in angemessener Weise darauf einzustellen.

In Hannover leben im Jahr 2018 Menschen aus mehr als 170 Nationen zusammen. Alle großen Religionen haben Gebetshäuser in der Stadt. Neben den alteingesessenen etwa 150 Kirchen und Kapellen gibt es mittlerweile mehr als zwanzig Moscheen, zwei alevitische

Zentren, drei Synagogen, zwei Hindutempel sowie sechs buddhistische Zentren, unter ihnen eine Pagode samt dem größten buddhistischen Kloster Deutschlands. Hinzu kommen kleinere Religionsgemeinschaften wie die Bahai, Jesiden und Sikhs sowie die große Gruppe derjenigen, die sich keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlt.

Die Frage, wie ein solches Gemeinwesen zusammengehalten werden kann, beschäftigt die Stadtforschung seit vielen Jahren. Die Initiatoren des Hauses der Religionen sind der Überzeugung: Neben vielem anderen braucht eine solche Stadt einen Ort, an dem der interreligiöse Dialog geführt wird, und zwar beständig, in institutionalisierter Form und als

Hauptaufgabe. Sie braucht einen Ort, an dem sich Menschen mit unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen kennen lernen und etwas über die Weltansicht des Anderen erfahren. Sie braucht ein interreligiöses Bildungszentrum.

Zur Geschichte des Hauses der Religionen

Seit dem Evangelischen Kirchentag im Mai 2005 hat das Haus der Religionen seinen Ort in der Böhmerstraße 8 in Hannovers Südstadt. Die Vorgeschichte reicht zurück bis in den Sommer 1990.

Zur Erinnerung: Saddam Hussein war im August 1990 in Kuwait einmarschiert, die alliierten Truppen hatten im Januar 1991 den Luftkrieg gegen den Irak begonnen. Am 18. Januar feuerte der Irak erstmals Raketen auf Israel, verbunden mit der Drohung, Giftgas einzusetzen. In Tel Aviv ging man mit der Gasmaske ins Bett.

In dieser politisch und interreligiös angespannten Lage gründete eine Gruppe engagierter Frauen und Männer in Hannover einen informellen interreligiösen Diskussions- und Gebetskreis. Nach dem Mordanschlag von Solingen im Mai 1993 verstetigte sich dieser Kreis, gewann neue Mitglieder hinzu und nahm einen Namen an: der »Aktionskreis der Religionen und Kulturen« entstand. In den folgenden Jahren veranstaltete der »Aktionskreis«, seinem Namen gemäß, eine Fülle öffentlichkeitswirksamer Aktionen: Man veranstaltete »Tage der Begegnung« in den Gebetshäusern, organisierte Sternmärsche gegen Fremdenhass, initiierte Seminare und Vortragsreihen zu wichtigen Themen des interreligiösen Gesprächs.

Im Jahr 2000 fand in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 statt. In diesem Rahmen entstand dort der »Treffpunkt Religionen«, eine interreligiöse Ausstellung mit umfangreichem Begleitprogramm. Nach dem Ende der EXPO waren sich alle Beteiligten einig, dass

der »Treffpunkt« bestehen bleiben sollte. So entstand nach einigen Zwischenschritten zum 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag das erste »Haus der Religionen« im deutschsprachigen Raum. Am 23. Mai 2005 öffnete es seine Türen. Die aus achtzehn Schautafeln und sechs Vitrinen bestehende Dauerausstellung »Religionen im Dialog« wurde im Jahr 2007 eröffnet. Hannovers damaliger Oberbürgermeister Stephan Weil übernahm die Schirmherrschaft.

Interreligiöser Lernort und Kompetenzzentrum

Seither hat sich das Haus der Religionen zum zentralen interreligiösen Lernort Hannovers entwickelt. Jahr für Jahr besuchen mehr als 5.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene das Haus: Schulklassen von Klasse 1 bis zum Abitur und aus Berufsschulen, Konfirmanden- und Firmvorbereitungsgruppen, Student/innen, Lehrer/innen, Erzieher/innen, Fachleute aus dem Gesundheitswesen, aus den Gewerkschaften, aus der Verwaltung und viele andere mehr. Manche Gruppen kommen von weit her, um in Hannover religiöse Vielfalt zu erleben und mehr über den interreligiösen Dialog zu erfahren.

Stark nachgefragt wird das Haus darüber hinaus als Kompetenzzentrum für interreligiöse Kontakte, Material, Hintergrundinforma-

In Kooperation mit dem Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche wird der diesjährige Auftakt zur bundesweiten Interkulturellen Woche am 23.9.2018 in Hannover stattfinden.

tionen, Vorträge und Beratung, nicht zuletzt im Blick auf die Organisation interreligiöser Strukturen in anderen Städten.

Strukturfragen

Der interreligiöse Dialog in Hannover hatte als informeller Diskussions- und Gebetskreis begonnen. Nach der Gründung des Hauses der Religionen war allen Beteiligten klar, dass es nun anderer, verbindlicherer Strukturen bedurfte. Dazu wurde zunächst der »Aktionskreis der Religionen und Kulturen« in »Forum der Religionen« umbenannt. Das Forum der Religionen wählte aus seiner Mitte sodann ein Leitungsgremium, den 2009 gegründeten Rat der Religionen, und verabschiedete eine Geschäftsordnung. Zugleich wurde ein gemeinnütziger Trägerverein gegründet. Seit 2016 heißt er »Haus der Religionen – Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung e.V.«. Fundamental für ein Haus der Religionen ist nach Auffassung des Rates der Grundsatz, dass sich die Religionen und Weltanschauun-



gen mit Respekt und auf grundsätzlich gleicher Höhe begegnen. In seiner Geschäftsordnung hat der Rat der Religionen daher festgelegt: Unabhängig von ihrer Größe und von ihren personellen und finanziellen Möglichkeiten hat jede Religion eine Stimme.

Konzept

Das Haus der Religionen versteht sich als Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung. Es geht ihm nicht um Lobbyarbeit und nicht primär um gemeinsame Gebete. Den Schwerpunkt der Aktivitäten bilden vielmehr Zusammenarbeit, Dialog, Begegnung sowie die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen. Das Haus der Religionen tritt ein für eine Haltung des Interesses, des Respekts und der Achtung des Anderen – in Anerkennung der Tatsache, dass es unterschiedliche Weltanschauungen gibt und weiterhin geben wird, sowie unter der Voraussetzung, dass sich alle Beteiligten der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet wissen.

Aktuelles und Zukünftiges

Für die kommenden Jahre haben sich der Rat der Religionen und der Trägerverein insbesondere zwei große Projekte vorgenommen:

- Die Immobilie, in der sich das Haus der Religionen befindet, ist 2015 verkauft worden. Sie wird ab dem Jahr 2019 umgebaut. Das Haus der Religionen plant, diese Chance zu nutzen und sich zu vergrößern. Nach fast fünfzehn Jahren der Improvisation auf den Fluren und in oft unzureichend ausgestatteten Multifunktionsräumen soll das Haus räumlich, ästhetisch und technisch auf einen Stand gebracht werden, wie er für ein interreligiöses Bildungszentrum angemessen ist. Kernstück der Arbeit wird die neue multimediale Dauerausstellung sein, deren Eröffnung für das Frühjahr 2020 geplant ist.

- Gemeinsam mit dem Rat der Religionen Frankfurt veranstaltet der Rat der Religionen im September 2018 den ersten Bundeskon-

Prof. Dr. Wolfgang Reinbold ist Beauftragter für Kirche und Islam in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und erster Vorsitzender des Vereins Haus der Religionen – Zentrum für interreligiöse und interkulturelle Bildung e.V.

Kontakt: reinbold@haus-der-religionen.de
www.haus-der-religionen.de

Leicht gekürzte Fassung.
Den vollständigen Text finden Sie auf www.interkulturellewoche.de > Heft 2018.

gress der Räte der Religionen in Frankfurt am Main. Der zweite Bundeskongress wird im September 2019 in Hannover stattfinden. Auf mittlere Sicht streben die Räte der Religionen Hannover und Frankfurt die Entwicklung einer bundesweiten Struktur an. ◀◀

WENN MENSCHEN ZU LEBENDEN BÜCHERN WERDEN

Sabine Kern

Wie träumt man eigentlich, wenn man blind ist? Wie fühlt sich die Flucht in ein fremdes Land an? Und warum verdrehen schwarze Deutsche oft die Augen, wenn man die Frage stellt »Und wo kommst du ursprünglich her?« Das sind Fragen, die sich der eine oder die andere vielleicht auch schon einmal gestellt hat. Aber wo bekommt man Antworten darauf?

Die Idee »die lebende Bibliothek«

Zum Beispiel in der »lebenden Bibliothek« des Caritasverbands Bonn. Diese ist ein ganz besonderes Veranstaltungsformat, das ebenso simpel wie effektiv ist. Die Lebende Bibliothek funktioniert nämlich wie eine klassische Bibliothek: Menschen leihen sich für die Dauer von 30 Minuten ein Buch aus und lesen es – nur, dass die Bücher in diesem Fall echte Menschen mit echten Geschichten sind, und dass lesen hier ein Gespräch unter vier Augen bedeutet.

Da erzählt ein nigerianischer Politologe als Buch mit dem Titel »Der lange Weg zur Heimat – Eine Geschichte vom Weggehen und Ankommen« von seinem weiten Weg aus seiner alten in eine neue Heimat, die sich aber nie völlig selbstverständlich und heimatlich anfühlen wird. Da lässt ein buddhistischer Mönch

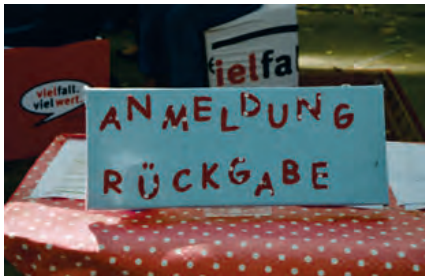
unter dem Titel »In der Ruhe liegt die Kraft – oder was macht ein buddhistischer Mönch in Bonn?« die LeserInnen daran teilhaben, wie seine Lebensanschauung durch seine Religion geprägt ist und wie sich sein Alltag gestaltet. Andere Bücher haben Titel wie »Von hier an blind und trotzdem leben wie alle«, »Deutsche Muslima, hier daheim, jut is!« oder »Armut stinkt nicht und ist auch nicht ansteckend«.

Buch sein kann jeder, der offen über sein Leben oder bestimmte Aspekte daraus reden möchte. Daher haben die Bücher unterschiedliche Herkünfte, Religionen und Lebensweisen; sie sind Menschen mit unterschiedlichen Berufen, Hobbies und Weltanschauungen. Oft sehen sie sich im Alltag mit Stereotypen und Vorurteilen konfrontiert.



© Die lebende Bibliothek

Die »Lebende Bibliothek« ist ein flexibles und modernes Veranstaltungsmodul, das ursprünglich aus Dänemark kommt und im öffentlichen Raum, beispielsweise auf Straßenfesten oder Marktplätzen ebenso stattfinden kann wie als Veranstaltung in geschlossenen Gruppen (z.B. Seminaren oder Fachtagungen). Besonders wirksam und nachhaltig erweist sich die »Lebende Bibliothek« als Anti-Diskriminierungs-Workshop in Einrichtungen unter-



Sabine Kern ist Mitarbeiterin der Caritas-Kampagne *vielfalt. viel wert.*

Weitere Informationen über das Format finden Sie hier:

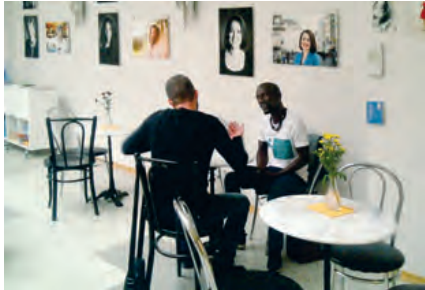
sabine.kern@caritas-bonn.de

oder bei Evelyn Tremel:

evelyn.tremel@caritas-bonn.de

www.dielebendebibliothek.de

Fotos © Die lebende Bibliothek



schiedlichster Couleur oder im Schulkontext. Denn sie vermittelt Menschen jeglichen Alters und jeglichen Hintergrunds Bildung und Begegnung auf einer sehr persönlichen Ebene – ohne moralischen Zeigefinger.

Menschen kommen miteinander in Kontakt, die sich sonst nie begegnen würden und die im Dialog Erfahrungen aus erster Hand vermitteln. Mit dem einfachen Credo miteinander statt übereinander zu reden wird Schubladendenken ganz unmittelbar thematisiert. In der direkten Kommunikation haben die Beteiligten

den die Chance, vorgefertigte Meinungen, Vorurteile und Klischees zu hinterfragen oder zu korrigieren. Denn nur persönliche Begegnungen relativieren die stereotypen Bilder in unseren Köpfen.

Der Rahmen

Wichtig ist, dass die Veranstaltung einen geschützten Rahmen hat, der eine möglichst ungestörte Gesprächsatmosphäre zwischen der entleihenden Person und dem lebenden Buch ermöglicht. Es gelten Regeln, die einen geg-

seitigen respektvollen Umgang gewährleisten. Das »Buch« entscheidet, was und wie viel Persönliches es erzählen möchte und was nicht. Sowohl das »Buch« als auch die Leserin oder der Leser können das Gespräch jederzeit ohne Begründung abbrechen. Die Lesenden verpflichten sich, das »Buch« unbeschädigt zurückzugeben, d. h. die Würde des »Buches« darf in keiner Form verletzt werden. Gegenseitiger Respekt ist ganz wichtig. Es geht in den Gesprächen ums Verstehen, nicht ums Überzeugen.

Der Diözesan-Caritasverband arbeitet seit 2014 innerhalb seiner Kampagne »vielfalt. viel wert.« mit der Methode der »lebenden Bibliothek«. Er hat in 60 Veranstaltungen mehr als 388 lebende Bücher zu Gesprächen mit interessierten Leser*innen zusammengebracht. ◀

Zwei Kampagnen der Diakonie

KENNEN. LERNEN. EINE INITIATIVE FÜR VIELFALT UND BEGEGNUNG

Die Ausgangslage

Unsere Gesellschaft wird religiös, kulturell und sozial vielfältiger. Das hat Auswirkungen auf unser tägliches Miteinander. Viele Menschen begegnen den Veränderungen mit Offenheit und Neugier, andere reagieren mit Abwehr, fühlen sich selbst nicht wahrgenommen, nicht wertgeschätzt und ins soziale Abseits gedrängt. Die weltweiten Krisen- und Konfliktsituationen haben dazu geführt, dass Menschen flüchten und auch bei uns Schutz suchen. Die Globalisierung stellt hohe Anforderungen an Flexibilität und Mobilität von Menschen. Flucht und Wanderungen führen zu größerer Heterogenität unserer Gesell-

schaft. Migration und Diskriminierungserfahrung haben oft das Gefühl von Entwurzelung zur Folge. Menschen eine Heimat in der Gesellschaft zu geben, bedeutet ihnen zumindest anfangs Unterstützung in allen Lebensbereichen vom Arbeiten bis zum Wohnen, von der Bildung und Ausbildung bis zur Gesundheitsversorgung zu bieten.

Unsere Motivation

Die Diakonie unterstützt und begleitet Menschen dabei, eine lohnende Perspektive für ihr Leben zu finden. Sie tritt öffentlich ein für eine offene, vielfältige Gesellschaft, in der Menschen sich vor Ort in ihrem Alltag mit Respekt

und Toleranz begegnen. Sich kennenzulernen ist ein erster Schritt für ein neues Miteinander und für einen Platz in der Mitte der Gesellschaft. Integration, Inklusion und Teilhabe sind als Querschnittsthemen relevant für alle diakonischen und kirchlichen Arbeitsfelder. Deshalb macht die Diakonie das Kennenlernen zum Kern ihres Schwerpunktthemas 2018-2020: »Kennen. Lernen. Eine Initiative für Vielfalt und Begegnung«.

Was getan werden muss

Soziale Teilhabe und Zusammenhalt entstehen nicht von allein, sondern müssen gelernt und aktiv politisch und gesellschaftlich gestaltet

Weitere Informationen und Kontakt

unter: www.diakonie.de/kennenlernen

werden. Die Diakonie arbeitet dafür, dass ein neues Miteinander gelingt und der soziale Kitt in unserer Gesellschaft nicht weiter bröckelt. Die Nachhaltigkeit von gesellschaftlichem Zusammenhalt hängt auch von politischen Weichenstellungen ab.

Sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung und der Sorge vor dem sozialen Abstieg muss mit konkreten politischen Maßnahmen begegnet werden. Dazu gehören eine ausreichende soziale Absicherung und eine gut ausgebaute, verlässliche und allen zugängliche soziale und Infrastruktur. Dazu gehören Investitionen in Bildung und Ausbildung und eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die demokratische, zivilgesellschaftliche Teilhabe muss gestärkt werden, damit Menschen erleben, dass ihre Meinung zählt und sie ihr Umfeld mitgestalten können. Eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt ist zu fördern und zugleich muss allen Formen der Diskriminierung und des Rassismus eine klare Absage erteilt werden.

Die Umsetzung – Botschafter*innen des Kennen.Lernens.

Interessierte und engagierte Menschen, Projekte, Gemeinden und Einrichtungen werden als Botschafter*innen gesucht. Über eine Onlineplattform, eine App sowie Ideenbörsen und Gipfeltreffen werden die Botschafter*innen vernetzt und unterstützt. Wir wollen Beispiele guter Praxis und gelungene Initiativen



Am 17. Juni 2017 rief die Diakonie mit der Initiative »Offene Gesellschaft« dazu auf, ein Zeichen für Demokratie und friedliches Miteinander zu setzen. Deutschlandweit beteiligten sich Menschen mit insgesamt 455 öffentlichen Tafeln. Foto: Stephan Röger, ©Diakonie

des Kennen.Lernens. hervorheben und zu eigenen Aktivitäten anregen. Dazu wollen wir auch prominente Unterstützer*innen aus Kultur, Sport und dem gesellschaftlichen Leben gewinnen, die sich für Vielfalt einsetzen und Initiativen mit Kurz-Spots, Statements und Fotos unterstützen.

Die Initiative lädt vor Ort gemeinsam mit den evangelischen Kirchen zur Beteiligung ein. Begleitet wird das Schwerpunktthema im Laufe der drei Jahre durch thematische Materialien, Positionierungen und Publikationen, die Perspektiven und Handlungsstrategien zum kulturellen, religiösen und sozialen Miteinander entwickeln und Impulse in Kirche, Politik und Gesellschaft geben. „Kennen. Lernen. Eine Ini-

tiative für Vielfalt und Begegnung« entfaltet ihren Facettenreichtum über die Laufzeit der drei Jahre. Ein Einstieg und eine Beteiligung sind jederzeit möglich!

Die Interkulturelle Woche steht für eine lange Tradition der Begegnung auf Augenhöhe und ist deshalb gut geeignet, die beschriebenen Möglichkeiten der Initiative aufzugreifen. Wir möchten Veranstaltende der Interkulturellen Woche dazu einladen, als Botschafter*innen des Kennen.Lernens. ihre Aktivitäten zu präsentieren und sich umgekehrt den Ideenreichtum der Anderen für Veranstaltungen vor Ort zunutze zu machen. ◀◀

ES GEHT UM DAS #ZUHÖREN

Die UNERHÖRT!-Kampagne der Diakonie diskutiert die Frage sozialer Teilhabe

»UNERHÖRT! Diese Obdachlosen«, »UNERHÖRT! Diese Flüchtlinge« – mit pointierten Headlines wie diesen wirbt die Diakonie aktuell und in den kommenden drei Jahren auf sattviolettten Plakaten in ganz Deutschland. Auf den puristischen Werbetafeln sind neben diesem Slogan nur die Webadresse www.unerhoert.de sowie der Hashtag #zuhören aufgedruckt, die zur direkten Information und Beteiligung aufrufen.

Der Doppelsinn der UNERHÖRT!-Headline ist gewollt. Einerseits wird klar, dass sich diese Kampagne den »Unerhörten« der Gesellschaft zuwendet, andererseits wird die Skandalisierungswut der heutigen Mediengesellschaft bewusst persifliert. Das Ziel ist, die Betrachtenden mit diesen provozierenden Claims in einen Dialog zu bringen.

Denn es geht bei der Unerhört-Aktion um viel mehr als um Eigenwerbung für die Diakonie und deren Kernauftrag, sich den Hilfebedürftigen unserer Gesellschaft zu widmen. Es geht ums Zuhören und um den Diskurs, darum, für jene die Stimme zu erheben, die in unserer

Zeit eben kein Gehör finden. Das werden im Verlauf der Kampagne noch weitere Gruppen sein als nur Wohnungslose und Flüchtlinge, zu deren Anwältin sich die Diakonie ganz bewusst erklärt, um Ursachen von sozialer Not gegenüber Politik und Öffentlichkeit ins Bewusstsein zu rücken. Unerhört sind beispielsweise auch die Hartz-IV-Empfänger*innen, die Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Handicap, die Alleinerziehenden, kranke und alte Personen und leider viele andere mehr!

Es geht um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben – und wie wir heute und künftig miteinander umgehen wollen. Das Thema so-

zialer Teilhabe steht hier im Zentrum, es ist vielleicht das zentrale verkannte Thema unserer Zeit und lässt sich nicht einfach beiseiteschieben. Wer es ignoriert, macht die Populisten stark, die es mit Sündenbock-Projektionen, vermeintlich einfachsten Lösungen und finsternen Tiraden für sich besetzen – und das nicht nur im Internet.

Die Diakonie möchte mit dieser Kampagne einladen, diese Art Lautstärke zurückzudrehen und sachlich über Probleme zu diskutieren, die so groß geworden sind, dass sie sich nicht mehr länger aufschieben lassen. Und das soll nicht nur im Internet geschehen, sondern

ebenfalls über eine bundesweite Veranstaltungsreihe, die UNERHÖRT!-Foren.

Dabei soll insbesondere über die Frage des Gelingens einer offenen und vielfältigen Gesellschaft gesprochen werden und darüber, von welchen Seiten her besondere Herausforderungen zu erwarten sind. Dazu zählen Globalisierung, Krisen, Klimawandel, Flucht, Vertreibung und natürlich die Digitalisierung, die die Arbeitswelt vor grundlegende Veränderungen stellen wird. All dies fördert einen zunehmend härter werdenden Existenzkampf, der mit schwindender sozialer Absicherung und Abstiegsängsten einhergeht.

Weitere Informationen und Kontakt unter: www.unerhoert.de

Diese großen Umwälzungen haben ein erhebliches Potential, Menschen in »unerhörte« Lebenssituationen zu stoßen. Einige der Betroffenen und ihre berührenden Schilderungen können Sie auf www.unerhoert.de anschauen oder als Audio-Beitrag erleben. Wer hier mit Offenheit zuhört, der kommt um die verstörende Erkenntnis nicht umhin, wie viel unerhörte Ausgrenzung in dieser Gesellschaft alltäglich geworden ist.

BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ – GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT (BFDT)

Sie sind zivilgesellschaftlich-ehrenamtlich engagiert in den Themenfeldern Demokratie- und Toleranzförderung, Integration, Gewaltprävention, gegen Extremismus oder Antisemitismus? Dann sind Sie hier richtig! Seit inzwischen 17 Jahren schreibt das BfDT jährlich Anfang Juni auf seiner Homepage www.bfdt.de den Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz«, aus: Wir suchen vorbildliche und nachahmbare Projekte. Die Ehrung ist mit bis zu 5.000 Euro dotiert. Sie soll besonders kleine Initiativen unterstützen und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen. Sie soll weitere Menschen motivieren, sich selbst zu engagieren. Mit den Initiativen, Vereinen oder Einzelpersonen, die sich im Laufe der Jahre beworben haben, hat das BfDT eine »Schatzkiste« gefüllt, die auch für Sie zur Verfügung steht: Unter der Rubrik »Aktiv werden« findet sich eine Vielzahl von Preisträger-Projekten, die Ihnen zur Vernetzung, Inspiration oder Nachahmung dienen können. Um die Suche zu vereinfachen, findet sich direkt auf unserer Startseite der »Eingang« zur BfDT-Initiativen-Datenbank.

Das BfDT setzt sich dafür ein, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und die Zivilgesellschaft zu fördern, um möglichst viele zum Einsatz für unsere Demokratie zu ermutigen und anzuregen. Gegründet wurde es nach mehreren fremdenfeindlichen Übergriffen in Deutschland am 23. Mai 2000, dem Tag des Grundgesetzes, von den Bundesministerien des Innern und der Justiz, um Verbänden, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen einen bundesweiten Ansprechpartner und Impulsgeber zur Seite zu stellen. Die Geschäftsstelle des BfDT ist seit 2011 Teil der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Koordination und Vernetzung von Initiativen und Verbänden, die sich lokal und auch überregional für Zivilcourage und Demokratieförderung engagieren, ist eine Hauptaufgabe des BfDT. Außerdem fungiert es als Ansprechpartner für Projekte und Initiativen, wenn es um Beratung, die Vermittlung von Expert/-innen oder inhaltliche Unterstützung geht. Als aktiver Impulsgeber entwickelt es mit unterschiedlichen Akteuren eigene Angebote und Formate, die praxisorientierte Lösungsansätze vermitteln, weiterentwickeln und öffentlich machen. So organisiert das BfDT bundesweite Fachveranstaltungen, in denen sich ehrenamtlich Engagierte austauschen können.

Jungen Engagierten zwischen 16 und 20 Jahren macht das BfDT ebenfalls jedes Jahr mit dem BfDT-Jugendkongress ein attraktives Angebot zur Vernetzung, Qualifizierung und zur gegenseitigen Inspiration. Informationen hierzu gibt es unter www.jugendkongress-berlin.de. Der Jugendkongress wird seit mehreren Jahren aktiv durch das Peernetzwerk »JETZT – jung, engagiert, vernetzt« (www.peernetzwerk-jetzt.de) unterstützt. Und schließlich können Sie auch über unser Serviceportal »Demokratie vor Ort« (www.demokratie-vor-ort.de) konkrete Partizipationsmöglichkeiten bei regionalen Initiativen und Projekten finden.



An dieser Stelle stellen wir Ihnen acht Preisträgerprojekte des Aktiv-Wettbewerbs als Beispiele guter Praxis genauer vor.

Weitere Informationen über das Bündnis für Demokratie und Toleranz finden Sie im Internet unter: www.buendnis-toleranz.de

Kontakt:
Bündnis für Demokratie und Toleranz
Friedrichstraße 50, 10117 Berlin
buendnis@bpb.de

SPORTKREIS FRANKFURT E.V.: FRANKFURTER BOLZPLATZLIGA F43 FRANKFURT AM MAIN, HESSEN

Die »Frankfurter Bolzplatzliga F 43+« des Sportkreis Frankfurt e.V. bietet seit 2013 eine selbstorganisierte Liga mit Spielern/-innen gemischten Alters aus 43 Frankfurter Stadtteilen = 43 Teams an. Hier spielen ehemalige Bundesligafußballer, die auf Bolzplätzen angefangen haben, ebenso wie Kinder und Jugendliche, die den Fußball lieben, aber nur ihren eigenen Stadtteil kennen – und oft genug wenig Ausdauer haben. Hier setzt die Liga an: Sie verlangt Kontinuität, da die Saison von April bis Oktober andauert und neben den Spieltagen wöchentliche Trainings anstehen. Sie unterstützt Selbstorganisation und fördert Selbstbewusstsein und Teamgeist: Die jugendlichen »Schiris« entwickeln im Liga-Rat die Regeln und organisieren den Spielbetrieb. In vier Altersgruppen werden die Meister ermittelt, aber auch die Fair-Play-Sieger und die besten Gastgeber. An den Ligaspielen nehmen auch Mädchen in gemischten Teams, Jugendliche mit Handicaps und Geflüchtete teil. Die Spiele werden auf über 100 unterschiedlichen Bolzplätzen ausgetragen.



© Sportkreis Frankfurt e.V.

INITIATIVE »AUCH WIR SIND SINDORF«: FÖRDERUNG UND ERHALT VON GELEBTER INTEGRATION KERPEN, NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Initiative »Auch WIR sind Sindorf« setzt sich seit Juli 2016 für gelebte Integration in Kerpen (NRW) ein: 2016 sollte der einzige Spielplatz mit 6.700 qm Grundfläche für ca. 1.000 Kinder und Jugendliche in einem Viertel, das bereits seit 2010 als »sozialer Brennpunkt« gilt, komplett mit einer Unterkunft für Geflüchtete überbaut werden. Der Spielplatz ist ein Ort an dem seit Jahren Integration gelebt und gepflegt wird. Mit dem Umbau wäre dies in dieser Form nicht mehr möglich gewesen. Das hatte die Anwohnerinitiative »Auch wir sind Sindorf« – ein Zusammenschluss von Nachbarn/-innen, Anwohnern/-innen, Eigentümern/-innen und Freunden/-innen – kritisiert und eine Abänderung der Pläne erreicht. Die Unterkunft für Geflüchtete soll nun auf einem Gelände in der Nähe entstehen, das bislang noch als Parkplatz genutzt wird. Zudem hat die Stadt zugesichert, dass in den Häusern vor allem Flüchtlingsfamilien untergebracht werden sollen. Der Spielplatz wurde daraufhin »Platz der Integration« getauft und im April 2017 fand dort bereits das erste Kerpener Integrationsfest statt.



© Stefan Ink

AWO UNTERBEZIRK DORTMUND: DJELEM DJELEM ROMA KULTURFESTIVAL DORTMUND, NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Projekt »Djelem Djelem« des AWO Unterbezirks Dortmund ist ein Roma-Kulturfestival, das in Reaktion auf den negativen öffentlich-medialen Diskurs der Zuwanderung aus Südosteuropa, insbesondere der Zuwanderung der ethnischen Minderheit der Roma, entstand. Es fand im Jahr 2017 zum vierten Mal statt. Zum Programm des mehrtägigen Festivals gehören Lesungen, Filmvorführungen, Theater, Konzerte, ein Familienfest sowie Tagungen und Fortbildungen. Für die Planung des Festivals hat die AWO mit 54 Trägern aus der Sozial- und Kulturarbeit kooperiert. Mit dem Festival soll zu einer positiven öffentlichen Wahrnehmung der Bevölkerungsgruppe der Roma beigetragen werden, indem auf kulturell und historisch interessante Aspekte aufmerksam gemacht wird und die Roma-Community nicht nur im Kontext einer »Armutszuwanderung« thematisiert wird. Allein in Dortmund leben etwa 7.000 Roma.



© AWO Integrationsagentur UB Dortmund

BERUFSBILDUNGSZENTRUM MERZIG: BUDDY-Projekt MERZIG, SAARLAND

Das außerunterrichtliche »Buddy-Projekt« des Berufsbildungszentrums Merzig existiert seit Beginn des Schuljahres 2014/15 und hat die Eröffnung einer ersten Klasse mit geflüchteten Jugendlichen begleitet, um sie dabei zu unterstützen, neben dem Erwerb der deutschen Sprache auch Kontakt zu Jugendlichen vor Ort zu knüpfen und die Region mit ihrer Kultur und ihren Besonderheiten kennenzulernen. Über das Projekt wurden Patenschaften zwischen einheimischen und immigrierten Schüler/-innen vermittelt, die sich regelmäßig zu z.B. Wanderungen, Spiele-Nachmittagen, zum Backen, dem städtischen Fastnachtzug oder dem gemeinsamen Chor trafen. Parallel dazu entstanden »Toleranz-Wochen« der Schule: Daraus ist u. a. ein Video entstanden, das am »Toleranztag« der gesamten Schülerschaft sowie geladenen Gästen präsentiert wurde. Zudem ist ein klassenübergreifendes Schulungsprogramm zur Förderung der interkulturellen Bildung und Integration in Planung. Zurzeit engagieren sich 25 Schüler/-innen im Buddy-Projekt.



© Sonja Al-Samarajie

EIN DORF – EIN TEAM E.V.: »SCHUHE SCHNÜRN – INTEGRIERN« EHRA-LESSIEN, NIEDERSACHSEN

In der kleinen Gemeinde Ehra-Lessien (Ehra ca. 1.200, Lessien ca. 480 Einwohner/-innen) leben in einer Wohnanlage ca. 90 Personen, überwiegend allein reisende junge Männer aus Subsahara-Afrika im Alter von 18-28 Jahren und 30 dezentral untergebrachte Geflüchtete. Versorgt sein und Deutsch lernen reicht allein nicht aus. Ängste und Vorbehalte gegenüber den anders aussehenden Menschen wurden in der Dorfgemeinschaft mit der Zeit größer und der soziale Frieden geriet ins Wanken. Mit der Initiative »Schuhe schnürn – integrieren« des Ein Dorf – ein Team e.V. kommen die Menschen seit Mai 2015 über den Fußballsport schnell in Kontakt, um Ängste und Vorurteile abzubauen. Über den Fußball hinaus kümmern sich die Sportler/-innen um Ausbildungs- und Praktikumsplätze. Über das Projekt hat sich ein beständiger Fußball-Kader entwickelt, der von der Gemeinde unterstützt wird.



© Ein Dorf – ein Team e.V.

COSWIG – ORT DER VIELFALT E.V.: COSWIG – EINE VIELFÄLTIGE STADT IN SACHSEN COSWIG, SACHSEN

Der Coswig– Ort der Vielfalt e.V. kümmert sich mit dem Projekt »Coswig – eine vielfältige Stadt in Sachsen« um die ankommenden Geflüchteten. So wurden 2016 drei und 2017 zwei Benefizkonzerte mit über 1.500 Besucher/-innen durchgeführt. Neben zehn laufenden Sprachkursen gab es viele Veranstaltungen, Feste, Weiterbildungen, Ausflüge und einfache Tagesangebote. Bei allen Projekten werden die Geflüchteten mit einbezogen. So helfen sie in der Fahrradwerkstatt und führen Reparaturen selbst durch. Bei den Festen und Feiern haben sie sich mit dem Kochen von internationalen Speisen und musikalischen Beiträgen eingebracht. Im Jahr 2017 wurde eine deutsch-internationale Kochschule durchgeführt. Darüber hinaus gibt es eine Lesereihe und ein Fest der Vielfalt mit Spielen aus aller Welt. 200 Ehrenamtliche, also ca. ein Prozent der Coswiger Einwohner/-innen, beteiligten sich bislang im Verein und es werden ca. 220 Geflüchtete betreut.



© Coswig – Ort der Vielfalt e.V.; Foto: Marco Peintka

INTERESSENGEMEINSCHAFT KÄFERTALER VEREINE E.V. UND DER »WHO.AM.I CREATIVE ACADEMY«: RAPFUGEECAMP/YOUNITY FAMILY MANNHEIM, BADEN-WÜRTTEMBERG

RapfugeeCamp/Younity Family« ist ein Projekt des Interessengemeinschaft Käfertaler Vereine e.V. und der »Who.am.I Creative Academy«. Seit März 2015 beschäftigen sich junge Geflüchtete und Jugendliche aus Mannheim mit Sprache und Musik. Gemeinsam entwickeln und präsentieren sie Texte zu ihrem Leben, Krieg, Flucht, Intoleranz, Angst vor dem Fremden, aber auch zu das gegenseitige Kennenlernen, über Respekt füreinander und die Suche nach einer gemeinsamen Zukunft. Das Projekt soll den Geflüchteten wie einheimischen Jugendlichen helfen, neues Selbstbewusstsein zu entwickeln und soziale Kontakte in einer gesicherten Umgebung zu knüpfen. Bisher nahmen insgesamt mehr als 300 Jugendliche teil. Seit 2015 finden jährlich ein Younity-Begegnungsfest im Sommer und ein Younity-Konzert mit allen Gruppen im Dezember statt. Im Jahr 2016 wurde zudem ein Musikalbum veröffentlicht.



© Käfertaler Vereine e.V.;
Who.am.I Creative Academy

AKTION ZIVILCOURAGE E.V.: FACE2FACE – DIE GLÄSERNE STADT PIRNA, SACHSEN

Über das Projekt »Face2Face – die gläserne Stadt« des Aktion Zivilcourage e.V. Pirna wird jungen Geflüchteten die Möglichkeit gegeben, Kontakte zu gleichaltrigen Jugendlichen aus der Region der sächsischen Schweiz zu knüpfen. »Face2Face« hat zum Ziel, jungen Geflüchteten und jungen Menschen aus der Region Pirna/Heidenau eine Plattform zu bieten, um sich kennenzulernen und Vorurteile abzubauen. Das Projekt bietet bisher zweimal jährlich Veranstaltungen an mit Challenges, gemeinsamem Kochen und Workshops. »Face2Face« fand seit April 2016 bisher vier Mal statt und wird selbstständig von Jugendlichen organisiert. Aktuell sind ca. 15 deutsche und geflüchtete Jugendliche im ehrenamtlichen Leitungsteam, das Flyer gestaltet, Videotrailer dreht und die Projekthomepage betreut. Über die sozialen Netzwerke wird das Projekt beworben und werden gleichaltrige Mitschüler/-innen und Freunde/-innen eingeladen.



© Aktion Zivilcourage e.V.

AKTIONEN UND MATERIALIEN

ENGAGEMENT GEGEN HASS IM NETZ: NO HATE SPEECH MOVEMENT:

© Neue Deutsche Medienmacher



Hass und Hetze sind aus den Kommentarspalten in den sozialen Medien nicht mehr wegzudenken, hinzu kommt die virale Brandstiftung extremer Gruppen, die das zunehmend angespannte Klima

für sich und ihre Propaganda nutzen. Der Hass im Netz stellt unsere Gesellschaft vor eine Herausforderung, sehen wir doch wie Diskussionsregeln sowie die Grenzen des sozialen Anstands, sogar die Menschenrechte, tagtäglich verletzt werden. Dabei ist nicht nur das Verkommen der Kommentarspalten besorgniserregend, vielmehr ist es die Untätigkeit der Mehrheit: Diese nimmt Hass und Menschenfeindlichkeit in den sozialen Medien zumeist kommentarlos hin.

Hier setzt das No Hate Speech Movement an. Die Initiative, die 2012 vom Europarat initiiert wurde und seit 2016 vom Neue deutsche Medienmacher e.V. in Deutschland koordiniert wird, setzt vor allem auf das Empowerment der Menschen, die von Hassreden betroffen sind oder aktiv werden wollen. Genau dies scheint auch nötig, denn viele Menschen wollen sich zwar gegen den Hass engagieren, fühlen sich aber alleine gelassen – und, fälschlicherweise, in der Minderheit, schrei(b)en doch die Hater*innen viel lauter. Es braucht digitale Zivilcourage, denn wir – die Zivilgesellschaft – müssen das Internet als öffentlichen Raum verteidigen, uns in den sozialen Medien für Demokratie und Menschenrechte stark machen. Und: Wir müssen endlich aufhören darüber zu sprechen, wie wir aktiv werden können – sondern tatsächlich aktiv werden und gegenreden.

Gegen Hate Speech aktiv werden kann man schon im Rahmen der Interkulturellen Woche: Über das No Hate Speech Movement kann man Referent*innen für Podiumsdiskussionen und Workshops anfragen, um das Thema Hass im Netz und Menschenfeindlichkeit online einzubinden. Sollte Ihr Programm schon stehen, Sie wollen aber trotzdem auf die Kampagne gegen Hassreden online aufmerksam machen, ist das auch kein Problem: Gerne schicken wir Ihnen Kampagnenmaterialien zu, darunter u.a. auch ein Handbuch mit Workshop-Vorschlägen.

Ihre Ansprechpartnerin ist Sina Laubenstein:

laubenstein@no-hate-speech.de

Mehr Infos: www.no-hate-speech.de

AUSSTELLUNG: »MENSCHENRECHTE. MEINE RECHTE. DEINE RECHTE. AUSGELÖST!«

Zum dritten Mal schrieb das Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V. (NMRZ) 2017 den Fotowettbewerb »Menschenrechte. Meine Rechte. Deine Rechte. Ausgelöst!« aus. Anlass war diesmal die Überprüfung Deutschlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Die Aufgabe bestand darin, einen Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in zwei bis vier Fotografien zu interpretieren.

Bei über 200 Einsendungen und 650 Bildern vergab eine hochkarätige Jury fünf Preise und einen Sonderpreis. Aus den eindrucksvollsten Bildern wurde eine Ausstellung erstellt, die am 15. April 2018 in der KREIS Galerie Nürnberg eröffnet und zur gleichen Zeit auch im



© Andreas Reieg

Lichthof des Auswärtigen Artikel 1: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit
Amts in Berlin zu sehen sein wird. Die insgesamt 70 Bilder werden anschließend als Wanderausstellung zur Verfügung gestellt.

Die Ausstellung ist eingebettet in die Menschenrechtsbildung des NMRZ und kann in Gemeinden, Bildungseinrichtungen, Schulen oder Galerien gezeigt werden.

Weitere Informationen:

www.fotowettbewerb.menschenrechte.org/ausstellung.html

Kontakt: Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.,

Tel.: 0911 - 230 55 50, E-Mail: buero@menschenrechte.org

DOKUMENTARFILM: **ELDORADO**

»Das einzige, was uns am Ende bleibt, sind Erinnerungen, die auf Liebe basieren.«



Es ist eine solche Erinnerung, die den preisgekrönten Regisseur Markus Imhoof sein Leben lang begleitet hat: Es ist Winter, die Schweiz ist das neutrale Land inmitten des Zweiten Weltkriegs und Markus Imhoofs Mutter wählt am Güterbahnhof ein italienisches Flüchtlingskind aus, um es aufzupäppeln. Das Mädchen heißt Giovanna – und verändert den Blick, mit dem der kleine Markus die Welt sieht.

70 Jahre später kommen wieder Fremde nach Europa. Markus Imhoof hat Giovanna nie vergessen, hat ihre Spuren verfolgt und in ihrem Land gelebt. Nun geht er an Bord eines Schiffes der italienischen Marine, es ist die Operation »Mare Nostrum«, in deren Verlauf mehr als 100.000 Menschen aus dem Mittelmeer gezogen werden. Mit den Augen des Kindes, das er damals war, spürt er den Fragen nach, die ihn seit jeher umtreiben.

Markus Imhoof erzählt nach seinem Erfolgsfilm MORE THAN HONEY erneut eine sehr persönliche Geschichte, um ein globales Phänomen erfahrbar zu machen. Seine Fragen nach Menschlichkeit und gesellschaftlicher Verantwortung in der heutigen Welt führen ihn zurück zu den Erlebnissen seiner Kindheit und seiner ersten Liebe.

Weitere Informationen:

www.eldoradoderfilm.de

Kontakt:

carmen.oberhofer@majestic.de

WANDERAUSSTELLUNG: **GESICHT EINER FLUCHT**

Häufig heißt es in den Medien oder in Gesprächen »DIE« Flüchtlinge; fremd, anonym und negativ. »Schau mich an – Gesicht einer Flucht« lädt dazu ein, genauer hinzuschauen. Wer sind die Flüchtlinge, die bei uns Schutz suchen? Was hat sie in die Flucht getrieben? Wie geht »Fliehen« überhaupt? Und schließlich: Wie erleben sie ihre Ankunft in Deutschland? Deutsche Teilnehmende, die seit der Zeit des Zweiten Weltkriegs fliehen mussten oder vertrieben wurden, lenken den Blick auf die eigene Geschichte.

Die Portraits und kurzen Texte auf den Roll-Ups laden dazu ein, näherzutreten und Schicksale kennenzulernen. Schicksale, die berühren und die unsere Augen für das Trauma von Krieg, Terror und Flucht öffnen: Schau, ein Mensch.

Die Ausstellung besteht aus 20 Roll-Ups (19 Portrait- und 1 Infobanner) für den Innenbereich. Sie lassen sich in Taschen transportieren und sind flexibel aufzustellen. Ausgezogen haben sie jeweils eine Größe von 0,85 x 2,00 m.

Begleitend zur Ausstellung erhalten Sie 20-teilige Postkartensets. Die Portraitierten sind darauf jeweils mit ihrem Foto, einem kurzen Zitat und einem kleinen Auszug aus ihrer Fluchtgeschichte zu sehen. Diese Sets dienen als Ausstellungskatalog und lassen sich gut als Diskussionsanlass einsetzen. Sie können den Besuchern der Ausstellung gegen eine Spende angeboten werden.



Gerne können Sie die Ausstellung um eigenes Material ergänzen, z.B. Portraits von Menschen aus Ihrer Stadt aufhängen oder Gegenstände aufstellen, die man mit Flucht assoziieren könnte (z.B. ein Schlauchboot oder einen Koffer).

Ein Handbuch mit Tipps zur Organisation einer Ausstellung und Anregungen für ein attraktives Rahmenprogramm ist auf der Homepage im Menü »Ausstellung« hinterlegt. Nachahmer finden unter »Portraits selber machen« einen Leitfaden für die Erstellung eigener Portraits.

Weitere Infos: gesicht-einer-flucht.de

Kontakt: gesicht-einer-flucht@gmx.de

BUCH: **EMPÖRUNG REICHT NICHT**

Hat unser Sicherheitsapparat die lückenlose Aufklärung der NSU-Mordserie verhindert? Trägt auch der Verfassungsschutz Verantwortung für die Verbrechen der Neonazis? Und haben Polizeibehörden jahrelang in eine falsche Richtung ermittelt, weil ihr Denken zum Teil rassistisch durchsetzt ist? Diese und andere Fragen thematisiert Mehmet Daimagüler, Opferanwalt der Nebenklage, in seinem Plädoyer zum NSU-Prozess. Im NSU-Verfahren vertrat er die Geschwister von Abdurrahim Özüdogru, der 2001 ermordet wurde, und die Tochter von Ismail Yasar, den der NSU 2005 erschossen hatte. Mit seinem Buch appelliert Daimagüler an uns alle, unsere Demokratie nicht für selbstverständlich zu nehmen, sondern sie gegen Hass und Extremismus zu verteidigen. Mehmet Daimagüler setzt sich unermüdlich für die Aufklärung der Morde ein. Regelmäßig spricht er in Schulen, Universitäten, Polizeiakademien und vor Vereinen und wirbt dafür, dass ein Staatsversagen wie im Falle des NSU sich nicht wiederholt.

Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Empörung reicht nicht.

BASTEI LÜBBE, ISBN: 978-3-7857-2610-5

Kontakt: contact@daimaguler.com



FILM: NEBEN DEN GLEISEN

Aus der Bewertung der ökumenischen Film Scouts Hannah, Henriette, Maurice und Susi auf dem Dokumentarfilmfestival DOK Leipzig: »Unsere Wahl fiel auf NEBEN DEN GLEISEN, der uns ein Weltgeschehen näherbringt, von dem viele nicht wussten, dass es existiert. Ein Milieu aus Bier, Fußball und Frust trifft auf besorgte Flüchtlinge. Der Kiosk an einem Bahnhof, in einer norddeutschen Kleinstadt, ist der zentrale Schauplatz des Filmes. Dort trifft man auf verängstigte und besorgte Deutsche, die morgens um 5 Uhr ihr Feierabendbier trinken. »Mutter Merkel hat gesagt kommt alle rein«. Mit dieser Unwissenheit und Wut meistern sie ihren Alltag, in einer verarmten Gesellschaft. Jedoch findet man auch an diesem Ort Mitgefühl, Verständnis und Hilfsbereitschaft.

NEBEN DEN GLEISEN ist ein humorvoller Film, der zum Nachdenken anregt. Der Dokumentarfilm verdeutlicht die aktuelle Politik, die Jung und Alt beschäftigt.



Der Blick von Filmemacher Dieter Schumann auf das Kleine im Großen ist nie herablassend und häufig humorvoll. Der Zuschauer spürt, dass er ein Herz für diejenigen hat, die er sprechen lässt – so absurd und ungeheuerlich manche Aussagen auch sein mögen. Er bringt uns die Menschen näher, um die es durch Trump und AfD sonst nur in Schlagzeilen geht: Die Vergessenen, den sogenannten »kleinen Mann«, die Abgehängten der Globalisierung. NEBEN DEN GLEISEN ist ein aktueller, schonungsloser Film, der durch seine Ehrlichkeit berührt – mehr als jedes Politikerstatement oder die unzähligen Talkshows zu diesem Thema.

Der Regisseur, Dieter Schumann, kann für Filmgespräche im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Weitere Infos: www.neben-den-gleisen-film.de

Verleih: deutschfilm

Kontakt: Marc Klocker, m.klocker@deutschfilm.de

BUCH: NACH DER FLUCHT

Über Flucht und ihre Folgen ist mittlerweile viel geforscht und geschrieben worden. Eine der Publikationen aus jüngster Zeit ist ein nur schmales Buch, aber eines mit gewichtigem Inhalt. Darin hat Ilja Trojanow Biographisches und Beobachtetes, Gedachtes und Empfundenes zusammengetragen. Der in Bulgarien geborene 53-Jährige weiß allzu gut um das Thema Flucht und Migration. Acht Jahre alt war er, als seine Eltern mit ihm aus Bulgarien flüchteten – über Jugoslawien und Italien nach Deutschland, wo die Familie politisches Asyl erhielt. »Es gibt ein Leben nach der Flucht. Doch die Flucht wirkt fort, ein Leben lang. Unabhängig von den jeweiligen individuellen Prägungen, von Schuld, Bewusstsein, Absicht, Sehnsucht«, bilanziert Trojanow, der noch immer auf Bulgarisch träumt. Ein anderes Fazit von ihm lautet: »Nichts an der Flucht ist flüchtig. Sie stülpt sich über das Leben und gibt es nie wieder frei.« Wer sich auf die Lektüre des knapp 130 Seiten umfassenden Buchs einlässt, dem ermöglicht der Autor eine wesentliche Erkenntnis: Migration ist ein lebenslanges Trauma – unabhängig davon, ob sie freiwillig oder zwangsweise erfolgte.

Der Autor kann für Veranstaltungen angefragt werden.

Nach der Flucht, S. Fischer Verlag, ISBN: 978-3-10-397296-2

Kontakt über www.trojanow.de oder kontakt@fischerverlage.de



BUCH: SCHWARZBUCH MIGRATION. DIE DUNKLE SEITE UNSERER FLÜCHTLINGSPOLITIK.



Wer die politischen Debatten in Deutschland verfolgt, der muss den Eindruck bekommen, als sei die deutsche Flüchtlingspolitik nach wie vor von der Willkommenskultur des Jahres 2015 geprägt. Doch anders als Parteien wie die AfD behaupten, war die damalige Offenheit eine historische Ausnahme. Davor und danach versuchte Deutschland sich abzuschotten – auf Kosten der Flüchtlinge und der südeuropäischen Länder.

Karl-Heinz Meier-Braun erinnert an die lange Geschichte der Ausländerdebatten in der Bundesrepublik und zeigt, dass Deutschland schon lange ein Einwanderungsland ist, auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen. Damals wie heute versucht die deutsche Politik mit aller Macht, die Wege von Flüchtlingen zu versperren. Dabei nimmt sie vieles in Kauf: schmutzige Deals mit fragwürdigen Regimen und brutalen Milizen, immer mehr tote Flüchtlinge im Mittelmeer und in der Sahara, eine Ausrüstung an den Außengrenzen der EU, menschenunwürdige Zustände in den überfüllten Auffanglagern in Italien und Griechenland, Abschiebungen in Krisenländer sowie eine fortschreitende Aushöhlung des Asylrechts in Deutschland. Eine Reise auf die dunkle Seite unserer Flüchtlingspolitik, die zeigt, wie sehr diese von Doppelmoral geprägt ist.

Der Autor kann für Lesungen und Diskussionen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Kontakt: info@meier-braun.de

Schwarzbuch Migration.
Die dunkle Seite unserer Flüchtlingspolitik.
C.H. Beck Verlag
ISBN: 978-3-406-72110-6

FILM: DIE MIGRANTIGEN



Benny und Marko sind beste Freunde und waschechte Hipster. Benny ist Schauspieler und entnervt, dass er dank sogenanntem Migrationshintergrund beim Vorsprechen nur bis zum arabischen Taxifahrer kommt, egal wie akzentfrei sein Leben verläuft.

Marko arbeitet in der Werbung, die Auftragslage ist mau, der Inkassoservice wartet schon. Um seinen alten Vater, der in seiner zugemüllten Wohnung im Rollstuhl sitzt, kümmert sich Benny öfter als Marko selbst. Marko isst

vegetarisch, trägt Glatze, Bart und Pullis in Testbildfarben, seine Freundin Sophie ist schwanger. 1.200 Euro für einen Kinderwagen erscheinen ihm viel, sein Fahrrad war ihm das Dreifache wert.

Der Zufall führt diese beiden Helden vor die Kamera von TV-Redakteurin Marlene Weizenhuber, die gerade auf der Suche nach einer Story den Bezirk Rudolfsgrund durchforstet. Wo ist der Culture-Clash? Wo sind die Härtefälle? Wo brennt es im sozialen Gefüge? Aus Neugier und Jux vollziehen Benny und Marko vor laufender Kamera eine wunderbare Wandlung zu Omar Sharif und Tito, zwei Kleinkriminellen, die mit allen Wassern gewaschen sind. Und während die beiden durch die Erfüllung dieser Erwartungen und Vorurteile die Serie zum Erfolg machen, setzen sie sich gleichzeitig zum ersten Mal mit Integrationsgeschichten und -schicksalen auseinander – auch mit ihren eigenen ... eine politisch unkorrekte Komödie über moderne Klischees, falsche Identitäten und »rechte« Ausländer*innen – falls es die überhaupt gibt!

Verleih: Camino Filmverleih GmbH

Kontakt: info@camino-film.com

Weitere Infos: www.diemigrantigen.de

Wenn Sie planen, einen der hier vorgestellten Filme im Rahmen der Interkulturellen Woche öffentlich vorzuführen, nehmen sie bitte vorab Kontakt mit der Verleihfirma auf.

KAMPAGNE: VOM IHR ZUM WIR



© House of Rights

»Vom Ihr Zum Wir« (VIZW) soll Jugendliche aus sozial benachteiligten Stadtteilen zur aktiven Teilhabe an Demokratieprozessen begeistern. Im Projekt erarbeiten Jugendliche, in welcher Art und Weise sich Normen und Werte in unserer Gesellschaft verändern und wie sie für politische Inhalte und politisches Engagement sensibilisiert werden. Inspiriert von den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes sind die 19 Demokratischen Spielregeln und das »House Of Rights«, ein fahrbares, drei Quadratmeter großes Haus, das die kreative Interpretation dieser Grundrechte transportiert, entstanden.

Teil von VIZW ist auch die House Of Rights – Academy (HOORAY). HOORAY ist einwöchiges Programm, bei dem junge Menschen zwischen 13 und 18 Jahren, die sich beruflich noch nicht festgelegt haben und ihren Platz in der Gesellschaft suchen, teilnehmen können. In der HOORAY setzen sich die Teilnehmer*innen mit Rassismus und der Bedeutung der Grundrechte auseinander. Sie lernen, ihre beruflichen Perspektiven zu identifizieren. Ergänzt wird dieses Angebot durch die VIZW-Broschüre, die Visitenkarte unseres Modellprojektes.

Geplant sind Webinare und regelmäßige Treffen zu den Themen Beruf, Empowerment und demokratische Bildung.

Die House-of-Rights-Wanderausstellung zu Grundrechten und Antidiskriminierung zieht, abhängig von Kapazitäten und Ressourcen, bundesweit von Ort zu Ort und leistet lokal Aufklärungs- und Präventionsarbeit.

Ziel ist weiterhin, dass sich mehr Multiplikator*innen und Institutionen beteiligen. Wir wünschen uns, dass unsere Ansätze und Anleitungen von anderen benutzt werden. Neugierig geworden? Dann lassen Sie uns gemeinsam überlegen, ob Ihre Interkulturelle Woche ein Ort sein kann, Elemente des VIZW ein- und umzusetzen. Auch der Tag des Flüchtlings kann einen guten Rahmen dafür bieten. Kontaktieren Sie uns gerne für eine mögliche Kooperation!

Das Projekt »Vom Ihr Zum Wir« wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms »Demokratie Leben!«, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Stiftung Mercator gefördert.

Kontakt: Elena Kalogeropoulos (Projektleitung)

elena.kalogeropoulos@deutsch-plus.de

WAS • WANN • WO?

MEHR INFOS ZUR INTERKULTURELLEN WOCHEN

Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche (IKW) auf der Homepage. Dadurch wird die Breite des Engagements in der IKW sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Programme für die Veranstaltungsdatenbank per Post und per E-Mail zu.

Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und gute Beispiele vorstellen. Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu. Schicken Sie uns hierzu Ihre Mailadresse.

Good-Practice-Recherche

In der IKW gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2019 vorstellen. Bitte mailen Sie uns (Kurz-)Berichte über gute Projekte – nach Möglichkeit mit Bildmotiv und bitte mit Angabe des Copyrights.

Bausteine für Gottesdienste

Vorschläge für Aktionen und Texte, die in Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der IKW verwendet werden können bzw. die bereits erfolgreich erprobt wurden, sind uns willkommen. Wir stellen diese Impulse fortlaufend auf der Homepage ein. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge – nach Möglichkeit mit Bildmotiv – per Mail an uns.

Fotogalerie

Fotos helfen das Engagement und die Aktivitäten innerhalb der IKW sichtbar zu machen: Schicken Sie uns Ihre ausdrucksstärksten Motive für die Online-Galerie per Mail – bitte mit Angabe des Copyrights.

Terminhinweise

2018

Der **bundesweite Auftakt zur IKW** wird am Sonntag, den **23. September in Hannover** gefeiert.

Der vom ÖVA empfohlene Termin für die **IKW 2018** unter dem Motto »Vielfalt verbindet.« lautet: **Sonntag, den 23. September bis Samstag, den 29. September 2018.**

Am Freitag innerhalb dieser Woche, **den 28. September 2018**, findet der **Tag des Flüchtlings** unter dem Motto »Rettet das Recht auf Asyl!« statt.

2019

Am **15. und 16. Februar** ist die **Vorbereitungstagung** zur Interkulturellen Woche 2019 in Berlin/Spandau geplant.

Der empfohlene Termin für die **IKW 2019** lautet: **Sonntag, den 22. September bis Samstag, den 28. September 2019**

Der **Tag des Flüchtlings** wird am Freitag, den **27. September 2019** sein.

Information zum Termin der IKW:

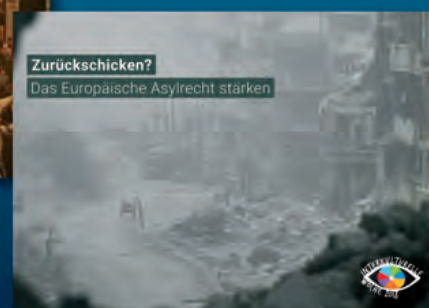
Früher galt die Regel: »Die IKW findet in der Regel vom Sonntag bis Samstag vor dem Erntedankfest statt.« Mittlerweile zeigt sich aber, dass die meisten Interkulturellen Wochen Ende September beginnen, durchaus aber auch später starten und/oder länger als eine Woche dauern. Letztlich entscheidend für die Organisation der IKW vor Ort ist die lokale Planbarkeit – auch wenn die IKW damit gelegentlich von dem vom ÖVA empfohlenen Termin abweicht.

www.interkulturellewoche.de

info@interkulturellewoche.de



Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2018 können Sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen. Auf dieser Website finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.



Herausgeber

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 24 23 14 60, Fax: 069 / 24 23 14 71
E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Im Internet: www.interkulturellewoche.de

Vorstand

Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Pastor Thorsten Leißer, Lehrte
Stellv. Vorsitzender: Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim

Weitere Mitglieder

Erzpriester Eleftherios Argyropoulos, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Wuppertal
Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland
Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland, Berlin
Günter Burkhardt, PRO ASYL e.V.
Farhad Dilmaghani, DeutschPlus e.V., Berlin
OKRin Sabine Dreßler, Kirchenamt der EKD, Hannover
Kerstin Düscher, Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin
Aguswati Hildebrandt Rambe, Ökumenische Beziehungen zu ev. interkulturellen Gemeinden in Bayern, München
Dr. Werner Höbsch, bis 2017 Referat Dialog und Verkündigung, Erzbistum Köln
Dr. Michael Maier-Borst, Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
Razak Minhel, Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., Dessau-Roßlau

Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Stefan Schohe, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
Antonella Serio, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Pastor John Uzu, Vereinigung Evangelischer Freikirchen, Münster
Stefanie Wahle-Hohloch, Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg
Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Friederike Ekol, Frankfurt/M.

Redaktion: Johannes Brandstätter, Günter Burkhardt, Friederike Ekol, Gabriele Erpenbeck, Ansgar Gilster, Antonella Serio, Stefan Schohe, Canan Topçu

Titelbild: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder. Das Copyright an Texten und Bildern liegt beim ÖVA zur IKW oder bei Dritten. Eine weitere Verwendung ist nur nach Rücksprache möglich.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche (IKW) ist eine unselbständige Einrichtung der EKD. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird insbesondere in allgemeinen Angelegenheiten durch den Präsidenten des Kirchenamtes der EKD, Herrn Dr. Hans-Ulrich Anke, vertreten.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2018 wird der 23. - 29. September 2018 empfohlen.

Freitag, der 28. September 2018 ist der Tag des Flüchtlings.